

**Willy Klages**

**Die Geheimorganisationen  
des globalen  
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
vom 8. Februar  
bis zum 31. Dezember 1947**

**NWO-Sonderheft Nr. 83**



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft  
der  
Antichristen  
vom 8. Februar bis zum 31. Dezember 1947**

**NWO-Sonderheft Nr. 83**

**Terror der Antichristen vom 08.02.1947-31.12.1947**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 8. Februar bis zum 31. Dezember 1947	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-99

**Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen vom 8. Februar bis zum 31. Dezember 1947**

Wir gelangen nur selten anders als durch Extreme zur Wahrheit!  
*Friedrich von Schiller (1759-1805, deutscher Dichter)*

**1947**

Während eines Kostümfestes in Berlin-Spandau forderte eine Brandkatastrophe am 8. Februar 1947 über 100 Todesopfer (x111/282).

In Paris unterzeichneten die Alliierten am 10. Februar 1947 Friedensverträge mit ehemaligen Verbündeten des NS-Regimes (Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn).

Alfred Kantorowicz (1899-1979, deutscher KPD-Politiker und Journalist) beantragte am 12. Februar 1947 bei der SMAD und bei der US-Informationskontrollbehörde eine Lizenz für die Zeitschrift "Ost und West" (x116/183, x111/283): >>... Die Stimmen der Deutschen einer Besatzungszone werden oft nur schwach und bisweilen gar nicht von den Deutschen anderer Zonen vernommen; ... die Spaltung vertieft sich. Die östlichen und westlichen Teile Deutschlands beginnen sich voneinander zu entfernen. Das ist nicht gut, weder für Deutschland noch für den Frieden der Welt. ...

Die Zeitschrift, die ich im Sinn habe, soll den Titel tragen "Ost und West". Sie soll bestehen auf dem Grundsatz, daß Deutschland anstatt der Zankapfel zwischen den Mächten zu werden, die friedliche Brücke zwischen ihnen zu werden, versuchen soll. ...

Das Beispiel einer von verschiedenen Besatzungszonen lizenzierten Publikation wird dazu beitragen, dies ... klarzumachen. ...<<

>>... Deutschland in seiner gegenwärtigen Situation kann weder die amerikanische Lebensform schematisch übernehmen, noch die Entwicklung des Sozialismus in der Sowjetunion übergangslos annectieren. Wir Deutschen müssen die unseren gegenwärtigen Bedingungen angemessene Lösung der sozialen, ökonomischen und ideologischen Probleme unseres Zeitalters selbst finden.<<

Die Zeitschrift "Ost und West" wurde schließlich nur von der SMAD lizenziert.

In Berlin waren seit Ende 1946 bereits etwa 200 Personen erfroren, mehr als 40.000 Menschen erlitten schwere Erfrierungen, so daß am 13. Februar 1947 weitere öffentliche Warmhallen errichtet wurden (x111/283).

Nach dem Scheitern der kommunistischen Vereinigungsbestrebungen gründeten SED und die westdeutsche KPD am 14. Februar 1947 eine "Arbeitsgemeinschaft für Westdeutschland" mit Sitz in Ost-Berlin.

Infolge der großen Kälte, die bereits über 200 Menschenleben gefordert hatte, beschloß der Magistrat am 14. Februar 1947, Gaststätten, Flüchtlingslager, Luftschutzräume und sonstige beheizbare Räume auch nachts offenzuhalten.

Ein Oberhausener schrieb am 14. Februar 1947 an seinen in Dresden wohnenden Bruder (x111/284): >>... Melde dich in Dresden nicht ab, sondern nimm nur einen Personalausweis mit!

Versuche das Geburtsdatum umzuändern, damit Du schon 18 bist. Es bringt nur Vorteile! O.K.

Nimm wenig Gepäck mit, dafür um so mehr zu essen, denn die ersten Tage wird es damit schwer ... Ziehe Dich warm an, soviel als möglich.

Mir brauchst Du nur eine Tasche aus meinem Besitz, Schreibpapier, Umschläge, Blau- oder Schwarzpapier zum Durchpausen, Schreibpapier in Mengen, Altsilber, Zigarettenpapier in Massen, Handschuhe, Nähgarn und etwas Wolle, Taschenmesser, Feuerzeug- Benzin und eine Flasche Schnaps mitzubringen, alles andere habe ich selbst zur Genüge.

Bis Halle wirst Du kommen. Von da brauchst Du aber bis Heiligenstadt (eine) Reisegenehmigung. Da kannst Du einmal zeigen, was Du kannst.

Wenn Du bis zu mir kommst, werde ich Dich mit offenen Armen aufnehmen, denn dann hast Du die Vagabundenprobe bestanden und bist eventuell zu gebrauchen.

Falls Du aber nichts erreichst, bist Du eine Niete, von der ich nichts wissen will.

Gehe von Heiligenstadt in die britische Zone in das nahe Lager Friedland an der Grenze; dort besorgst Du Dir Personalpapiere und Lebensmittelkarten.

Du mußt behaupten. Du seist von einem Transport nach Rußland geflohen. Dabei darfst Du nur einen Personalausweis bei Dir tragen. Es ist nämlich möglich, daß man in solchen Fällen untersucht wird.

Höre niemals auf das Gerede der Leute, das sind fast immer Gerüchte. Gehe Deinen Weg, wie Du Dir ihn vorgenommen hast.

Versuche Papiere auf das Geburtsjahr 1929 zu erhalten. Laß Dich im Lager nach Oberhausen oder in das Ruhrgebiet einweisen. Gebe vor, im Kohlenbergbau arbeiten zu wollen, und laß Dir eine Fahrkarte kostenlos hierher ausschreiben.<<

Der Präsident der Republik beschloß am 14. Februar 1947 ein Gesetz über Grundsätze für die Aufteilung des Feindvermögens, das man auf Grund des Dekrets über die Konfiskation des feindlichen Vermögens konfisziert hatte (x004/299-305): >>... § 1 Vermögenseinheiten, die nach dem Dekret Nr. 108/1945 konfisziert wurden, oder Teile davon, kann das Siedlungsamt und der Fonds der nationalen Erneuerung aus Gründen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit zusammensetzen oder aufteilen.

§ 2 (1) Geldverbindlichkeiten, welche zu dem konfiszierten Vermögen gehören und vor dem 10. Mai 1945 entstanden sind, übernimmt der Fonds der nationalen Erneuerung (weiterhin "Fonds" genannt) ...

§ 4 (1) ... c) Der Zuteilungsantrag wird beim zuständigen Nationalausschuß zur öffentlichen Einsichtnahme für die Dauer von 15 Tagen ausgelegt. ...

g) Die Entscheidungen über die Zuteilung an die Zuteilungsempfänger erläßt das Siedlungsamt. Die Übergabe führt der Fonds ("der nationalen Erneuerung") durch. ...

§ 5 (1) Soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, werden kleine gewerbliche Unternehmungen, die auf Grund des Konfiskationsdekretes im Grenzgebiet oder in anderen durch die einschlägige Zuteilungsverordnung (§ 9) bestimmten Gebietsteilen konfisziert wurden, ... gegen eine Vergütung ihrem bisherigen nationalen Verwalter, Einfamilienhäuser unter den-

selben Voraussetzungen ihrem bisherigen Benutzer zugeteilt, falls diese innerhalb der vom Siedlungsamt ... kundgemachten Frist ansuchen und nachweisen, daß sie außer den übrigen in der einschlägigen Zuteilungsverordnung festgesetzten Bedingungen folgende Voraussetzungen erfüllen, nämlich:

1. daß sie tschechoslowakische Staatsbürger ... sind.
2. daß sie die tschechische, die slowakische oder eine andere Nationalität besitzen, gerichtlich unbescholten, national und staatlich zuverlässig und daß auch ihre, mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienangehörigen gerichtlich unbescholten und staatlich zuverlässig und weder deutscher noch madjarischer Nationalität sind. ... Die Bestimmungen über die Nationalitäten gelten nicht für ... die Angehörigen der tschechoslowakischen Armee im Ausland und über einige andere Teilnehmer am nationalen Befreiungskampf genannten Personen. ...
4. Wenn es sich um Benutzer von Einfamilienhäusern handelt, daß sie:
  - a) nicht ledig sind,
  - b) spätestens vom Wirksamkeitsbeginn dieses Gesetzes zusammen mit ihrer Familie in dem Einfamilienhaus ihre Wohnung genommen haben,
  - c) anderswo keine eigene Wohnung haben oder diese für den Fall der Zuteilung des Einfamilienhauses aufgeben,
  - d) an dem Orte, in dem sich das Einfamilienhaus befindet oder in seiner Umgebung eine ständige ordentliche Beschäftigung haben. ...

§ 9 Die Zuteilungsverordnung bestimmt, welche Gebietsteile Grenzgebiet im Sinne dieses Gesetzes sind. ...

§ 10 (1) Nach diesem Gesetz dürfen gewerbliche Kleinunternehmungen und Einfamilienhäuser auch juristischen Personen zugeteilt werden. ...

§ 11 (1) Demselben Bewerber darf bloß ein einziges gewerbliches Kleinunternehmen oder ein einziges Einfamilienhaus zugeteilt werden; Ausnahmen können durch die einschlägigen Zuteilungsverordnungen eingeräumt werden.

(2) Bewerben sich um die Zuteilung eines gewerblichen Kleinunternehmens (oder) eines Einfamilienhauses mehrere seiner nationalen Verwalter (Benutzer), welche den aufgestellten Bedingungen entsprechen, ... so sind bei der Zuteilung vor allem die in § 7 Abs. 3 des Konfiskationsdekretes angeführten Personen zu berücksichtigen. Zwischen gleichberechtigten Bewerbern wird nach freiem Ermessen entschieden, wobei besonders die sozialen und Familienverhältnisse und die bessere fachliche Qualifikation zu berücksichtigen sind. ...<<

Der "Abgeordnetenprozeß" (Verhandlungsbeginn: 10. Dezember 1946) wurde am 15. Februar 1947 beendet.

Obwohl man den 16 Abgeordneten und Senatoren der Sudetendeutschen Partei keine Teilnahme an Verbrechen nachweisen konnte, wurden 6 Angeklagte (Hans Krebs, Georg Böhm, Franz Schreiber, Franz Werner, Ernst Kundt und Hans Westen) zum Tod verurteilt und hingerichtet. 9 Angeklagte erhielten Freiheitsstrafen von 3 Jahren bis zu lebenslänglicher Haft. Ein Angeklagter wurde freigesprochen (x004/78).

Die britische Nachrichtenagentur "REUTERS" meldete am 16. Februar 1947 (x043/297):  
>>Gegen Ende März sollen in der Felsenfestung der Insel (Helgoland) 6.700 Tonnen Sprengstoff zur Explosion gebracht werden, durch die die dortigen Unterseeboot-Anlegeplätze, Batteriestellungen und der ungefähr 23 km lange unterirdische Tunnel mit der dort gelagerten Munition in die Luft gesprengt werden sollen. ...

Die Helgoländer ... sollen auf Sylt angesiedelt werden. ...<<

Christian Stock (1884-1967, Ministerpräsident von Groß-Hessen) erklärte am 16. Februar 1947 während einer Delegiertenkonferenz der SPD in Groß-Gerau (x111/285): >>... Unter Umständen muß sich Marburg auch von den Särgen Hindenburgs und Friedrichs des Großen trennen. ... Sie sind heute schon zu Stätten politischer Demonstration gegen die Republik ge-

worden.<<

Das sowjetische Internierungslager Ketschendorf ("Speziallager Nr. 5") wurde am 17. Februar 1947 aufgelöst. Etwa 2.000 deutsche Häftlinge wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt. Die restlichen Gefangenen internierte man in den sowjetischen Internierungslagern Frankfurt/Oder, Fünfeichen, Jamlitz oder Mühlberg.

Von Mai 1945 bis Februar 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Ketschendorf mindestens 6.000 deutsche Häftlinge (x126/52).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konzentrationslager" in der SBZ (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.

Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen (Oranienburg), Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mitteilung, wenn der Häftling verstarb.

Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (14/1990) berichtete später über die Internierungslager der sowjetischen Besatzungsmacht: >>... **Massengräber-Funde in der DDR erinnern an ein dunkles Nachkriegskapitel: Horror und Todesopfer in Lagern der sowjetischen Besatzungsmacht.**

In einem Wäldchen nahe Fürstenwalde wiederholte sich in den Fünfzigern alle Jahre wieder eine gespenstische Szene: Am Totensonntag legten Bürger dort Blumen und Kränze nieder, in der Nacht zum Montag schwärmte Volkspolizei aus und sammelte alles wieder ein.

Der nächtliche Sammeleifer der Staatsorgane im "Todeswäldchen" (Volksmund) hatte einen düsteren Hintergrund, der - so die Märkische Volksstimme - in der DDR bis in die jüngste Zeit "aus politischen Gründen totgeschwiegen" worden ist: An diesem Ort im Ostbrandenburgischen unterhielt der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKWD von 1945 bis 1947 das Internierungslager Ketschendorf.

Beim Ausschachten von Wohnhausfundamenten hatten Bauarbeiter Ende der vierziger Jahre Massengräber freigelegt, worauf Zeitgenossen tagelang "über ganz Fürstenwalde Süd Leichengeruch" wahrnahmen. Auf dem Gelände einer ehemaligen Arbeitersiedlung hatte der NKWD im Lauf der drei Jahre rund 20.000 Häftlinge eingesperrt, von denen nach Schätzung von Zeitgeschichtlern bis zu 6.000 starben und in Massengräbern der Umgebung verscharrt wurden.

Ketschendorf war damals überall. Assistiert von diensteifrigen SED-Gehilfen, internierte die sowjetische Besatzungsmacht Hunderttausende von inkriminierten Deutschen in elf Speziallagern. Zehntausende gingen an Hunger, Krankheit und Mißhandlungen zugrunde. Zeitzeugen berichteten auch von Gruppenschießungen.

Ahnungsvoll hatte der amerikanische Chefankläger beim Nürnberger Militärtribunal, Robert H. Jackson, bei Kriegsende an alle Welt appelliert, nach der Befreiung der Opfer aus Hitlers Terrorlagern dort nun nicht etwa gleich die Täter unterzubringen: "Die Konzentrationslager selbst müssen abgeschafft werden."

Doch im Osten Deutschlands ging bei der großangelegten Strafaktion der Appell des US-Juristen unter: Mit dem Einrücken der Roten Armee, so resümiert die Ost-Berliner Tageszeitung "Der Morgen", war auch "das stalinsche Lagersystem nach Deutschland" gekommen und

bediente sich dabei makabrerweise selbst der soeben befreiten Außenstellen von ehemaligen Nazi-KZs wie Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen.

Zwar will kein ernst zu nehmender Zeitgeschichtler die Lagerschrecken aus den Frühzeiten des SED-Regimes mit Hitlers Vernichtungsstrategie in Verbindung bringen. Doch angesichts massenhaften Sterbens kommen auch unverdächtige Experten wie Tilman Zülch von der Göttinger "Gesellschaft für bedrohte Völker" zum Verdikt: "Fortführung nationalsozialistischer Terrormethoden auf dem Territorium der DDR".

"Mit großer Härte" und "ohne klar erkennbares System" seien die Staatsorgane vorgegangen, berichtet Dieter Krüger, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Historischen Museums Neubrandenburg: "Es traf Schuldige und Unschuldige gleichermaßen."

Die Sowjets beriefen sich auf alliierte Beschlüsse - die im Kontrollratsgesetz Nr. 10 und der Kontrollratsdirektive Nr. 38 verankerte Bestrafung von Kriegsverbrechern und die Sistierung (Festnahme) von Personen, "die für die Besetzung und ihr Ziel gefährlich sind".

Naziverbrecher, Mitläufer und Hitlerjungen landeten hinter Stacheldraht, aber auch Denunziantenopfer, sozialdemokratische Antikommunisten, Zeugen Jehovas und so mancher, den auch die Nazis schon ins KZ gesperrt hatten.

Im Internierungslager Ketschendorf saßen neben lokalen Nazigrößen wie dem früheren NSDAP-Kreisleiter von Forst auch an die 2.000 abgemusterte Hitlerjungen zwischen 12 und 18 Jahren; die Hälfte von ihnen überlebte das Lager nicht.

Ex-Häftling Kurt Noack, 60, war als 15jähriger mit 40 bis 50 anderen auf 18 Quadratmetern Kellerraum zusammengepfercht, bei 300 Gramm Brot und zwei Schlag Grütze pro Tag. "Wir bekamen Wasser und Skorbut", erinnert er sich. Noack: "Die meisten hatten offene, durch Ödeme geplatze Beine, die mit Hilfe untergelegter Steine so hoch lagen, daß flache Töpfe und Näpfe darunter Platz hatten, in die der stinkende Eiter tropfte. Zum Hunger gesellten sich vor allem im Winter Lungenentzündungen und Ruhr. Wer derart entkräftet an Lungenentzündung erkrankte, starb unausweichlich."

Das dunkle Kapitel Nachkriegsgeschichte ist wieder auf der Tagesordnung, seit bei Neubrandenburg und bei Oranienburg Gräberfelder entdeckt wurden, in denen die Überreste von Toten aus den Speziallagern Fünfeichen und Sachsenhausen ruhten.

Und nachdem die "Gesellschaft für bedrohte Völker" in einem offenen Brief an die Abgeordneten der neuen DDR-Volkskammer appelliert hat, die "Massenliquidierungen" aufzuklären und die Opfer zu rehabilitieren, häufen sich auf einmal Hinweise, Erlebnisberichte und Aufklärungswünsche von ehemaligen Häftlingen, die jahrzehntelang geschwiegen haben.

Bürger von Fürstenwalde fordern, den von der SED-Führung sogenannten "Platz der Freiheit" in der Nähe der Todesstätte in "Platz des Gedenkens" umzutaufen. Ost-Zeitungen wie westliche Boulevardblätter werden mit Zeitzeugnissen eingedeckt. Stapelweise bekam auch die "Gesellschaft für bedrohte Völker" Post von Opfern und Hinterbliebenen. ...

Bis zu 200.000 Menschen, schätzt der Zeitgeschichtler Gerhard Finn, seien zwischen 1945 und 1950 in den Speziallagern untergebracht gewesen, 65.000 bis 70.000 Todesopfer habe es gegeben. Diesen Zahlen liegen Angaben früherer Häftlinge zugrunde, da die Originalkarteien der Lager unauffindbar und wahrscheinlich längst vernichtet sind.

Die nun enthüllten Einzelheiten zum stalinistischen Lagerterror sind freilich längst ein offenes Geheimnis: Schon seit Ende der vierziger Jahre wurde der SED-Staat dieser Menschenrechtsverletzungen wegen attackiert.

Das Erzbischöfliche Generalvikariat in Köln machte publik, daß allein bei kirchlichen Stellen Berichte über die Verhaftung von 2.000 Jugendlichen, teils unter 14 Jahren, vorlagen. Herbert Wehner verlas auf dem SPD-Parteitag in Hamburg 1950 einen Freilassungsausschuss von 6.000 ehemaligen Buchenwald-Häftlingen, 2.000 von ihnen waren an Tuberkulose erkrankt. Eine Dokumentation über "Beweise für Massenterror in der Ostzone" hatte die Parteiführung der

SPD schon 1948 vorgelegt.

Die Sozialdemokraten zählten Fälle auf, bei denen Häftlinge "ausgepeitscht", mit "Stacheldraht geschlagen", bei klirrendem Frost mit kaltem Wasser begossen worden waren. Die Todesraten in den Lagern werden ebenso angeführt wie Angaben über verschleppte Demokraten, erpreßte Geständnisse und serienweise Erschießungen - Bürger hatten frisch verscharrte Leichname ausgegraben, die von Kugeln durchsiebt waren.

So entdeckte, laut SPD-Dokumentation, "eine Einwohnerin von Kleditz bei Güstrow im April 1948 beim Holz sammeln eine menschliche Hand, die aus dem Erdboden ragte. Sofortige Untersuchungen durch die Gemeindestellen ergaben, daß dort die Leichen von fünf jungen Männern und zwei Mädchen vergraben waren, die alle Einschüsse am Hinterkopf aufwiesen. Nach Bekanntwerden des Fundes erschien ein Lastwagen der sowjetischen Kommandantur aus Güstrow, der die Leichen abtransportierte. Den Findern wurde befohlen, strengstes Stillschweigen zu bewahren".

Aus der Existenz der sowjetischen Speziallager machte auch die DDR-Führung kein Hehl. Über deren Insassen, nach offizieller Lesart als Kriegsverbrecher eingestuft, sagte SED-Chef Walter Ulbricht 1947 bei einer Parteikonferenz in Ost-Berlin: "Ich bedaure, daß nicht noch mehr inhaftiert worden sind."

Die grausamen Haftbedingungen wurden von der SED-Presse freilich grotesk verzerrt dargestellt. "Der Tagesablauf im Internierungslager entsprach durchaus dem Tagesablauf eines werktätigen Menschen", behauptete Anfang 1950 beispielsweise die Zeitschrift "Für Dich".

Und auch für das offizielle Schweigen über die Verschwundenen hatten die Regenten eine Version. Johannes Warnke, Staatssekretär im DDR-Innenministerium, sagte im gleichen Jahr, es sei "keineswegs angenehm für die Angehörigen eines in Haft verstorbenen Verbrechers, wenn dessen Name veröffentlicht würde".<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die Internierungslager in der SBZ (x026/63-64): >>... Die größten Lager waren Buchenwald bei Weimar (Durchschnittsbelegung 10.000 bis 12.000 Häftlinge), Sachsenhausen bei Brandenburg (Durchschnittsbelegung 12.000 bis 15.000 Häftlinge) und Mühlberg/Elbe (Durchschnittsbelegung 12.000 Häftlinge). Lager bestanden auch in Bautzen, Torgau, Ketschendorf, Jamlitz, Fünfeichen bei Neubrandenburg und an mehreren anderen Orten. Tausende von Häftlingen saßen auch in den Gefängnissen der Besatzungszone.

Zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportiert wurden annähernd 40.000 Mitteldeutsche, die meistens vorher in einem alles andere als rechtstaatlichen Verfahren abgeurteilt worden waren. ...

Die Sterblichkeit in den Konzentrationslagern der Kommunisten war nicht geringer als die in den Lagern der Nationalsozialisten. ...

Die Gesamtzahl der umgekommenen KZ-Häftlinge wird zwischen 65.000 und 130.000 angegeben. ...

Bedenkt man die hohe Sterbequote der Deportierten, so bleibt als Fazit festzuhalten, daß über 100.000 Mitteldeutsche in sowjetischen Internierungslagern und Gefängnissen zu Tode gekommen sind.<<

Der Alliierte Kontrollrat führte am 25. Februar 1947 die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Besatzungsmächte erließen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser will-

kürlichen Auflösung Preußens handelte es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 22.06.2002) über Preußen (x887/...): >>Von der Provinz zur Großmacht / Preußens Wurzeln, Staatsidee, Ideale und Geschichte

Wo liegen Preußens Wurzeln? Der Begriff "Preußen" kommt von den Prussen, die im heutigen Ostpreußen ihre Heimat hatten. Die Farben Preußens, Schwarz und Weiß, entsprechen den Wappenfarben des Deutschen Ordensstaates, dessen Kernterritorium ebenfalls Ostpreußen war. Auch in heraldischer Hinsicht hat Ostpreußen eine herausgehobene Stellung, ist es doch die einzige Provinz Preußens, deren Wappen jenes des Gesamtstaates ist.

Dem mag der eine oder andere entgegenhalten, daß die im preußischen Königreich herrschende Hohenzollernlinie nicht in Ostpreußen ihre Wurzeln hatte. Doch ist es wirklich diese Familie, die Preußen ausmacht und es groß gemacht hat?

Zweifellos hat sie bedeutende Könige hervorgebracht wie den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich den Großen, doch waren auch unbedeutende darunter wie Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. Wilhelm II. hat versucht, für seinen Großvater den Namenszusatz "der Große" durchzusetzen, doch beschränkt sich Wilhelms I. Leistung letztlich darauf, nach anfänglichem Widerstreben schließlich erkannt und respektiert zu haben, daß sein nicht-hohenzollerischer Ministerpräsident und Kanzler Otto von Bismarck bedeutender war als er.

Wenn wir Friedrich II. als einzigen Hohenzollernfürsten den Namenszusatz "der Große" zubilligen, so sollten wir dieses nicht wegen seiner Abkunft, sondern wegen seines großartigen Lebens- und Herrschermottos tun: "Ich bin der erste Diener meines Staates." Diesem Dienstethos bis in die oberste Spitze verdankte Preußen primär seine Größe.

Wo findet man bereits vor der Neuzeit und damit vor dem Aufstieg der Preußen unter den Hohenzollern diese Bereitschaft, auf eine Selbstverwirklichung zugunsten des Dienstes an einem Höheren freiwillig zu verzichten? Man findet es bei den christlichen Rittern. Wie dem Preußen der Neuzeit sind auch dem miles christianus oder miles christi des Mittelalters die Tapferkeit, die Gerechtigkeit gegen jedermann, die Treue und Disziplin, das Maßhalten, die Verpflichtung zu Schutz und Fürsorge für Arme und Schwache (Bismarcksche Sozialgesetzgebung) sowie nicht zuletzt die Demut höchste Tugenden.

Dieser Gedanke führt uns zum Deutschen Ordensstaat als legitimen Vorläufer Preußens. Bezeichnenderweise besaß auch dieser Ordensstaat, was später Preußen gegenüber den anderen Territorien und Staaten auszeichnete, einen Staatsapparat, der in seiner Leistungsfähigkeit und seiner Leistungsbereitschaft Maßstäbe setzte. Und noch einen anderen Vorteil hatte der Ordensstaat mit Preußen gemein. Beide hatten - zumindest über einen langen Zeitraum ihrer Geschichte hinweg - ein außerordentlich großes Reservoir, aus dem sie ihre Funktionsträger rekrutieren konnten.

Die großen preußischen Reformer, die in Preußens schwärzesten Stunden während der napoleonischen Zeit die Saat zum Wiederaufstieg legten, waren überwiegend gebürtige Nichtpreußen. Karl Reichsfreiherr vom und zum Steins Wiege stand in Nassau, Karl August Fürst von Hardenbergs in Essensrode bei Gifhorn, Gerhard Johann David von Scharnhorsts in Bordenau nahe dem Steinhuder Meer und August Wilhelm Anton Graf Neidhardt von Gneisenaus in Torgau. Preußens Glück, Preußens Leistung und Preußens Verdienst bestanden in seiner Staatsidee, die auch außerhalb der Staatsgrenzen Geborene überzeugte und sie dazu bewegte, sich in den Dienst dieses Staates zu stellen.

Ähnliches Glück hatte der Deutsche Ordensstaat, stand ihm doch in seiner Blütezeit für die Rekrutierung der Funktionsträger die Ritterschaft des Deutschen Ordens zur Verfügung, dessen Verbreitungsgebiet weit über die Grenzen Ostpreußens hinausreichte.

Erst als im Zuge des Niederganges des Ordensstaates die ostpreußischen Stände eine stärkere Beteiligung an der Verwaltung durchsetzen konnten, relativierte sich dieser Vorteil bei der Personalrekrutierung.

Ebenfalls eine Folge des nach der Niederlage von Tannenberg beginnenden Abstiegs des Ordensstaates ist die Sitte, deutsche Fürstensöhne an die Spitze des Staates, in das Hochmeisteramt zu wählen, in der Hoffnung, daß diese ihre verwandtschaftlichen Beziehungen zur Hocharistokratie des Reiches in den Dienst des Staates stellen würden.

Zu Zeiten der Reformation ist das ein Hohenzoller und so wird in seiner Amtszeit der Deutsche Ordensstaat in ein weltliches Erbherzogtum mit ihm als Herzog umgewandelt. Die Zustimmung des polnischen Königs, dem die Hochmeister seit dem Zweiten Thorner Frieden den Treueid zu schwören und Heeresfolge zu leisten hatten, wurde mit der Anerkennung seiner Lehenshoheit über das nun Herzogtum Preußen heißende Territorium erkaufte.

1618 und damit in jenem Jahr, in dem der Dreißigjährige Krieg begann, erlosch die hier regierende Hohenzollernlinie im Mannesstamm und das Herzogtum fiel an die Kurfürsten in Brandenburg. Der größte von letzteren ist sicherlich der Große Kurfürst. Ihm gelingt es, im Schwedisch-polnischen Krieg die polnische Lehenshoheit abzuschütteln. Im Frieden von Oliva erkennen der römisch-deutsche Kaiser sowie die Könige Polens und Schwedens die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Mit dem souveränen Preußen hinterläßt Friedrich Wilhelm II. seinem Sohn Friedrich III. ein souveränes Herrschaftsgebiet, in dem dieser sich zum König krönen kann, was er 1701 auch tut.

Wenn König Friedrich I. wegen seiner Prunksucht auch nicht unumstritten ist, so hat er mit der preußischen Königswürde doch ein einigendes Band für das territorial auseinandergerissene Herrschaftsgebiet seiner Dynastie geschaffen, das nun unter dem Oberbegriff "Preußen" zusammenwächst. Ein mindestens ebenso wichtiges einigendes Band ist die Staatsidee, deren Entwicklung unter dem Großen Kurfürsten beginnt und unter Friedrich dem Großen ihre Vollendung findet. Zu dieser Idee gehört außer dem preußischen Dienstethos auch die preußische Toleranz, die Friedrich II. in Bezug auf Preußen formulieren ließ, "hier muß jeder nach seiner Fassung selig werden".

Friedrichs des Großen Regierungszeit hat sicherlich etwas Finales. Sie bildet sowohl den Höhe- als auch den Endpunkt einer Blüte Preußens. Sie ist aber auch ein Anfang, denn mit ihr beginnt Preußens Großmachtdasein und der preußisch-österreichische Dualismus in Deutschland.

Zu diesem Zeitpunkt bereits hinsichtlich Preußens von einer deutschen Sendung oder einem deutschen Kernstaat zu sprechen, ist jedoch zumindest gewagt. Zu desinteressiert zeigen sich hierfür Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. und Friedrich Wilhelm III. am Vordringen der Revolutions- und kaiserlichen Truppen Frankreichs in Deutschland. Erst nach seinem eigenen Zusammenbruch und dem Scheitern der nationalen Erhebung in Österreich wird Preußen zum Hoffnungsträger der deutschen Patrioten.

Mit der Unterstützung Rußlands gelingt schließlich unter preußischer Führung die Befreiung der Nation von der französischen Fremdherrschaft. Es entspricht der neuen Rolle Preußens, daß es auf die Rückgabe der in der napoleonischen Zeit verlorenen polnischen Gebiete keinen Wert legt und sich dafür mit deutschem Territorium entschädigen läßt. Es "wächst in Deutschland hinein" und übernimmt von der süddeutschen Großmacht Österreich die psychologisch wichtige "Wacht am Rhein". Mit dem Ruhrgebiet gewinnt Preußen zudem das schwerindustrielle Herz Deutschlands, dessen große gesamtökonomische und rüstungswirtschaftliche Bedeutung sich erst im Laufe des Jahrhunderts erweist.

Aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit seiner Volkswirtschaft war Preußen im Gegensatz zur Österreich in der Lage, sich an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung auf zollpolitischem Gebiete zu stellen. Doch nicht nur aus ökonomischen Gründen tat sich die Donau-

monarchie mit dem deutschen Einigungsstreben schwer.

Im Gegensatz zu Preußen war Österreich nämlich auf dem Wiener Kongreß aus Deutschland hinausgewachsen. Das Habsburgerreich konnte deshalb im Gegensatz zum Hohenzollernstaat nicht in einem deutschen Nationalstaat aufgehen und sah sich daher allein schon aus Gründen der Staatsräson gezwungen, dem Streben der Deutschen nach ihm entgegenzuwirken. Preußen stand damit als zweite deutsche Großmacht in der Pflicht.

Daß dieses auch außerhalb Preußens so gesehen wurde, zeigt am deutlichsten die Tatsache, daß die Frankfurter Nationalversammlung nicht den österreichischen Kaiser, sondern den preußischen König zum Kaiser der Deutschen wählte. Mit einer Mehrheit von 290 gegen 248 Stimmen beschloß das deutsche Nationalparlament, Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserwürde anzutragen. Gelöst hat dieser Mehrheitsentscheid die deutsche Frage nicht.

"Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die Fragen der Zeit entschieden - das ist der Fehler von 1848 und 1849 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Der bedauerlich hohe Wahrheitsgehalt dieser Feststellung Otto von Bismarcks kennzeichnet die weitere Entwicklung der deutschen Frage.

So sind es statt der Reden und Majoritätsbeschlüsse der Paulskirchenabgeordneten die Einigungskriege, die die deutsche Frage schließlich einer kleindeutschen Lösung zuführen. 1871 wird Preußen ein Bestandteil des Deutschen Reiches.

Wie die anderen 24 Bundesstaaten gibt auch der preußische Staat viele Kompetenzen an das neue Reich ab, weshalb manche in der Reichsgründung von 1871 das Ende Preußens sehen. Andere sehen in der Umwandlung Preußens von einer Erbmonarchie in eine Republik das Ende des Staates. Das Revolutionsjahr 1918 ist jedoch nicht nur wegen des Endes der Monarchie in Preußen von verfassungsrechtlich großer Bedeutung.

Vielmehr beginnt in jenem Jahr auch die Umwandlung des eher föderalistischen Kaiserreiches in eine vergleichsweise zentralistische Republik, die für Preußen nicht nur wie für alle Reichsländer die Abtretung weiterer Kompetenzen an das Reich bedeutet, sondern darüber hinaus auch den Verlust seiner Sonderstellung als Führungsmacht, die bis 1918 nicht zuletzt darin zum Ausdruck kam, daß das Staatsoberhaupt Preußens automatisch auch Oberhaupt des Deutschen Reiches war. Wie sehr die Macht von Preußen zum Reich gewechselt hatte, zeigt 1932 anschaulich der sogenannte Preußenschlag, an dem auch manche das Ende Preußens festmachen.

Andere sehen in den Nationalsozialisten Preußens Totengräber. Diese haben zwar eine Linie von Friedrich dem Großen über Otto von Bismarck und Paul von Hindenburg zu ihrem Führer Adolf Hitler gezogen, doch waren unter ihren Spitzenfunktionären die Preußen gemessen an der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches deutlich unterrepräsentiert. Dafür waren die Männer und Frauen des 20. Juli (1944) zu großen Teilen Angehörige des preußischen Adels. Von daher machen manche auch am Scheitern ihres Umsturzversuches und den anschließenden Hinrichtungen vieler von ihnen das Ende Preußens fest. Offiziell aufgelöst wurde Preußen vom Alliierten Kontrollrat im Jahre 1947.

Wenn somit auch derzeit kein preußischer Staat besteht, so ist die Bundesrepublik Deutschland doch gut beraten, die preußische Staatsidee und die preußischen Ideale zu postulieren und zu leben, will sie nicht langfristig in die Zweit- oder Drittklassigkeit oder gar zur Bananenrepublik hinabsinken. ...<<

Der deutsche Publizist Sebastian Haffner (1907-1999) berichtete später über die Liquidierung des preußischen Staates (x056/33): >>... Es gibt ... in den heutigen deutschen Staaten noch viele Ex-Preußen – nicht nur Heimatvertriebene -, die manches für ihren einstigen Staat Charakteristische schmerzlich vermissen: In der Bundesrepublik die strenge preußische Ordnung und Redlichkeit, in der DDR die trockene preußische Liberalität und Gedankenfreiheit.

Wir ... (können) heute ... die Einzigartigkeit dieses untergegangenen Staates klarer erkennen,

als es zu seinen Lebzeiten möglich war; und wir können seine Geschichte ... von den Legenden befreien, die sie entstellten:

Nach der "goldenen Preußenlegende" war das oberste Ziel der preußischen Könige von Anfang an die Einigung Deutschlands.

Die "schwarze Preußenlegende" wollte in Preußen nichts als räuberischen Militarismus sehen, (sie will) in Friedrich und Bismarck heute noch Vorläufer Hitlers sehen ...

Beide sind Propaganda von einst ... Preußen hatte keine deutsche Sendung; im Gegenteil, der Verfall des Reiches war Preußens Aufstieg. ...

Was es ... lange Zeit unheimlich und ... gefährlich machte, war viel weniger sein Militarismus als die (Vorzüge) seiner Staatlichkeit: ... unbestechliche Verwaltung und unabhängige Justiz, ... religiöse Toleranz und aufgeklärte Bildung, Preußen war ... (im 18. Jahrhundert) ... nicht nur der neueste, sondern auch der modernste Staat Europas.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Liquidierung des preußischen Staates (x063/615): >>Um den Weltfrieden für immer zu sichern, erließ der Alliierte Kontrollrat am 25. Februar 1947 ein Gesetz (gebilligt vom Rate der Außenminister am 10. März), durch das "Preußen" aufgelöst wurde.

Es hieß in diesem – völkerrechtswidrigen – Dekret: "Preußen, das von jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland war, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört."

Damit wurde eine Geschichtslegende, wie sie schon in Wilsons dritter Note vom 23. Oktober 1918 (und in der gesamten alliierten Ersten Weltkriegspropaganda) zum Ausdruck kam, international sanktioniert. Die erhoffte Folge des Ewigen Friedens hat sich allerdings noch nicht eingestellt.

Preußen lebt weiter im Bewußtsein von Historikern, von Schriftstellern und Dichtern. Es lebt auch weiter in Einrichtungen wie Preußischer Kulturbesitz ...<<

Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärte am 27. Februar 1947 im Verlauf der AKR-Sitzung (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<

Der tschechische Journalist Michal Mares kritisierte am 27. Februar 1947 das Verhalten der in Böhmisches Kamnitz stationierten SNB-Kommandos während der dortigen Austreibungsaktion am 5. Juli 1945. Die SNB hätte von sich aus die Austreibung der Deutschen befohlen, um die Habe und das Besitztum ungestört ausplündern zu können (x004/106).

Der "Weser-Kurier" berichtete am 28. Februar 1947 (x043/253): >>... Ukrainer des Lagers Münchingen, in der Nähe Stuttgarts, verwendeten zur Markierung ihres Fußballplatzes an Stelle von Sägemehl etwa 25 kg Vollmilchpulver, wie die "Stuttgarter Zeitung" meldet. - In Hamburg sind im letzten Monat 84 Kinder an Hunger gestorben.<<

Die "Börsenzeitung" berichtete am 28. Februar 1947 über die neuartigen Rowohlt-Rotations-Romane (x111/288): >>Aus der Not eine Tugend, aus der Verarmung Reichtum, aus dem Mangel neue Fülle zu gewinnen, das ist der Versuch, den die Rotations-Romane unternehmen. Die Bibliotheken sind zerstört, die wenigen neuen Bücher versickern im Lesermeer wie Wassertropfen im trockenen Sand; der Schrei der Jugend nach jenen Büchern, die man ihr so lange vorenthielt, und von denen man ihr jetzt nicht genug zu rühmen weiß, wird immer lauter.

Die Rotations-Romane geben diesem Ruf Gehör. Sie geben ihm Antwort durch eine völlig neue Form des Buches.

In der Zeit der Beschränkung kommt es nicht mehr auf das "Wie", sondern nur noch auf das "Was" an. Es kommt nicht darauf an, die Qualität eines Buches durch Halbledereinband zu legitimieren, oder, wie es allenthalben geschieht, durch einen billigen Pappband dem Leser

eine Qualität vorzutauschen, die Pappe nicht besitzt, – und ihn dafür teuer bezahlen lassen. Es ist im Augenblick nicht wichtig, Bücher für den Bibliotheksschrank herzustellen, sondern es ist wichtig, Bücher an den Leser zu bringen. – Der Hunger nach dem guten Buch ist auf dem traditionellen Wege nicht zu stillen.

Die unzureichenden Methoden in der Buchherstellung werden abgelöst durch den Rotationsdruck: das Buch wird verwandelt in ein Heft. Rororo bergen jeder einen vollständigen, ungekürzten Roman in einer Auflage von 100.000 Stück. Jedes einfache Heft kostet 50 Pfg.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (9/1947) berichtete am 1. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Westeuropa: >>Stacheldrahtbörse - PG.s müssen noch bleiben

Frankreich hat Amerika wissen lassen, daß es die 530.000 Kriegsgefangenen, die es von Amerika "geliehen" hat und deren Entlassung die Vereinigten Staaten im Dezember 1946 forderten, nicht bis zum Oktober 1947 entlassen kann. 370.000 Deutsche sollen zum 31. Dezember die Möglichkeit erhalten, aus Kriegsgefangenen zu "freien Arbeitern Frankreichs" zu werden. Der Rest soll in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden. Bis dahin hofft man, die für die französische Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte in Italien und in den Lagern für verschleppte Personen angeworben und ausgebildet zu haben.

"Man kann die Gefangenen nicht als solche auf die Dauer festhalten, kann aber ihre Arbeitsleistung verwenden, wenn man sie als freie Arbeiter unter prinzipieller Gleichstellung mit den Arbeitern des betreffenden Landes leben läßt", stellt das Internationale Komitee zum Studium der europäischen Fragen in London in einer Denkschrift fest.

Nach einem ausgeklügelten System soll bei der Entlohnung der dann "freien Arbeiter" verfahren werden. Die Deutschen sollen 75 Prozent ihres Lohnes ausbezahlt bekommen, 12 1/2 Prozent sollen der deutschen Regierung zum Ankauf von Rohstoffen und Lebensmitteln in Frankreich zur Verfügung gestellt werden, und die übrigen 12 1/2 Prozent sollen auf Reparationen verrechnet werden. Nach Meinung des Komitees soll dadurch der Wiederaufbau aller Länder einschließlich Deutschlands beachtlich gefördert werden.

Die von Frankreich selbst eingebrachten PG.s ("prisoniers de guerre") müssen mindestens bis Ende 1948 als Kriegsgefangene in den Bergwerken arbeiten (sie fördern 20 Prozent der gesamten Kohle) und können erst dann als "freie Arbeiter Deutschlands" den "Wiederaufbau beachtlich fördern".

Wie "New York Herald Tribune" mitteilt, ist der 1. Juli der Termin, bis zu dem die letzten der 38.250 Kriegsgefangenen Amerikas in Europa entlassen werden sollen. 20.000 von ihnen brechen im Augenblick noch die Zelte der Amerikaner in Italien, danach aber ganz bestimmt ihre eigenen ab, versichert das amerikanische Hauptquartier.<<

2 Berliner Studenten (CDU-Mitglieder) wurden am 4. März 1947 wegen Waffenbesitz zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 4. März 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/57): >>4. März 1947. Täglich geht im Lager ein großer Stapel Post ein - Anfragen nach vermißten Soldaten ... oder nach vermißten Angehörigen, die vielleicht Friedland passiert haben.

Auch über den Fernsprecher versuchen jeden Tag Hunderte von Menschen aus kleinen Dörfern und großen Städten etwas über den vermißten Vater oder den noch nicht heimgekehrten Bruder zu erfahren. Alle diese Anfragen sollen bearbeitet werden. Für das Personal eine schwierige, kurzfristig kaum lösbare Aufgabe.

Es ist jetzt angeordnet worden, daß jeder durch das Lager kommende Kriegsgefangene eingehend über das Schicksal seiner Kameraden befragt wird. Diese Auswertungen sollen an das Zentralnachforschungsbüro in Hamburg weitergegeben werden.

Bis heute gingen 68.812 Kriegsgefangene durch Friedland. Viele werden noch erwartet. Die

Schätzungen darüber sind jedoch sehr unterschiedlich. Genaue Unterlagen über alle ehemaligen deutschen Soldaten in alliierter Gefangenschaft fehlen.<<

Der Berliner "Telegraf" berichtete am 5. März 1947 über eine Schwurgerichtsverhandlung gegen einen wegen Raubmordes angeklagten 43jährigen Arbeiter (x111/290): >>... "Ich hatte Hunger, da ist alles so gekommen", sagte der Angeklagte. Seit Tagen hatte er nichts als einige Scheiben trockenen Brotes zu essen.

NN hatte seine Lebensmittelkarten bei sich, er hatte auch noch Vesperbrot im Rucksack! Sie standen im Keller bei ihrer Arbeitsstelle, NN, mit Kohlenpacken beschäftigt, bückte sich, da erschlug ihn XN von hinten mit einer schnell ergriffenen Eisenstange.

Mit beiden blutbesudelten Händen riß er das Brot aus dem Rucksack und verschlang es. Dann nahm er dem Toten die Briefftasche ab, schleifte ihn in einen Nebenkeller, verschloß die Tür und warf die Schlüssel fort.

Im nächsten Restaurant verzehrte er, was er auf die Marken bekommen konnte, und hielt sich auch am folgenden Tag nur in Eßlokalen auf. Schon am Abend erfolgte seine Verhaftung.<<

Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärte am 6. März 1947 während einer Kundgebung aller Parteien in Leipzig (x111/291): >>... Wir werden immer den Standpunkt vertreten, daß unser Volk weder die östliche noch die westliche Sprache mechanisch übernehmen kann.

Das deutsche Volk will und muß seine eigene Sprache sprechen. Aber es möchte eine Sprache sprechen, daß es zum ehrlichen Mittler werden kann zwischen Ost und West.<<

Der tschechische Journalist Michal Mares klagte am 6. März 1947 den Vorsitzenden des Nationalausschusses von Böhmisches Brod an, daß er die dortige Austreibung am 5. Juli 1945 angeordnet hätte, um den Besitz der Deutschen ungestört ausplündern zu können (x004/106).

Der SED-Politiker Otto Grotewohl erklärte am 9. März 1947 während einer KPD-Versammlung in Frankfurt (x039/230): >>Die SED billigt die Grenzziehung im Osten ebenso wenig, wie sie sich mit einer geplanten Neuregelung der Grenzen im Westen abfinden würde.<<

Die nordamerikanische Militärregierung erteilte den Flüchtlingen und Vertriebenen am 10. März 1947 die Erlaubnis, nichtpolitische Organisationen in der US-Besatzungszone zu bilden.

"Radio Stuttgart" kritisierte am 11. März 1947 die ungenügende Versorgung mit Büchern (x111/292-293): >>Die Papiernot zwingt zum Druck kleiner Auflagen von 5.000 Exemplaren. Wenn man in der amerikanischen Zone mit 1.500 Buchhandlungen rechnet, so bekäme jede drei Exemplare.

Daß diese drei Bücher vergriffen sind, ehe sie der Buchhändler auf den Ladentisch legen kann, ist verständlich, denn ein guter Buchhändler hat einen Stamm begeisterter, wissensdurstiger Kunden, die aus vielerlei glaubwürdigen Gründen sich für neue Bücher interessieren, und wenn er geschickt ist – und das sind die meisten – leitet er das Wenige an die richtige Stelle, um auf diese Art wenigstens Nutzen zu stiften.

Aber – und das wollen wir einmal mit allem Nachdruck sagen, und wir wissen, daß wir uns mit dem Großteil des Buchhandels einig sind: Es erscheinen viel zu wenige Bücher, wenn wir ein Werk von einigen hundert Seiten, geheftet oder gebunden, damit meinen, und nicht die Flut jener dünnen, nichtssagenden, aufgeplusterten Etwasse, die bestenfalls von ihren Erzeugern – einer neuen Art von Verlegern – als Verkaufsobjekte gedacht sind.

Es wird eine Unsumme von Papier verschleudert für schlecht gemachte Sprachführer und billige Heftchen, die mit pompösen Titeln für Ethos, Gottsuche, Dienst am Menschen, Erneuerungen auf allen Gebieten sich anspruchsvoll gebärden, indes wenig Wert haben.

Daneben verzeichnen wir eine Hochflut von Klassikerausgaben; siebenmal erschien Heines "Buch der Lieder"; Gottfried Kellers bescheidenste Säckelchen werden neu herausgebracht mit einem präventösen Aufwand, als könne Deutschland nur an diesem genesen.

Wir wünschen gewiß keine Lenkung, weder vom Staate her, noch von der Kirche, noch von den Verlegern oder vom Buchhandel aus, wir schätzen das freie Spiel der Kräfte; und der Verleger Lust und Kühnheit, bewußt oder experimentierend, wünschen wir nicht eingeschränkt zu sehen.

Ist das aber Mut, geheftete Klassikerausgaben auf den Markt zu bringen, 16, 32, 48 Seiten stark, schlecht gedruckt, druckfehlerbehaftet, unordentlich broschiert, zu Preisen, für die man einmal Halblederbände bekam? ...<<

US-Präsident Truman verkündete am 12. März 1947, die kommunistische Bedrohung mit wirtschaftlichen Mitteln zu bekämpfen ("Truman-Doktrin").

Truman erklärte am 12. März 1947 vor dem nordamerikanischen Kongreß (x156/39, x073/-226): >>Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwandern mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten. ...

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert.

Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben. Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen. ...<<

>>... Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen. ...

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form von wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete politische Vorgänge wesentlich ist. ...

Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker der Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltung der Freiheit unterstützen. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die "Truman-Doktrin" (x068/280-281): >>... Am 12. März 1947 erschien er, im blauen Zweireiher, vor dem Kongreß, dessen Sitzung, wie üblich, mit Gottes Beistand begann:

"Mit Deinem Segen, Herr, brauchen wir weder Entscheidungen zu fürchten noch vor Taten zurückzuschrecken".

Darauf verkündete der Präsident in die gespannte Ruhe sein nachmals "Truman-Doktrin" genanntes Glaubensbekenntnis. "Ich glaube, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, jedes freie Volk, das sich der Unterjochung durch bewaffnete Minoritäten oder äußerem Druck widersetzt, zu unterstützen ...

Ich glaube, daß unsere Hilfe in erster Linie in einer wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung bestehen sollte, die für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Ordnung entscheidend ist ... Die Saat des Totalitarismus wird durch Elend und Not genährt. Sie gedeiht und wächst in dem schlechten Boden der Armut und der Konflikte. Und

sie geht auf, wenn die Hoffnung des Volkes auf ein besseres Leben gestorben ist. Wir müssen diese Hoffnung am Leben erhalten."

Daß er selbst die Saat totaler Menschenverachtung durch zwei Atombombenabwürfe eindrucksvoller als jeder vor ihm ausgestreut, hätte er kaum geglaubt.

Wallstreet-Bankier Bernard Baruch aber sagte: "Täuschen wir uns nicht, wir sind heute mitten in einem Kalten Krieg". Das Wort, das schon aus dem Beginn des Zweiten Weltkriegs stammte, als sich Deutsche und Franzosen noch abwartend gegenüberlagen und die Franzosen von einer "drôle de guerre" oder "guerre froide" sprachen, das Wort setzte sich jetzt ebenso fest, wie die Sache sich schon festgesetzt hatte. Mit Recht sah Baruch die Welt bereits "mitten" in diesem Krieg. ...<<

Wilhelm Pieck dementierte am 13. März 1947 angebliche Äußerungen des SED-Vorsitzenden Ackermann über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und betonte, daß die SED nach wie vor jede Grenzverlegung ablehnt (x039/230).

Der Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 13. März 1947 eine Verordnung über das Verfahren für den Verkauf von ehemals deutschen beweglichen Sachen (x003/367-369): >>... § 1. Das bisher für die Liquidationsämter geltende Verbot, ehemals deutsche bewegliche Sachen, die nicht Möbel oder Hausratgegenstände sind, zu verkaufen, wird aufgehoben.

§ 2. Die Liquidationsämter nehmen unverzüglich den Verkauf aller ehemals deutschen beweglichen Sachen vor. ...

§ 5. Die Liquidationsämter verkaufen die ehemals deutschen beweglichen Sachen zu den von einem Sachverständigen festgesetzten Preisen des freien Marktes. ...

Falls der vom Sachverständigen festgesetzte Preis dem Direktor des Bezirks-Liquidationsamtes offensichtlich zu niedrig erscheint, ist der Direktor verpflichtet, eine nochmalige Abschätzung durch einen anderen Sachverständigen zu veranlassen, welchem er seine Zweifel an der Richtigkeit und Realität des zuerst festgesetzten Preises mitteilt. ...

§ 7. Jeder vom Liquidationsamt angefertigte Kaufvertrag muß eine genaue Aufzählung und Beschreibung der verkauften Gegenstände sowie deren Einzelpreise enthalten, wie sie vom Sachverständigen gemäß den Preisen des freien Marktes festgesetzt worden sind. ...

Die derart angefertigten Kaufverträge sind die einzige Grundlage, um dem Magazin den Auftrag zu erteilen, dem Erwerber die gekauften Gegenstände auszuhändigen. ...

§ 9. Falls der Erwerber beim Abschluß des Kaufvertrages den Wunsch äußert, das erworbene Gut in das alte Staatsgebiet auszuführen, muß der Kaufpreis um mindestens 30 % höher sein als der vom Sachverständigen nach den Preisen des örtlichen freien Marktes festgesetzte Preis. ...<<

Der Viersterne-General Lucius D. Clay (1897-1978, Berufsoffizier, stammte aus den "Süd-Staaten") übernahm am 15. März 1947 den Oberbefehl über die US-Streitkräfte in Europa und wurde gleichzeitig Militärgouverneur in Westdeutschland (Nachfolger des US-Generals Joseph McNarney).

Die "Neue Zeitung" berichtete am 17. März 1947 (x114/2.166): >>... Der Bürgermeister einer kleinen Taunus-Gemeinde in der Nähe von Wiesbaden hat durch den Gemeindediener öffentlich bekanntgeben lassen, daß er sich gezwungen sehen werde, das Wasser in der Gemeinde abzustellen, wenn weiterhin so viel Milch abgeliefert würde.

Die Bauern haben die drastische Warnung verstanden: Der Fettgehalt der Milch soll seitdem gestiegen sein.<<

Eine nordamerikanische Studiengruppe, die unter Leitung des ehemaligen US-Präsidenten Herbert Hoover (1874-1964) Anfang 1947 durch Westdeutschland und Europa gereist war, veröffentlichte am 18. März 1947 einen Bericht über die unzureichende Verpflegung in Westdeutschland.

Der Hoover-Bericht forderte in erster Linie wirtschaftliche Aufbauhilfen für Deutschland und Europa (x069/208, x114/2.166, x021/473, x073/225): >>... Mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen, sowie ein beträchtlicher Teil der Normalverbraucher sind in erbärmlicher Verfassung und leben nicht nur weit, sondern in gefährlichem Ausmaß schlechter als die Nachbarvölker im Westen. ...<<

>>... Es mag für den amerikanischen Steuerzahler ein schwerer Schlag sein, daß wir, die wir den Krieg gegen Deutschland gewonnen haben, nun für einige Jahre hohe Ausgaben für die Unterstützung dieses Volkes tragen müssen. Es ist in der Tat in der Geschichte der Menschheit etwas Neues, daß der Sieger dies übernimmt. ...

Dieses Volk ist – in seinen Lebensmitteln, in seiner Heizung und seiner Unterkunft – auf den niedrigsten Stand gesunken, der seit hundert Jahren in der Geschichte des Westens bekannt ist. Wenn die westliche Zivilisation in Europa weiterleben soll, dann muß sie auch in Deutschland weiterleben. ...<<

>>... Europas Produktivität kann nicht wiederhergestellt werden, solange Deutschland nicht wiederaufgerichtet wird. ... Und es darf weder eine Abtrennung der Ruhr oder des Rheinlandes von Deutschland noch ein gesondertes Regime für diese Gebiete geben, ... weil sie das Herz der deutschen Industriewirtschaft sind. ...<<

>>... Es gibt nur einen Weg, der zur Gesundung Europas führt, nämlich die Erhöhung der Produktion. Die gesamte Wirtschaft Europas ist mit der deutschen Wirtschaft durch den Austausch von Rohstoff und Fertigwaren eng verkettet. Die Produktionsfähigkeit Europas kann nicht wiederhergestellt werden, ohne daß Deutschland in die Lage versetzt wird, zu dieser Produktivität beizutragen. ...

Es ist eine amerikanische Politik angekündigt worden, die die Grenzen der westlichen Zivilisation verteidigen soll. Die wichtigsten dieser Grenzen sind die deutschen und japanischen. Wenn diese verloren gehen, sind ganz Europa und der ganze Ferne Osten verloren. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über den "Hoover-Bericht" (x063/621-622): >>Von entscheidender Bedeutung war der Herbert-Hoover-Bericht an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, veröffentlicht am 18. März 1947. Er war das Ergebnis der Europa-Mission Hoovers im Februar jenes Jahres, auf der Gustav Stolper ihn begleitete. ...

Dieser Bericht führte der amerikanischen Öffentlichkeit vor Augen, daß der zu Hause längst diskreditierte "Morgenthauplan" in der Geheimdirektive JCS 1067/6 weiterlebte, nämlich "Deutschland in einen Staat von Hirten und Ackerbauern zurückzuverwandeln. ... Dies durchzuführen wäre unmöglich, es sei denn, wir rotten 25 Millionen Menschen aus oder vertreiben sie."

Der Bericht zerpflückte auch den "erstaunlichen Deutschen Produktionsplan" (Level of German Economy Plan) vom 28. März 1946 als "... ein von Anfang an unmögliches Unterfangen".

Dieser Produktionsplan wird lang im Gedächtnis haften als ein einzigartiges Beispiel menschlicher Torheit im anspruchsvollen Gewand gelehrter Terminologie. Wenn irgend etwas geeignet war, die Autorität der Volkswirtschaftler in Verruf zu bringen, so war es dieses Dokument. Während im Jahre 1936 neunzehn Millionen Tonnen Stahl erzeugt wurden, sollte nach dem Level of German Economy Plan die Produktion nur noch 5,8 Millionen Tonnen betragen, und nur "die älteren Maschinen" sollten verwendet werden!

Die Liste der "Verbotenen Industrien" ("um Deutschlands Kriegspotential auszulöschen") war lang und grotesk. Sie ging vom Verbot synthetischen Benzins und Kunstkautschuks, der Kugel- und Rollenlager bis zum Verbot von Wasserstoffsperoxyd und Rundfunkgeräten. Fahrräder, Motorräder – bis 60 ccm -, Glas, Möbel und Keramik durften ungeschmälert hergestellt werden!

"Wir können Deutschland zwar wirtschaftlich in Ketten halten, aber dann halten wir Europa in Lumpen", faßte der Hoover-Stolper-Bericht zusammen. ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 20. März 1947 in ihrem Tagebuch über die von Molotow bekanntgegebene Zahl der deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Und wo blieben die anderen?

Herrn Molotows Bekanntmachung hat sie allesamt ausgelöscht. Wie Spreu in den Wind ge-  
weht. Auf immer vom Erdboden vertilgt.

Erst heute, zwei Jahre nach Kriegsende, fiel für eine Million Mütter, für viele Millionen Schwestern, Kinder und Frauen der Sohn, der Vater, der Mann oder Freund.

Fiel bei den Worten Molotows:

"Noch 890.532 Männer in russischer Gefangenschaft".

Setzt Halbmast über Deutschland!

O weine, Hekuba (Königin von Troja)!<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 20. März 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/57-58): >>20. März 1947. Vom Evangelischen Hilfswerk wurde eine Auffangstelle für männliche Jugendliche im Lager eingerichtet. Das war notwendig, da diese jungen Menschen, alle ohne Eltern, ohne Heimat, ohne festen Wohnsitz, langsam aber sicher zu Verbrechern werden. Zu Asozialen - zu Opfern der Zeitverhältnisse. ...

Alle hatten Verbindungen zu Schwarzhändlern, lebten von der Hand in den Mund, schliefen auf Bahnhöfen und in Obdachlosenasylen, scheuten jede Arbeit, ließen sich von der Polizei einfangen - und kniffen irgendwann, irgendwo auch wieder aus. ...

Einige dieser Jungen, die nun in Friedland festgehalten werden, hatten bis zu 4 Ausweise bei sich, die alle auf verschiedene Namen lauteten und in deutscher und englischer Sprache ausgestellt waren. Sie sitzen verstockt, manchmal scheu, meistens frech und anmaßend in der Baracke, erzählen sich gegenseitig prahlerisch ihre Abenteuer, geben sich Tips, wie man die Behörden und andere Stellen betrügen kann und sind sehr von sich überzeugt.

... Sie sind das Produkt unserer Gesellschaft, unserer sozialen Ordnung, vor allem aber der politischen Vergangenheit, des totalen Zusammenbruchs eines Systems ...<<

Im Verlauf der Moskauer Außenministerkonferenz veröffentlichten die Siegermächte am 20. März 1947 erstmalig Zahlen über die noch inhaftierten deutschen Kriegsgefangenen (x111/295): >>Die Sowjetunion meldet 890.532 Kriegsgefangene, Frankreich = 631.483 Kriegsgefangene, Großbritannien = 435.295 Kriegsgefangene und USA = 15.103 Kriegsgefangene.<<

Während der Moskauer Außenministerkonferenz unterbreitete der sowjetische Außenminister Molotow am 20. März 1947 folgende Vorschläge (x111/295):

>>1) Sofortige Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung für Industrie, Landwirtschaft, Finanzen, Verkehr, Nachrichtenwesen und Außenhandel.

2) Baldige Erhöhung der Stahlerzeugung auf 10-12 Millionen t.

3) Unterstellung des Ruhrgebietes unter die vereinigte Kontrolle der vier Großmächte.

4) Diese Maßnahmen sollen ergriffen werden, um a) die Währungslage zu verbessern und Währungsspekulationen zu verhindern; b) den deutschen Export zu steigern; c) die Kontrolle über Kartelle und Trusts in Zusammenarbeit der deutschen demokratischen Parteien auf den Staat zu überführen.

5) Aufhebung des britisch-amerikanischen Zonenzusammenschlusses.

6) Reparationszahlungen in Höhe von 10 Mrd. Dollar auf Grundlage der Weltpreise des Jahres 1938 an die Sowjetunion, die aus dieser Summe die Ansprüche Polens befriedigt.

7) Die Reparationen sollen in der Demontage industrieller Einrichtungen, Entnahmen aus der laufenden Produktion und aus Auslandsguthaben bestehen.

8) Die deutschen Reparationsleistungen müssen innerhalb von 20 Jahren nach Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens erfüllt werden.

9) Von den vier Großmächten wird eine interalliierte Reparationskommission gebildet.

10) Die Entwicklung einer deutschen Friedensindustrie zum Nutzen Deutschlands und anderer Länder soll keiner Beschränkung unterliegen.<<

Der ehemalige SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren, leitete 1943 die Liquidierung des Warschauer Gettos, "Henker von Warschau") wurde am 21. März 1947 durch ein US-Militärgericht in Dachau wegen Erschießung gefangener alliierter Piloten zum Tod verurteilt und anschließend an Polen ausgeliefert (x051/567).

Der deutsche Historiker Manfred Hellmann (1912-1992) schrieb am 21. März 1947 in der "Göttinger Universitäts-Zeitung" über Mitteldeutschland (x111/296): >>... Vergessen Sie nie, daß wir hier kein "Osten" sind, daß z.B. Thüringen vor noch nicht allzu langer Zeit das "grüne Herz Deutschlands" genannt wurde.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (12/1947) berichtete am 22. März 1947 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR: >>**Millionen im Schatten**

### **TASS: 890.532 Kriegsgefangene**

Die amtliche sowjetrussische Nachrichtenagentur TASS überraschte mit den ersten Zahlenangaben über deutsche Kriegsgefangene in Rußland. Danach sind noch 890.532 Deutsche in russischen Händen, während 1.003.974 Gefangene seit der Kapitulation bereits nach Deutschland zurückkehrten.

Zwei Tage vorher hatte Englands Ernest Bevin von Molotow konkrete Unterlagen über die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR gefordert. Nach Schätzung der britischen Delegation befinden sich noch 3 Millionen Deutsche in russischer Gefangenschaft.

Zum erstenmal ist die russische Regierung in der Frage der deutschen Kriegsgefangenen von ihrem Prinzip des beharrlichen Schweigens abgegangen. Ende Januar hatten die Amerikaner im Alliierten Kontrollrat einen letzten Vorstoß unternommen, das Problem der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland vor dem Kontrollrat zu besprechen und die genaue Zahl der Gefangenen anzugeben.

Nach Scheitern dieses Versuchs erklärte ein hoher Beamter der amerikanischen Militär-Regierung in Berlin, bei Kriegsende hätten sich etwa vier Millionen deutsche Kriegsgefangene in russischen Händen befunden. Rund 755.000 seien inzwischen von den Sowjets entlassen worden. Das Schicksal von weiteren 200.000 Gefangenen sei aus verschiedenen Gründen - Tod, Flucht usw. - nicht mehr festzustellen.

Auch George Meader, der Berater der Kriegsuntersuchungskommission des USA-Senats, gab im Dezember 1946 die amtliche Schätzung ab, daß noch 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene in Rußland seien. Diese Zahl stützt sich auf Dokumente, die der Amerikaner auf einer dreiwöchigen Untersuchungsreise in Europa sammelte.

Der größte Teil der Entlassungen aus der russischen Kriegsgefangenschaft fällt in die Zeit von Kriegsende bis Sommer 1946. Nach der Kapitulation hatten die Russen in Deutschland, Ostpreußen und im Baltikum große Gefangenenlager errichtet. Nach anfänglichen Entlassungen wurden die Lager aufgelöst und die Insassen nach dem Osten abtransportiert.

Seit dem Sommer letzten Jahres wurden Entlassungen nur noch als "Heimkehrer-Transporte" über Frankfurt/Oder durchgeführt. Jeder in Frankfurt einlaufende Zug wurde mit östlichem Propaganda-Aufwand bewillkommnet. Aber trotz organisierter Heimkehr sanken die Entlassungsziffern beträchtlich herab. Am 24. Februar meldete der russisch lizenzierte Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst als Gesamtergebnis der planmäßigen Aktion 163.533 rückgeführte Kriegsgefangene und 18.429 Zivilinternierte.

Außenminister Marshall gab in Moskau die Zahl der Wehrmachtsangehörigen in amerikanischer Hand bekannt: 30.976 Mann. Davon sind 103 als Kranke oder als Häftlinge wegen begangener Verbrechen in den USA, 1.175 dienen in Frankreich in Arbeitsgruppen des amerikanischen Gräberdienstes und 13.825 befinden sich wegen Transportschwierigkeiten noch in

Italien. Jedoch würden aus Italien wöchentlich 1.000 nach Deutschland zurückgeführt. In der amerikanischen Zone stehen 15.873 Kriegsgefangene im Entlassungsverfahren. Vor Juni dieses Jahres würden auch die 8.879 Dienstgruppenangehörigen in der amerikanischen Zone entlassen werden.

Die Gesamtzahl der deutschen Gefangenen in britischen Händen ist 435.295. Davon werden monatlich 17.500 nach Deutschland zurückgeführt. Ab 1. Juli soll die Zahl auf 20.000 und später weiterhin erhöht werden.

Die Franzosen halten noch 631.483 ehemalige Soldaten gefangen, davon 593.276 in Frankreich, 19.601 in Nordafrika und 18.606 in der französischen Zone Deutschlands. Nach den neuabgeschlossenen französisch-amerikanischen Abkommen über Kriegsgefangene werden die Franzosen monatlich 20.000 Gefangene nach Deutschland entlassen oder ihnen die Möglichkeit geben, als freie Arbeiter in Frankreich zu bleiben. Die 50.000 in den Bergwerken arbeitenden Kriegsgefangenen fallen nicht unter das Abkommen.

Von den in Belgien festgehaltenen Kriegsgefangenen sind etwa 40.000 als Bergarbeiter eingesetzt. Die belgische Regierung hat sich bereit erklärt, jeden Gefangenen, der hundert Tage im Bergwerk arbeitet und 80 Prozent der Leistung eines belgischen Bergarbeiters fördert, zu entlassen.

Über die Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Polen veröffentlichte der Pressedienst der polnischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat kürzlich nähere Einzelheiten. 30.000 deutsche Gefangene arbeiten in den Kohlengruben der Zentralverwaltung. Weitere 14.600 Deutsche unterstehen der direkten Aufsicht des Gefängnis-Überwachungsamtes.

Nach dem Bericht erhält jeder Gefangene morgens gesüßten Kaffee und 600 g Brot, mittags 1 Liter dicke Suppe und abends ebenfalls 1 Liter Suppe. Schwerarbeiter bekommen zusätzliche Ernährung, der Kalorienwert für die arbeitenden Gefangenen soll täglich 2.800 Kalorien betragen. Um 5 Uhr morgens wird geweckt, von 7 bis 17.30 Uhr gearbeitet, unterbrochen von einer einstündigen Mittagspause. Im Lager wird bis 21 Uhr weitergearbeitet.

Die Zahl der deutschen Gefangenen in Jugoslawien ist gänzlich ungewiß. Über ihre Lage berichtete einer der Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes, der im Januar den großen Liebesgabentransport für die Kriegsgefangenen nach Jugoslawien mit begleitete.

Die Vertreter des Roten Kreuzes brachten den Zug bis an die jugoslawische Grenze und unterhielten sich nach der Unterzeichnung des Übergabeprotokolls mit vier Vertretern der deutschen Kriegsgefangenen. Die vier Gefangenen wußten zu berichten, daß die Verpflegung von 2.500 Kalorien für die in Arbeit stehenden Gefangenen und 3.300 Kalorien für Kranke im allgemeinen eingehalten würden. Die Verpflegung sei ausreichend.<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 22. März 1947 ein Rundschreiben betreffend die Registrierung und Erfassung der deutschen Bevölkerung (x003/370-372): >>Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete hat im einzelnen die Fragen der Erfassung und der Kontrolle der Bewegungen der deutschen Bevölkerung geregelt und ein Verbot für diese Bevölkerung erlassen, willkürlich den Wohnsitz bzw. den vorläufigen ständigen Aufenthaltsort zu verlassen, und es hat schließlich dritte Personen verpflichtet, mit den Verwaltungsbehörden bei der Meldung und Registrierung von Ausländern, unter anderem auch der ehemaligen Staatsangehörigen des Deutschen Reiches deutscher Nationalität, zusammenzuarbeiten. ...

Die Anwendung dieser Vorschriften an Ort und Stelle erfolgt nicht in der richtigen Weise. Obwohl es nämlich innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete noch eine bedeutende Anzahl von Deutschen gibt, treffen die Repatriierungsbehörden bei der Zusammenstellung und Organisation der Transporte auf große Schwierigkeiten, da die Deutschen zwecks Vermeidung der Repatriierung sich zu verbergen beginnen.

Dies betrifft besonders verschiedene Arbeitsstätten und Haushalte, die den Deutschen, um

sich billige Arbeitskräfte zu sichern, nicht selten tätige Hilfe leisten, wenn sie sich der Repatriierung entziehen wollen.

Es ist eine bedauernswerte Tatsache, daß einzelne gewissenlose Leiter von Ämtern, Institutionen sowie staatlichen und öffentlichen Unternehmen bisher noch kein Verständnis für die Bedeutung aufbringen können, welche der Durchführung der Repatriierungsaktion der Deutschen zukommt, und entgegen den Anordnungen noch in vielen Fällen durch Beschäftigung unter völlig ungerechtfertigten Bedingungen verschiedenen Deutschen Zuflucht gewähren.

Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, unverzüglich die Kontrolle des Personenverkehrs der deutschen Personen zu verstärken.

Zu diesem Zweck sind vor allem mit den lokalen Organen der Öffentlichen Sicherheit und der Truppen des Grenzschutzes häufigere und strengere Kontrollen des Personenverkehrs der deutschen Bevölkerung zu vereinbaren. ...

Daneben ist Wert darauf zu legen, daß die Erfassung der Personen deutscher Nationalität laufend aktualisiert wird, damit sie dem tatsächlichen Stand der Dinge entspricht.

Zu diesem Zweck ordnen die Vorsteher der ländlichen und städtischen Gemeinden an:

1. alle Personen deutscher Nationalität, die bereits nach Deutschland repatriert wurden, aus der Erfassungsliste zu streichen;
2. sie rufen durch Plakatanschläge der Verordnung des Wojewoden zur unverzüglichen Erfüllung der Meldepflicht auf.

Um möglichst alle Personen deutscher Nationalität zu erfassen, empfiehlt das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete gleichzeitig, ein Registrierungssystem auf diese Bevölkerung anzuwenden ...

Da es hier um die letzte Etappe der Repatriierung des deutschen Elements aus Polen geht, erwartet das Ministerium von den Wojewoden, daß sie sich persönlich auf das energischste auf allen Gebieten der Verwaltungsarbeit für diese für das neue Polen so bedeutsame Sache einsetzen.<<

Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnte der sowjetische Außenminister Molotow am 22. März 1947 die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).

Das sowjetische Internierungslager Torgau wurde am 24. März 1947 aufgelöst. Die letzten 135 Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Mühlberg transportiert.

Von September 1945 bis März 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Torgau etwa 1.500 deutsche Häftlinge. 4.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/146).

Die US-Militärregierung gab am 26. März 1947 offiziell bekannt, daß die Sowjetunion die Fragen nach den rund 2 Millionen fehlenden deutschen Kriegsgefangenen noch nicht beantwortet hätte (x111/297).

Der EKD-Rat bat am 27. März 1947 um Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen und um Rückgabe der besetzten Gebiete (x111/297): >>Unser Volk wird sonst in der Enge seines Landes ersticken und sterben müssen. ...<<

In der sowjetischen Zone begannen am 28. März 1947 die Dienstverpflichtungen für den Uranbergbau.

Albert Speer (zu 20jähriger Freiheitsstrafe verurteilt, weil er als "NS-Reichsminister für Bewaffnung und Munition" Zwangsarbeiter einsetzen ließ) schrieb am 28. März 1947 in seinem Tagebuch (x028/217): >>Die Deportation von Arbeitskräften ist ohne Zweifel ein internationales Vergehen. Ich lehne das Urteil nicht ab, weil andere Nationen das gleiche tun. ...<<

Im Ruhrgebiet fanden am 28. März 1947 große Hungerdemonstrationen statt.

Während einer Konferenz des FDGB in Berlin wurden am 30. März 1947 folgende Forderungen gestellt (x111/298): >>1. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und der Großban-

ken.

2. Die Durchführung einer demokratischen Bodenreform.

3. Die Sicherung einer entscheidenden Stimme für die Gewerkschaften auf dem Gebiete der Industrie.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 31. März bis zum 27. April 1947 täglich nur 1.552 Kalorien zugeteilt.

Die Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung protestierte am 31. März 1947 gegen die schlechten Lebensverhältnisse (x117/36): >>Die Besatzungsmächte sind keinesfalls von Schuld an den traurigen Verhältnissen freizusprechen. Die oberste Kontrolle über die Heranschaffung und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel liegt in ihrer Hand. ...

Wir protestieren gegen zahllose Hemmungen und Einschränkungen, die sich aus der gegenwärtigen Macht- und Zuständigkeitsverteilung ergeben, und fordern ihre sofortige Beseitigung ...<<

Bis zum 31. März 1947 hatte man 118.574 Sudetendeutsche aus Österreich in die nordamerikanische Besatzungszone "umgesiedelt" (x004/123).

Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädführerin) berichtete im März 1947 über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/108-109): >>... Als ich im März 1947 an Ruhr und einer Nierenbeckenentzündung erkrankte, hatte ich das große Glück, ins Lazarett zu kommen, was ein Ausnahmefall war und nur Schwerstkranken gestattet wurde.

In dieser Krankenbaracke war Ende 1946 Heinrich George verstorben, und ich kam in den Besitz seiner Gedichte, die er während seiner Gefangenschaft geschrieben und im Lazarett im Strohsack versteckt hatte. Heinrich George soll als einziger einen Sarg bekommen haben und auf einem Friedhof begraben worden sein.

Als ich zehn Wochen später in die Baracke 4 zurückkehrte, waren dort inzwischen die Fenster abgekratzt worden, wodurch nun Tageslicht in die Kammern kam und man die kaum zu beschreibende Verwahrlosung zum ersten Mal richtig bemerkte. Es war für mich ein Schock!

Die Baracke war nun tagsüber geöffnet, und die Frauen waren dabei, die Schlafpritschen auseinanderzureißen und die Wanzennester zu vernichten. Es gab sogar einige Kübel Chlor, womit die Bretter getränkt wurden, nur machte der beißende Gestank den Aufenthalt und gar den Schlaf in der Baracke unmöglich.

Im Lazarett hatte ich neben einer 90jährigen gelegen, bis sie dort verstarb. Jüngster Insasse des Lagers war ein 9jähriger Junge, der mit seinem Vater zusammen verhaftet worden war. Beide sind sehr bald verstorben. In einer Männerbaracke lag eine ganze Klasse 10- bis 11jähriger Jungen, von denen drei überlebten. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Alfred Andersch (1914-1980) berichtete im März 1947 in der Zeitschrift "Der Ruf" über Hamburg (x111/303): >>... Und immer noch liegt Schnee. An manchen Tagen fegt der Eissturm durch die Straßen. Dann wird das Bett zur letzten Zufluchtsstätte, die dem hungernden Magen und dem frierenden Körper Ruhe verschafft. Gearbeitet wird sowieso nicht.

Seit Monaten liegt Hamburgs Industrie völlig still. Das Hamburger Elektrizitätswerk liefert einmal am Tag, am Abend von 9 bis 11, Strom. Dann flackert auch das Gas auf. Man kocht sich rasch eine Suppe und kriecht ins Bett.

Hin und wieder einmal rollt ein Kohlenzug in die Stadt. Er kommt dann buchstäblich zur Hälfte ausgeraubt an. ...<<

Die rumänische Regierung teilte im Frühjahr 1947 den vorläufigen Abschluß der Bodenreform mit. Nach den veröffentlichten Zahlen wurden 143.219 Landbesitzer mit insgesamt 1.443.911 ha Grund und Boden enteignet (x007/88E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1957

über die wirtschaftliche Lage der Rumänien-Deutschen nach der Bodenreform (x007/85E-91E): >>... Selbst von kommunistischer Seite scheint jedoch eine geschlossene Aussiedlung der Volksdeutschen aus Rumänien, wie sie in der Tschechoslowakei, in den östlichen Reichsgebieten und in Ungarn erfolgt, nie ernsthaft erwogen worden sein.

Schon in den Jahren 1946/47 gelang den Deutschen dann z.T. eine gewisse Konsolidierung auf wirtschaftlichem Gebiet, vor allem aber im kirchlichen Bereich und im Schulwesen.

Der offene Übergang Rumäniens zur kommunistischen Diktatur in der zweiten Jahreshälfte schuf schließlich mit der Ausdehnung der 1944/45 proklamierten Nationalitätenpolitik auf die Deutschen bei gleichzeitiger Inangriffnahme der systematischen Bolschewisierung des Landes völlig neue Voraussetzungen.

Schon das erste, Ende September 1944, veröffentlichte Programm der Nationaldemokratischen Front hatte umfassende Enteignungen und Verstaatlichungen propagiert. Die Weigerung Radescus, die von der FND geforderte Bodenreform unverzüglich durchzuführen, trug wesentlich zu seinem Sturz bei.

Appellierte die Nationalitätenpolitik der rumänischen Kommunisten an die Mitarbeit der nationalen Minderheiten, so sprach auch aus der Bodenreform in erster Linie das Bemühen, die landlose und landarme Dorfbevölkerung für die kommunistische Politik zu gewinnen.

Aus wirtschaftlichen Erwägungen war eine neue Agrarreform, nachdem der eigentliche Großgrundbesitz mit wenigen Ausnahmen schon durch die nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführten Reformen beseitigt worden war, zweifellos nicht zu rechtfertigen. Das Ergebnis der Bodenreform von 1945 war neben einer katastrophalen Schwächung der rumänischen Landwirtschaft vor allem die Zerstörung der wirtschaftlichen Fundamente des rumänisch-deutschen Bauerntums.

Die gesetzliche Grundlage der neuen Bodenreform bildete das Dekret Nr. 187 vom 23. März 1945, das durch das Durchführungsreglement Nr. 4 vom 11. April 1945 ergänzt wurde. Entschädigungslos enteignet wurden nach Art. 3 des Reformgesetzes:

a) "die Bodenflächen und landwirtschaftlichen Besitztümer jeder Art, die deutschen Staatsangehörigen sowie rumänischen Staatsangehörigen physischen und juristischen Personen, deutscher Nationalität (Volksabstammung) angehören, die mit Hitler-Deutschland zusammengearbeitet haben;

b) die Bodenflächen und sonstigen landwirtschaftlichen Besitztümer der Kriegsverbrecher und der für das Unglück des Landes Verantwortlichen;

c) die Bodenflächen derjenigen, die in Länder geflohen sind, mit denen Rumänien sich im Kriegszustand befindet oder die nach dem 23. August 1944 ins Ausland geflüchtet sind.

Erst an achter Stelle erwähnt das Gesetz den Großgrundbesitz, soweit er 50 ha überschreitet.

Nach der Definition der Durchführungsverordnung fielen unter Art. 3, a): "rumänische Staatsbürger, die Angehörige der deutschen Waffen-SS waren, mit ihren Familienangehörigen in auf- und absteigender Linie; rumänische Staatsbürger, die mit der deutschen und ungarischen Armee abgezogen sind;

und schließlich rumänische Staatsbürger deutscher Nationalität (Abstammung), die der deutschen Volksgruppe angehört haben, sowie allen diejenigen, die hitleristische Propaganda betrieben haben, indem sie gegen die demokratischen Grundsätze gekämpft haben oder in irgendeiner Weise zur Unterstützung des hitleristischen Deutschland beigetragen haben, sei es auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem oder sportlichem Gebiet".

Da durch das Volksgruppen-Dekret der rumänischen Regierung von 20. November 1940 alle rumänischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit zu Mitgliedern der Deutschen Volksgruppe in Rumänien erklärt worden waren, bedeutete dies faktisch die vollständige Enteignung der volksdeutschen Bauern, unabhängig von der Größe ihres Besitzes.

Ausgenommen waren lediglich die wenigen, die nachweisen konnten, daß sie aus der Volks-

gruppe ausgetreten waren oder dort ihren Beitrag nicht gezahlt hatten; gelegentlich wurden dabei Gutachten deutscher Antifaschisten herangezogen. Verschont blieben ferner diejenigen Volksdeutschen, die noch nach dem 23. August 1944 in den gegen Deutschland eingesetzten rumänischen Einheiten gekämpft hatten. Auch ihre Zahl war gering, wobei die Berücksichtigung ihrer Ansprüche überdies in der Hand der örtlichen Ausschüsse lag. ...

Das Agrarreformgesetz wurde mit seiner Verkündung wirksam, doch setzte die tatsächliche Enteignung im allgemeinen erst im Herbst 1945 ein, da die Ernte laut Gesetz noch von den alten Besitzern eingebracht werden sollte. ...

Die gesamte Enteignungsprozedur vollzog sich nur selten in den geordneten Formen, die das Gesetz vorsah. Die örtlichen Ausschüsse, die sich aus Kleinbauern, rumänischen Landarbeitern und Zigeunern zusammensetzten, gaben durch persönliche Bereicherungen und Cliquenwirtschaft vielfach Anlaß zu Beschwerden, so daß ihre Zusammenarbeit häufig wechselte. Zunächst wurden den Deutschen im allgemeinen Vieh und Geräte abgenommen.

Dann wurde die Aufteilung des Bodens und der Gebäude auf die neuen Besitzer vorgenommen, soweit sich diese nicht schon vorher auf eigene Faust in den ihnen genehmen Höfen eingenistet hatten. Das Gesetz überließ die Größe der zu vergebenden Parzellen den örtlichen Ausschüssen, wobei jedoch die Gesamtgröße der neuen Anwesen 5 ha nicht überschreiten durfte.

In Siebenbürgen waren die "Kolonisten" vor allem Rumänen aus ärmeren Nachbargemeinden, "Motzen" aus den Gebirgsdörfern und Zigeuner. Die ortsansässigen rumänischen Bauern beteiligten sich nur zum kleinen Teil an den Enteignungen.

In den rein deutschen Siedlungsgebieten des Banats gab es im allgemeinen nur wenige Rumänen, Serben und Bulgaren, die für eine Landzuteilung in Frage kamen, so daß man hier in stärkerem Maße Kolonisten aus dem Altreich heranzuführen mußte; in großer Zahl waren es rumänische Flüchtlinge, die im Verlauf der Kriegshandlungen aus Bessarabien, der Bukowina und der nördlichen Moldau ins Altreich gekommen waren, an den Landzuweisungen beteiligt. Ein Teil der nicht an geordnete Arbeit gewöhnten Neubauern kehrte schon nach kurzer Zeit in ihre Heimatgemeinden zurück, so daß größere Landflächen brach lagen.

Nach den im Frühjahr 1947 nach dem vorläufigen Abschluß der Bodenreform veröffentlichten Zahlen wurden 143.219 Landbesitzern insgesamt 1,45 Millionen ha Grund und Boden enteignet. Nur 114.000 ha wurden angeblich aus der Enteignung von Großgrundbesitz über 50 ha gewonnen, während die Enteignung der deutschen Klein- und Mittelbauern 536.000 ha ergab.

...

Rund 1,1 Millionen ha Land wurden an mehr als 900.000 Bauernfamilien aufgeteilt, von denen fast die Hälfte vorher kein eigenes Land hatte. 350.000 ha verblieben als Staatsreserve, aus der später Staatsgüter (Staatsfarmen) gebildet wurden. ...

Die schon im Sommer 1945 auftretende, im Jahre 1946 wiederholte Dürre verstärkte die negativen Auswirkungen der Agrarreform, so daß es besonders im Jahre 1946 zu einer schweren Krise in der rumänischen Landwirtschaft, zu regelrechten Hungersnöten, vor allem in der Moldau, kam.

Die Volksdeutschen hatten ihr Ackerland, ihr Vieh und ihre Gerätschaften bis zum Jahresende 1945 fast ausnahmslos verloren. Geblieben waren ihnen zum Teil die Weinberge, da sie von den Kolonisten nicht bewirtschaftet werden konnten. In manchen Dörfern hatte man die deutschen Bauern kurzerhand auch aus ihren Häusern verdrängt und in die am Ortsrand gelegenen Zigeunerhütten umgesiedelt; zum Teil wurden ihnen einzelne Höfe oder auch die Schule als Gemeinschaftswohnungen angewiesen. ...

Oft waren die unerfahrenen und vielfach arbeitsscheuen Neubauern froh, wenn sie den Rat und die Hilfe der Deutschen in Anspruch nehmen konnten. Mancher volksdeutsche Bauer konnte einen Teil seines Bodens gegen Ablieferung des halben Ertrages selbst bestellen; sogar

Teile der Staatsreserve wurden vorübergehend an Deutsche verpachtet. ...

Das Fehlen der arbeitsfähigen Männer machte sich in vielen Familien erschwerend bemerkbar. Besonders die Jahre 1946/47 waren vielfach Hungerjahre. ...

Für den weiteren Bestand des rumänischen Deutschtums war es von Gewicht, daß die Bodenreform nicht nur die selbständige Lebensgrundlage der zu einem großen Teil bäuerlichen Sachsen und Schwaben vernichtet, sondern zugleich auch die Geschlossenheit der deutschen Bauerndörfer durch die Hinzuführung ortsfremder Kolonisten gesprengt hatte.

Nach der im ersten Anlauf verwirklichten Bodenreform zwang die verschärfte innenpolitische Auseinandersetzung die kommunistische Regierung, auf weitere Reformmaßnahmen zunächst zu verzichten. So konnte sich - von willkürlichen, örtlichen Übergriffen abgesehen - der deutsche Anteil am Wirtschaftsleben der Städte sehr viel länger behaupten. Deutsche Handwerksbetriebe, Geschäfte, ja selbst Fabriken arbeiteten z.T. ungestört weiter, um erst 1948 von der allgemeinen Bolschewisierung des rumänischen Wirtschaftslebens erfaßt zu werden. ...<<

Obwohl das Deutsche Reich total zerschlagen war, vereinbarten Frankreich und England im März 1947 in Dünkirchen einen Sicherheitspakt.

Dieser Pakt verpflichtete die Teilnehmerstaaten (ab 1948 = "Brüsseler Pakt") zur gegenseitigen Hilfe "für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggression" (x128/264).

Die Zeitschrift "Der Ruf" wurde am 1. April 1947 von der US-Militärregierung wegen "Nihilismus" (Leugnung gültiger Erkenntnisse) vorübergehend (bis zur Entlassung der Herausgeber Andersch und Richter) verboten.

Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. April 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/62): >>... Der Hunger grassiert in Westdeutschland. Schwerarbeiter verloren im Laufe eines Monats 3,64 kg Körpergewicht. Die offene Tuberkulose greift immer mehr um sich. Menschen fallen vor Hunger auf der Straße um, alte Leute kommen, wenn ein Bett frei sein sollte, in die Krankenhäuser und sterben, sterben, sterben. Nicht an Altersschwäche, sondern an Hunger.

Die Gefahr ist groß, daß sich junge Menschen in solch einer Situation dazu verleiten lassen, lieber bei Schiebergeschäften mitzumachen, als bei ordentlicher, schlechtbezahlter Arbeit zu darben.

1. April 1947. Es kommen immer wieder ehemalige Soldaten im Lager an. Heimkehrer aus Frankreich, England, Jugoslawien und Rußland. Sie alle müssen durch das Lager, um ihren Entlassungsschein in Empfang zu nehmen, ohne den sie nicht wieder richtige Zivilisten werden. ...

Über viele ehemalige Soldaten, die möglicherweise in russische Gefangenschaft geraten sein könnten, herrscht noch völlige Unklarheit. Viele Heimkehrer berichten von hohen Sterbeziffern, besonders während der Kriegshandlungen, da diese es kaum ermöglichten, geordnete Lager anzulegen. ...<<

In der Zeitung "Vestnik" wurde am 1. April 1947 mitgeteilt, daß man bisher nur 10 % des jüdischen Vorkriegsbesitzes zurückgegeben hätte (x004/102).

Rudolf Hoeß, ehemaliger Kommandant des Vernichtungslagers Auschwitz, wurde am 2. April 1947 durch ein polnisches Gericht zum Tod verurteilt.

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 5. April 1947 in ihrem Tagebuch über die ergebnislose Moskauer Außenministerkonferenz (x111/304): >>Nichts! Und abermals nichts.

Weder den Frieden noch die Revidierung der Ostgrenze, weder die Aufhebung der Zonenschranken noch eine gemeinsame Währungsregelung.

Offenbar haben sie sich dort nur zusammengesetzt, um der Welt vorzuführen, wie man am kunstfertigsten aneinander vorbeireden kann. ...<<

Der Kölner Erzbischof Kardinal Frings (1887-1978) forderte am 8. April 1947 die Klärung

des Schicksals der deutschen Kriegsgefangenen (x111/305): >> Deutschland hat die 1.200.000 Kriegsgefangenen nie gesehen, die die Sowjetunion nach Haus zurückgeschickt haben will, und wohin sie gekommen sind, weiß niemand.

Es ist für das deutsche Volk ein fürchterlicher Schlag, zu hören, daß die Sowjetunion die Zahl der deutschen Kriegsgefangenen in sowjetrussischer Hand mit 800.000 angibt. Während diese in Deutschland auf zwischen 3 und 4 Millionen geschätzt werden.

Da kann man nur fragen: Was geschah mit den anderen? ...<<

Der US-Generalstab berichtete am 9. April 1947 in einem streng geheimen Dokument bereits über die Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/300-301): >> Die potentiell stärkste Militärmacht dieses Gebietes ist Deutschland.

Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. ...

Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands ist daher vom Standpunkt der Sicherheit der Vereinigten Staaten von vorrangiger Bedeutung.<<

Die Zeitung "Kieler Nachrichten" berichtete am 9. April 1947 über den Kohlendiebstahl in Hamburg (x299/137): >>... Fast 9.000 Kohlendiebe wurden im März durch die Bahnpolizei Hamburg festgestellt.<<

Während der Moskauer Außenministerkonferenz bestätigte der sowjetische Außenminister Molotow am 9. April 1947 die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens (x111/305).

Der Minister für Justiz beschloß am 10. April 1947 eine Verordnung über das Verfahren des Ausschlusses von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Volksgemeinschaft (x003/373-376): >> ... § 6. Zur Stellung eines Antrags auf Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft, auf Aussiedlung aus dem Staatsgebiet und Einziehung des Vermögens sind die Kreis-, Stadt- und Wojewodschaftsämter für öffentliche Sicherheit zuständig. ...

§ 11. 1. Die Anordnungen und Entscheidungen über die Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens einer Person, der die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, werden von den im Dekret - vom 8. März 1946 über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen – vorgesehenen Bezirks-Liquidationsämtern ausgeführt, welche für die Orte zuständig sind, in denen sich das zu beschlagnehmende oder einzuziehende Vermögen befindet. ...

§ 12. 1. Auf die Einziehung finden die Vorschriften des Dekrets über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen entsprechend Anwendung.

2. Ausgenommen von der Beschlagnahme und Entziehung sind notwendige Gegenstände des persönlichen Gebrauchs.

3. Die allgemeine Verwaltungsbehörde (der) I. Instanz ordnet die Beschlagnahme des von der Einziehung bedrohten Vermögens von Amts wegen oder auf Antrag an.

4. Die Beschlagnahme kann schon während der Ermittlung auf Antrag eines Organs der Öffentlichen Sicherheit erfolgen, das in diesem Antrag die Umstände, welche die Entziehung der Staatsbürgerschaft begründen, darlegen und die Befürchtungen eines Verlustes des Vermögens wahrscheinlich machen muß. ...

§ 15. Im Urteil müssen ausführlich alle Umstände, welche die Entziehung der Staatsbürgerschaft begründen, sowie die Entscheidung über die minderjährigen Kinder und den Ehegatten der Person, die die Staatsbürgerschaft aberkannt wird, sowie über ihr Vermögen aufgeführt sein. ...

§ 21. Von der Rechtskraft der die Entziehung der Staatsbürgerschaft und die Aussiedlung aus dem Staatsgebiet aussprechenden Entscheidung ist das Amt für Öffentliche Sicherheit zu benachrichtigen, das den Antrag gestellt hat.

§ 22. Die Entscheidung über die Aussiedlung aus dem Staatsgebiet führen die Organe der Öff-

fentlichen Sicherheit auf Anordnung der allgemeinen Verwaltungsbehörde (der) I. Instanz oder des Staatsanwalts aus. Die Aussiedlung erfolgt durch zwangsweise Beförderung bis zur Staatsgrenze.

§ 23. Die Organe der Öffentlichen Sicherheit, die die Aussiedlung durchführen, können die Person, der die polnische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, bis zum Zeitpunkt der Aussiedlung internieren.

§ 24. Die ausgesiedelten Personen sind berechtigt, die für den persönlichen Gebrauch notwendigen Gegenstände sowie Verpflegung für die Zeit der Reise mitzunehmen. ...<<

Der französische Außenminister Bidault forderte am 10. April 1947 während der Moskauer Konferenz nochmals die Internationalisierung des Ruhrgebietes, eine politische Loslösung des Saarlandes von Deutschland und einen autonomen Rheinstaat (x111/305).

Während der Moskauer Außenministerkonferenz lehnte der sowjetische Außenminister Molotow am 11. April 1947 wieder die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland ab (x111/306).

Die Zeitschrift "Der Ruf" veröffentlichte am 15. April 1947 das "Bekenntnis eines jungen Deutschen – Jahrgang 1916" (x299/139): >>Ich liebe mein Volk mehr denn je jetzt in der Stunde der Not. Ich liebe es mit allen seinen Schwächen und Größen.

Seine Männer, Frauen und Kinder habe ich im Grauen der Bombennächte und Schlachten, in Hunger, Elend und Wehrlosigkeit als Helden leiden und kämpfen sehen.

Andere des gleichen Volkes habe ich als Größenwahnsinnige, Rohlinge, Charakterlose und Dummköpfe kennengelernt.

Ich weiß viel von meinem Volk. Es ist nicht schlechter und nicht besser als andere Völker. Es hat die dunkelsten Stunden seiner Geschichte hinter sich gebracht, die der Despotie und Grausamkeit. ...

Ich bekenne mich zur Sühne, die ich mit meinem Volk für unser alle Schuld tragen will. ...

Ich halte den Nationalismus für die gefährlichste Kraft jener überlebten Vergangenheit. ...

Ich bin ein scharfer Gegner des Krieges. ...

Ich erstrebe ... die Demokratie. ...

Wichtigste Neuerung muß ... sein, die Zivilcourage zur ersten Tugend zu erheben, eine Tugend die dem Deutschen, dessen gehorsame Tapferkeit als Soldat in der Welt berühmt ist, am meisten fehlt.

Ich glaube mit meinem Herzen und meinem Verstand an die Größe und Wahrheit des humanitären Gedankens. Ich habe soviel Schlechtes und Schreckliches gesehen, daß ich weiß, daß die Menschheit an einem Scheideweg steht. ...<<

Der ehemalige slowakische Präsident Tiso wurde am 15. April 1947 zum Tod verurteilt und 3 Tage später hingerichtet (x005/733).

Rudolf Hoeß (1900 in Baden geboren) wurde am 16. April 1947 im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz gehängt. Hoeß (bereits 1923 wegen Mordes vorbestraft) war von 1940-43 Lagerkommandant des Vernichtungslagers Auschwitz.

Die Briten sprengten am 18. April 1947 rund 6.000 t Munition, um die Insel Helgoland vollständig zu zerstören (x111/307).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 19. April 1947 über die Wiederverwendung von zerstörten Werten (x116/171): >>... Neue Verfahren machen es möglich, die durch Brand, Rost und Sturzwirkung völlig verklumpten, restlos zerstört erscheinenden Maschinen und Metallteile wieder zu neuem Leben und wirklicher Leistungsfähigkeit zu erwecken. ... Ein völlig verbeulter Minimax (Feuerlöscher) und der angeknackte und völlig zerfressen aussehende Kühlschrank werden nach der Verjüngungskur fast neuwertig.<<

Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" kritisierte am 19. April 1947 in einem Leitartikel die "historische Ausstellung" der Polen, in der man die polnischen Westgebiete als "ur-

polnische Gebiete" darstellte (x028/187): >>Die Ausstellung über Polens Westgrenze, die in der Abteilung für slawische Studien stattfindet und von einem Mitglied des Abteilungsvorstands eröffnet wurde, gehört zu einem offiziellen polnischen Unterfangen, die schlichte Tatsache zu leugnen, daß die Oder-Neiße-Linie Polen nur als Entschädigung für die sowjetischen Annexionen der östlichen Provinzen eingeräumt wurde, und um völlig unhaltbare ethnische Behauptungen durchzupauken. ...<<

Die Besatzungsmächte unterzeichneten am 21. April 1947 ein Abkommen über die deutsche Kohlenproduktion (x111/308): >>... Sobald die deutsche Produktion 280.000 t täglich erreicht, werden 21 % davon für den Export verwendet.

Frankreich ist eines der Länder, das von vornherein Anspruch auf einen Teil der deutschen Ausfuhren hat.<<

Die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe der bayerischen Kirchenprovinzen riefen am 22. April 1947 zur Bewahrung der "gottgegebenen Menschenrechte" auf (x026/83-84): >>... Haltet die natürlichen und göttlichen Rechte der Menschen heilig, denn ohne sie seid ihr alle rechtlos, alle jenen ausgeliefert, welche die Macht haben, ihren Willen durchzusetzen, ganz gleich ob er dem Willen Gottes entspricht und mit der Menschenwürde in Einklang zu bringen ist oder nicht! ...

In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen.

Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderbewegungen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.

Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln.

Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen."<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über diesen Aufruf der bayerischen Bischöfe vom 22. April 1947 "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen" (x853/...): >>... "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:

"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte.

Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen." ...<<

Die Moskauer Viererkonferenz (10.03.-24.04.1947) scheiterte am 24. April 1947, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands noch Reparationen aus laufender Produktion oder die Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen wollen (x009/405-406).

Im Abschlußkommuniqué der Moskauer Außenministerkonferenz wurde am 24. April 1947 festgestellt, daß in den USA noch 30.976 deutsche Kriegsgefangene, in Großbritannien 430.000, in Frankreich 631.483 und in der Sowjetunion 890.532 interniert waren. Alle Kriegsgefangenen sollen bis spätestens 31. Dezember 1948 entlassen werden (x111/309).

Die Interalliierte Reparationskonferenz legte am 24. April 1947 in Brüssel die jeweiligen Länderanteile an den westdeutschen Reparationslieferungen fest (x111/309-310):

>>Albanien = 0,4 %,  
Belgien = 3,6 %,  
Tschechoslowakei = 3,65 %,  
Frankreich = 19,4 %,  
Indien = 2,45 %,  
Niederlande = 4,75 %,  
Norwegen = 1,6 %,  
Großbritannien = 27,78 %,  
Jugoslawien = 8,1 %,  
Australien = 0,8 %,  
Kanada = 2,5 %,  
Dänemark = 0,3 %,  
Ägypten = 0,1 %,  
Griechenland = 3,5 %,  
Luxemburg = 0,27 %,  
Neuseeland = 0,5 %,  
Südafrika = 0,4 %,  
USA = 19,9 %.<<

Außenminister George Marshall kritisierte am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<

Außenminister George Marshall beauftragte am 30. April 1947 den Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").

Das sowjetische Internierungslager Jamlitz bei Lieberose wurde im April 1947 aufgelöst. Die rund 4.400 deutschen Häftlinge wurden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald und Mühlberg transportiert.

Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz, das vor allem wegen seiner Hungerrationen berüchtigt war, starben von September 1945 bis April 1947 ca. 5.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/74).

Der 20jährige Bernd S. berichtete im April 1947 über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Jamlitz bei Lieberose (x126/76-79): >>Es kam vor, daß Barackenkameraden morgens nicht mehr von ihrer Pritsche aufstanden. Ich selbst hatte Dystrophie der Stufe drei, das war der höchste Abmagerungsgrad, den es gab. Ich wog noch reichlich 70 Pfund (bei einer Körpergröße von 1,75 Meter) und war so schwach, daß ich mich nach der Rückkehr von den Zählappellen mitunter am Treppengeländer hochziehen mußte, um wieder in die Baracke zu gelangen. ...

Eine weitere Ursache unsäglicher Qualen bildete das Ungeziefer. Es waren geradezu Invasionen von Wanzen, Flöhen und Läusen, die sich auf unsere ausgezehrten Körper stürzten. Flöhe

und Läuse verkrochen sich in den Nähten der Bekleidung, die Wanzen im Holz der Pritschen. Es war furchtbar. Die gelegentlichen Entlausungsaktionen halfen dagegen überhaupt nicht. Ich habe erlebt, wie eine Baracke ausgegast wurde und man danach Wassereimer voll Wanzen herausstrug.

Von den allgemeinen Bedingungen her war Jamlitz von allen Lagern das schlimmste, wie wir später in Buchenwald, nachdem wir mit Häftlingen aus den anderen Lagern gesprochen hatten, übereinstimmend feststellten. ... So wie wir behandelt wurden, mußten wir annehmen: Hier kommen wir nie wieder raus. Damit hatten sich auch alle abgefunden. ... Ich selbst hatte ebenfalls mit dem Leben abgeschlossen. Ich bin dort viele Male gestorben.

Aber einen Grundsatz wollte ich bis zuletzt beherzigen: in Ehren zu sterben. Es gab ja auch einige, die in Unehren gestorben sind, die in der Nacht ihren Kameraden das Brot stahlen, irgendwann dabei erwischt wurden und die man dann derart zurichtete, daß sie das nicht überlebt haben. Der Hunger hat einige zu Tieren gemacht.

Für das sowjetische Personal waren wir durchweg große Faschisten. Das hatte man denen eingebleut ... Alle Funktionen im Lager bekleideten Deutsche, Häftlinge wie wir.

Zu ihrer Schande muß gesagt werden, daß viele von denen, die eine solche Position bekleideten, sich uns gegenüber wie Unmenschen benommen haben, um ihre Vergünstigungen, beispielsweise ihre doppelten Essenrationen, zu sichern. ... Das ging natürlich nur auf Kosten der Allgemeinheit. ...

Wegen kleinster Vergehen gegen die Lagerordnung konnte es Essensentzug oder Schläge geben. Der deutsche Lagerkommandant in Jamlitz, Bennewitz, war ein Schläger und Halunke, ebenso sein Stellvertreter. Letzterer soll Gerüchten zufolge später in (dem sowjetischen Internierungslager) Mühlberg von Mithäftlingen in eine Fäkaliengrube gestoßen worden und darin elendig umgekommen sein. ...

Ostern 1947 wurden wir auf dem Bahnhof Jamlitz in Güterzüge verladen. Wohin die Fahrt gehen sollte, wußten wir nicht. ... Viele befürchteten, daß man uns nach Sibirien bringen würde. Aber dann standen wir auf dem Ettersberg bei Weimar vor dem schmiedeeisernen Tor des Konzentrationslagers Buchenwald und lasen darauf die zynische Inschrift "Jedem das Seine".

...<<

Das Deutschlandproblem bereitete den Siegermächten im April 1947 weiterhin enorme Schwierigkeiten. Die Siegermächte mußten verstärkt Lebensmittel einführen, um die deutsche Bevölkerung zu ernähren und Hungerkatastrophen abzuwehren. Diese Nahrungsmittelimporte nach Deutschland belasteten die Besatzungsmächte mit hohen Kosten. England und Frankreich mußten schon bald durch Nordamerika unterstützt werden, weil sie nicht in der Lage waren, diese Lebensmittellieferungen zu finanzieren.

Im Jahre 1947 gelang es den Westalliierten trotz alledem erstmalig, Lebensmittelreserven für 2 Monate anzulegen. Ab April 1947 teilten die Alliierten regelmäßig "Schulspeisungen" (für ca. 3,5 Millionen deutsche Schulkinder) aus.

Die Berner Zentrale der "Schweizer Spende" berichtete Anfang Mai 1947 über die westdeutschen Stationen des Hilfswerks (x117/115-116): >>... Vor allem obliegt den Deutschen die Aufgabe, sich selbst zu helfen. Das bedeutet, daß nicht nur jeder für sich selbst und seine Allernächsten Sorge, sondern für die Gesamtheit seiner Landsleute und die besonders Benachteiligten unter ihnen. ...

Wir müssen alles tun, was in unseren Kräften liegt, um die aufbauenden Kräfte der Deutschen ... zu stärken und zu ermutigen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 2. Mai 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/63-65): >>2. Mai 1947. Der Frühling ist ins Land gezogen. Aber in was für ein Land - mit welchen Sorgen, Problemen, Kümernissen. Die Baracken in Friedland werden durch den Sonnenschein nicht schöner. ...

Briefe, Berge von Briefen, erreichen das Lager. Briefe, die deutsche Geschichte schreiben, ohne es zu wollen. Briefe, die von dem Elend unserer Nation zeugen. Briefe, aus denen Angst und Qual spricht. ... Briefe, ... Briefe ...

"Wir sind aus Neumarkt bei Liegnitz in Schlesien. Als wir fort mußten, verloren wir unseren vierjährigen Jungen aus den Augen und haben ihn seitdem nie wieder gesehen. Er heißt Alfred, hat graue Augen, ganz helles Haar, am rechten Ohr ist das Läppchen etwas eingerissen und er trug damals ein schwarzes Mäntelchen mit einer Pudelmütze. Ist das Kind vielleicht bei Ihnen? Wurde es von jemandem mitgenommen oder beobachtet? ... Wir machen uns jeden Tag die schlimmsten Vorwürfe."

Das schreiben schlesische Eltern, jetzt wohnhaft in Aurich.

Alle Briefe haben fast den gleichen Inhalt. In jedem Brief steht ein Schicksal aufgezeichnet, das Schicksal eines Menschen, der unter die Räder der großen Kriegsmaschine kam.

Jeder Brief wird von der Lagerleitung bearbeitet. Es wird gesucht, notiert, aufgeschrieben, geantwortet. Aber die meisten Briefe mit dem Absender "Flüchtlingslager Friedland/Leine" lauten etwa: "Leider konnten wir in unseren Unterlagen von dem von Ihnen Gesuchten nichts feststellen."<<

Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" kritisierte am 3. Mai 1947 in einem Leitartikel noch einmal die "historische Ausstellung" über die polnischen Westgebiete (x028/187):

>>... Die Polen wären gut beraten, in ihrem eigenen Interesse das Gerede vom mittelalterlichen slawischen Szczecin (das für die meisten Englisch Sprechenden immer noch Stettin heißt) fallenzulassen und ihre Sache, wie sie nun einmal geworden ist, auf dem Handel beruhen lassen, der nun wirklich durch das politische Tauziehen der Großmächte 1945 zustandekam und von Ethnographie so weit entfernt ist, wie von historischer oder irgendeiner anderen Gerechtigkeit. ...<<

Generalfeldmarschall Albert Kesselring (1885-1960, ab 1943 deutscher Oberbefehlshaber im Mittelmeerraum) wurde vor allem wegen der Erschießung von 335 italienischen Geiseln in den Fosse Ardeatine (Tuffsteinhöhlen, südlicher Stadtrand von Rom) am 6. Mai 1947 durch ein britisches Militärgericht in Venedig zum Tod verurteilt (x111/313).

Kesselring wurde später begnadigt und 1952 aus der Haft entlassen.

In Sachsen und in anderen SBZ-Ländern wurden am 8. Mai 1947 sämtliche Bergwerke enteignet.

Der Rundfunk im britischen Sektor Berlins berichtete am 8. Mai 1947 (x111/314): >>Auf Anordnung der britischen Militärregierung werden alle auf kulturellem Gebiet tätigen Deutschen im britischen Sektor Berlins und in der britischen Zone in der nächsten Zeit Eintragungszertifikate und politische Bescheinigungen erhalten.

Wer in Berlin nach dem 15. Juli und in der britischen Zone nach dem 31. Juli 1947 ein derartiges Zertifikat nicht besitzt, darf sich auf kulturellem Gebiet nicht mehr betätigen.

Die Zertifikate werden u.a. an alle Verleger, Herausgeber, Hauptschriftleiter und Schriftleiter, Intendanten und Regisseure, Dramaturgen, Dirigenten und Schauspieler ausgegeben und gelten in allen vier Zonen Deutschlands als Unbedenklichkeitszeugnis.

Lizenzträger, die nach dem 31. Juli 1947 Personen ohne Zertifikat beschäftigen, verlieren ihre Lizenz.<<

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Jan Molitor (1907-1981, eigentlich Josef Müller-Marein) schrieb am 8. Mai 1947 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" (x111/314): >>Der Mangel an Büchern, aber auch die Lesebereitschaft sind so groß, daß nur Massenauflagen helfen könnten, für die das Papier nicht vorhanden ist: Dies ist das eine Problem.

Das andere ist, daß jeder kulturelle Aufbau, und sei er auch nur in bescheidenem Maße möglich, mit dem Wunsch der "Kulturteilnehmer" verbunden ist, zumindest jene Werke der Literatur, die ihre Unvergänglichkeit durch immer wiederkehrende Aktualität beweisen, in gut

gebundenen, haltbaren Exemplaren zu besitzen.<<

In Nürnberg begann am 9. Mai 1947 der sog. "Geisel-Prozeß" gegen 12 ehemalige deutsche Wehrmachtsoffiziere (Südost-Generäle) wegen Mißachtung aller Kriegsregeln und der Ermordung von Tausenden von Zivilisten in Jugoslawien, Albanien und Griechenland.

Der US-Militärgerichtshof klagte damals folgende deutsche Generale an (x111/314): >>Wilhelm List, Maximilian von Weichs, Wilhelm Rendulic, Walter Kuntze, Hermann Förtsch, Franz Böhme, Helmuth Felmy, Hubert Lanz, Ernst Dettner, Ernst von Leyser, Wilhelm Speidel und Kurt Ritter von Gretner.<<

Die letzten sowjetischen Kriegsgefangenen (Kosaken) wurden von den Briten und Nordamerikanern am 9. Mai 1947 an die Sowjetunion ausgeliefert (Aktion "Eastwind").

Außenminister Marshall informierte US-Botschafter Arthur Lane am 9. Mai 1947 über die Gründe, die zur vorläufigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie führten (x028/184): >>... Der Präsident ist in Potsdam gezwungen gewesen, einer Regelung zuzustimmen, die ihm sehr unangenehm war.

Damals hatten ja die Russen das Territorium in der Hand. Sie hatten absichtlich den Sinn der erreichten Übereinstimmung verzerrt, doch wie die Notizen und Erklärungen der Konferenzteilnehmer klar beweisen, haben wir nicht in eine definitive Grenzziehung eingewilligt.<<

Der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens erklärte am 11. Mai 1947 vor der Presse (x111/315): >>... Ohne weitere Hilfe ist mit dem völligen Zusammenbruch der Ernährung in unseren Großstädten zu rechnen.<<

In Wuppertal erhielt damals z.B. ein Normalverbraucher täglich nur noch 650 Kalorien zugeteilt (x111/315).

Der sowjetische Delegierte Gromyko erklärte am 14. Mai 1947 vor der UN-Vollversammlung zur geplanten Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat (x128/363): >>Die Erfahrung der Vergangenheit, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges, zeigt, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, dem jüdischen Volk in der Verteidigung seiner Rechte und bloßen Existenz vor der Gewalttätigkeit der Hitleristen und ihrer Verbündeten hinreichenden Schutz zu bieten. ...

Dies erklärt die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu errichten. Es wäre ungerecht, dies nicht in Betracht zu ziehen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieser Bestrebungen zu leugnen. ...

Die Vertreter der arabischen Staaten machen geltend, daß die Teilung Palästinas eine historische Unrecht wäre, doch diese Auffassung des Falls ist unannehmbar, wenn auch nur, weil schließlich das jüdische Volk über einen ansehnlichen Zeitraum der Geschichte eng mit Palästina verbunden gewesen ist. ...

Es könnte nicht schaden, meine Zuhörer, nochmals zu erinnern, daß durch den Krieg, den Hitlerdeutschland entfachte, die Juden als Volk mehr gelitten haben als irgendein anderes Volk. ...<<

Der ehemalige deutsche Generalmajor Jochen Löser (1918-2001) berichtete später über die geplante Teilung Palästinas (x099/178): >>... England konnte es sich weder wirtschaftlich noch angesichts der kriegsmüden britischen Volksstimmung erlauben, ein großes Truppenkontingent in Palästina zu unterhalten, um Herr über den jüdischen Widerstand zu werden. Es überließ deshalb die Entscheidung über Palästina den Vereinten Nationen.

Dort ergab sich eine eigenartige Situation: Sowohl die USA als auch die Sowjetunion waren für Beendigung des britischen Mandats, für eine Teilung des Landes und die Gründung von zwei unabhängigen Staaten, einem jüdischen und einem arabischen.

Am 14. Mai 1947 hielt der russische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Andrej Gromyko, eine Rede zugunsten der zionistischen Bestrebungen, einen jüdischen Staat zu gründen. Diese Änderung in der sowjetischen Einstellung, die während der vorhergehenden 30 Jahre den Zio-

nismus aufs schärfste bekämpft hatte, war zweifellos von den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs beeinflusst. Aber nicht nur das allein; die Sowjetunion kam zur klaren Erkenntnis, daß von allen Elementen der Mittelostszene nur die jüdische Bevölkerung Palästinas und der Zionismus in der Lage waren, die Engländer aus der Region zu verdrängen und damit ein leichteres Eindringen der Sowjetunion ins Mittelmeer zu ermöglichen.

Das wurde ganz offensichtlich, als während des israelischen Befreiungskrieges von 1947/49 nur die Sowjetunion (über die Tschechoslowakei) die neugeschaffene Verteidigungsarmee Israels (IDF) mit Waffen belieferte, wogegen die westlichen Staaten ein Waffenembargo über den neugeborenen Staat Israel verhängt hatten.

Die in tschechischen Fabriken produzierten Mausergewehre, leichte Maschinengewehre vom Typ M. G. 34, Besa-Maschinengewehre und die Messerschmitt 109-Jäger waren die einzigen fabrikneuen Waffen, die dem um sein Leben kämpfenden Staat Israel zur Verfügung standen und ihm zum Siege verhalfen. ...<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 16. Mai 1947 einen Runderlaß betreffend die Aufteilung des Vermögens der ehemaligen deutschen Einzelgemeinden in den Wiedergewonnenen Gebieten (x003/383): >>Auf Grund des Dekrets vom 8. März 1946 über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen ... geht das Vermögen der ehemaligen deutschen Einzelgemeinden auf die zuständigen Dorfgemeinden über, welche den ehemaligen Einzelgemeinden entsprechen.

... Die Dorfgemeinden ... müssen solches Vermögen behalten, das bloß für die Erfordernisse der einzelnen Dörfer bestimmt ist, wie Volkshäuser, Gemeinschaftsräume, Kindergärten usw. ...<<

Thomas Mann erklärte am 16. Mai 1947 während eines Presseinterviews in London (x111/316): >>Es scheint mir, daß das nationalsozialistische Regime eine kulturelle Wüste hinterlassen hat. Ich wüßte im Augenblick keinen jungen deutschen Schriftsteller, der als Hoffnung auf eine Belebung des geistigen deutschen Lebens genannt werden könnte. ...

Ich möchte nicht gerne München oder Bonn besuchen, solange es unter alliierten Bajonetten steht. Es würde beschämend für mich sein.<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 18. Mai 1947 während einer SPD-Tagung in Kassel (x111/318): >> ... daß sich kein sozialdemokratischer Ministerpräsident mit Vertretern der SED an einen Verhandlungstisch setzen kann, solange die Sozialdemokratie in der Ostzone nicht als gleichberechtigte Partei anerkannt ist.<<

Ein Teilnehmer der Kasseler Veranstaltung schrieb damals in seinem Tagebuch über Kurt Schumacher (x111/318): >>... Ein Krüppel steht vor uns, mit nur einem Arm, magenkrank, nervös und spindeldürr. Hunger, Pein und Schmerzen haben ihn gekrümmt. Oft muß er aufgerichtet und getragen werden.

Trotzdem beherrscht der große Kopf mit der hohen, klaren Stirn, der kräftigen Nase, den durchfurchten Gesichtszügen und den großen Augen das Bild. Aus dem Geistigen muß die Wiedergeburt kommen.<<

Eduard Benesch bestätigte am 21. Mai 1947 in der Zeitung "Lidova Demokracie" seine frühzeitigen Vertreibungspläne (x151/63): >>... Die erste Frage, die ich unserer Auslandsaktion schon im Jahre 1940 vorlegte, war die Frage des Abschubs der Deutschen aus unserem Land. Ich stellte die Frage direkt und integral (vollständig) und besprach sie offen, zuerst mit den Engländern, dann mit den Amerikanern, mit den Russen zuletzt.<<

In der "Iswestija" vom 22. Mai 1947 wurde der britische Außenminister Bevin kritisiert (x028/185): >>... Bevin versuchte, das bekanntlich sinnlose Argument vorzubringen, daß die Frage von Polens Westgrenze nicht geregelt sei und daß es sich dabei um eine Form von "Entschädigung" und nicht um eine Rückkehr alten polnischen Landes handelte.

Auch hier haben wir es mit dem offensichtlichen Versuch zu tun, das Potsdamer Abkommen

zu revidieren und gewisse Zusagen zu umgehen, die sich aus dem Abkommen herleiten. Die Frage von Polens Westgrenze ist ein für allemal geregelt worden und nicht mehr Gegenstand irgendeiner Revision.<<

In der Sowjetunion wurde am 25. Mai 1947 die Todesstrafe (bis 1953) abgeschafft. Das galt auch für die SBZ (x126/238).

Konrad Adenauer schrieb am 30. Mai 1947 (x095/67): >>... Ein sehr gefährliches Symptom der Entwicklung ist der sich immer stärker entwickelnde Herrschaftsanspruch der Gewerkschaften über die ganze Wirtschaft. Dieser Anspruch wird von in der britischen Zone maßgebenden Stellen sehr stark unterstützt, wie ja überhaupt in der britischen Zone die Gewerkschaften von diesen Stellen den Parlamenten gleichgestellt, wenn nicht sogar darüber hinausgehoben werden.

Diese Totalitätsansprüche der Gewerkschaften finden von Unternehmerseite leider kaum Widerstand, weil viele maßgebende Leute auf Unternehmerseite, wenn auch leichte, braune Flecken haben, und deswegen bang sind, sich zu wehren. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erläuterte am 31. Mai 1947 vor dem Spitzengremium der SPD seine "Magnettheorie" (x111/322): >>... Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der deutschen Einheit möglich als diese ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist.

Es ist gewiß ein schwerer und vermutlich langer Weg.<<

Der bayerische Kultusminister Alois Hundhammer (1900-1974) verkündete am 31. Mai 1947 das Abstimmungsergebnis einer Elternbefragung über die Einführung der körperlichen Züchtigung in den Volksschulen.

In München sprachen sich 28.336 Eltern gegen und 25.556 Eltern für die Einführung der körperlichen Züchtigung aus (x111/322).

Nach den Feststellungen des Meteorologischen Instituts in Quickborn war der Mai 1947 der heißeste des bisherigen 20. Jahrhunderts.

Ein Zeitzeuge berichtete über eine "Hamsterfahrt" im Mai 1947 (x114/2.171): >>Hamsterzug. Mannheim ab 4.57 Uhr – Heidelberg 6.01 Uhr nach Lauda. 750 Sitzplätze.

Es fahren über 2.000 Personen. Leere Säcke, Rucksäcke, Koffer in übermäßiger Zahl werden mitgeschleppt. Der Berufsverkehr wird behindert. Schüler der Eberbacher und Mosbacher Schulen stehen auf den Trittbrettern.

Zwischen Osterburken und Lauda ergießen sich die Menschenmassen in die Dörfer. Kilometer werden gelaufen, die Bauern um zwei, drei Kartoffeln angebettelt, Mehl, Grünkern, Fett, Speck getauscht. ...

Abends kommen die Städter an die Bahnhöfe. Deutsche Polizisten umkreisen die Stationen. Die Bahnpolizei allein hat das Recht, auf dem bahneigenen Gebiet zu kontrollieren. Sie tut es nicht mehr. Seit dem Frühjahr bestehen diese Anordnungen.

Gelegentlich versuchen mehrere Polizisten gemeinsam eine Aktion. Sie beginnen bei den Frauen. Nehmen ihnen die Kartoffeln ab. Das Mehl. Die Eier. Tränen. Beschwörungen, Hinweise, daß regulär getauscht sei. Die Polizisten schafften die Ware beiseite. Kommen ein paar Männer hinzu, die den Frauen beispringen, gelingt es manchmal, die Kartoffeln, das Mehl, den Topf Schmalz wieder zurückzubekommen. Es gibt Prügel, Schläge prasseln auf die Städter, die zurückschlagen. ...

Wenn der Zug kommt, dann retten sich die Städter auf die Bahnsteige. Aber auch hier gehen die Kämpfe oftmals weiter. Säcke werden von den Wagenbühnen, von den Trittbrettern gerissen. Frauen, Flüche, zerrissene Kleider, Blut und schlagende Knüppel. ...<<

Justizminister Prokop Drtina gab im Mai 1947 vor dem tschechoslowakischen Parlament ei-

nen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Volksgerichte ab (x004/77): >>Die Volksgerichtsbarkeit war eine revolutionäre Gerichtsbarkeit, aufgebaut auf dem System der Standgerichte und trägt daher alle Merkmale eines solchen Tribunals.

Man kann sich nicht wundern, daß es in den Entscheidungen der außerordentlichen Volksgerichte zu verschiedenen Unregelmäßigkeiten gekommen ist.

Im Gegenteil, es wäre ein Wunder, wenn die Durchführung einer solchen außerordentlichen Gerichtsbarkeit, die in ihren Entscheidungen fast ausschließlich auf das Laienelement, d.h. auf Richter aus dem Volke und nicht auf Berufsrichter gestützt war, den Unregelmäßigkeiten hätte vorbeugen können. ...<<

Von den 18.800 deutschen Untersuchungs- oder Strafgefangenen, die sich noch im Mai 1947 in den tschechischen Gefängnissen oder Strafanstalten aufhielten, befanden sich 11.654 in Zwangsarbeiter-Sonderabteilungen oder in anderen Arbeitsabteilungen (x004/78).

Der britische Historiker Arnold J. Toynbee (1889-1975) erklärte während einer Vorlesung im Mai 1947 (x067/194): >>... In einer Europäischen Union, die sowohl die Sowjetunion als auch die USA ausschliesse – und das ist der hypothetische Ausgangspunkt für den Versuch, eine europäische Dritte Großmacht zu konstruieren -, muß Deutschland früher oder später auf diesem oder jenem Wege die Führung übernehmen, und zwar selbst dann, wenn dieses Vereinte Europa mit einem Deutschland gegründet werden würde, das entwaffnet und dezentralisiert oder sogar geteilt wäre.

In diesem Raum, der zwischen den USA und der Sowjetunion liegt, hält Deutschland eine beherrschende Mittellage besetzt:

Die deutsche Nation ist eineinhalb Male so groß wie die nächstgrößte Nation Europas; das deutschbewohnte Herz Europas (dabei sind weder Österreich noch der deutschsprachige Teil der Schweiz berücksichtigt) enthält einen vorherrschenden Anteil des gesamten schwerindustriellen Potentials von Europa – an Rohstoffen, Fabrikanlagen und Fachkräften; und die Deutschen sind ebenso leistungsfähig, sowohl Menschen als auch sonstiges Kriegsmaterial zur Kriegsführung zu organisieren, wie sie andererseits unfähig zum Versuch sind, sich selbst zu regieren und unerträglich als Herrscher über andere Völker.

Gleichgültig, zu welchen Bedingungen Deutschland zu Beginn in ein Vereintes Europa einbezogen würde ... auf Dauer gesehen würde es ein solches Europa beherrschen; und sogar dann, wenn die Vorherrschaft, die es gewaltsam in zwei Kriegen vergeblich zu gewinnen versucht hatte, ihm diesmal friedlich und schrittweise zufallen würde, wird kein nichtdeutscher Europäer glauben, daß die Deutschen – sobald sie erfaßt haben, daß sich diese Macht in ihrer Reichweite befände – so weise wären oder sich selbst beherrschen könnten, ohne Peitschenschwingen und Quälereien auszukommen. Diese deutsche Frage würde sich als unüberwindliches Hindernis bei der Errichtung einer europäischen dritten Großmacht herausstellen. ...

Besonders in Westeuropa (und Westeuropa ist das Herz Europas) sind die Traditionen nationaler Individualität so stark, daß die engste Europäische Union, die auch durchführbar wäre, noch zu lose verbunden sein würde, um mehr als eine unwichtige Figur im Machtspiel zu sein. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/65-66): >>3. Juni 1947. Die Tagesration eines Normalverbrauchers, die nach der 102. Kartenperiode ... 1.014 Kalorien pro Tag enthalten soll, beträgt nach deutschen Feststellungen tatsächlich nur 838,5 Kalorien.

"Diese Zuteilung liegt erheblich unter den Rationen, die den KZ-Insassen (während des NS-Regimes) gewährt wurden", schreibt eine von der Militärregierung lizenzierte Zeitung dazu.

Und immer noch strömen Menschen durch Friedland. ... Es steht schlimm um Deutschland. ... Man schätzt, daß monatlich mehr als 15.000 Menschen illegal die Zonengrenze in Richtung West oder Ost überschreiten. Auch Menschen, die jeden Halt und eine noch so lockere Ord-

nung ablehnen oder verlernt haben. Dazwischen ausgesprochen kriminelle oder asoziale Elemente. ...<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 5. Juni 1947 in ihrem Tagebuch über die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz und die Rede des US-Außenministers Marshall (x111/325): >>Ehe der letzte der ostzonalen Ministerpräsidenten die Bayerische Staatskanzlei betreten hatte, hatten seine östlichen Kollegen den Sitzungssaal bereits verlassen. Die Delegierten der Ostzone sind nach Berlin zurückge-  
reist. Nicht einmal über die Aufstellung der Tagesordnung konnte man sich einigen. Rein in die Hoffnung, raus aus der Hoffnung.

Wenn sich auch der Hilfsplan für Europa in ähnlicher Richtung entwickelt! ...<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 5. Juni 1947 einen Runderlaß betreffend die falsche Einstellung in Fragen der Staatsbürgerschaft der in den Wiedergewonnenen Gebieten alteingesessenen Bevölkerung (x003/387-389): >>Pausenlos aus den Wiedergewonnenen Gebieten eingehende Beschwerden zeigen, daß trotz des Inkrafttretens des Gesetzes vom 28. April 1946 ... sowie trotz zahlreicher Erklärungen von höchsten staatlichen und gesellschaftlichen Organen die mir unterstellten Behörden der territorialen Verwaltung die Bedeutung und die Folgen dieses für den polnischen Staat so einschneidenden Gesetzgebungsaktes noch immer nicht richtig verstehen.

So wird sehr oft eine praktische Unterscheidung zwischen der in den Wiedergewonnenen Gebieten ansässigen Bevölkerung vorgenommen, indem man sie in sogenannte "Autochthone" oder "Verifizierte" und Ansiedler teilt, wobei die Staatsbürgerschaft der letzteren von niemand in Frage gestellt wird, während die Staatsbürgerschaft der seit Jahrhunderten hier ansässigen polnischen Bevölkerung bei fast jeder Gelegenheit angezweifelt wird.

Die verantwortungslose Verunglimpfung dieser Bevölkerung durch Vorwürfe, welche das Polentum entehren, die leichtfertige Identifizierung dieser Menschen, besonders evangelischen Glaubens, mit den Deutschen sind eine bereits alltägliche Erscheinung geworden und es ist eine bedauernswerte Tatsache, daß diese Atmosphäre hauptsächlich von Individuen, welche es nur darauf abgesehen haben, sich das Eigentum dieser Bevölkerung widerrechtlich zu bemächtigen, sowie von bewußten oder unbewußten Helfershelfern dieser Individuen geschaffen wird.

Die Schuld an diesem ungesunden und heute bereits unentschuldbaren Zustand tragen vor allem die Behörden der allgemeinen Verwaltung, deren Verantwortung hierfür auf der ihnen übertragenen Fürsorge für die ansässige polnische Bevölkerung und auf der Verpflichtung beruht, das eingangs genannte Gesetz praktisch durchzuführen.

Fälle, wie die Entziehung der vorläufigen Bescheinigungen über die polnische nationale Zugehörigkeit, welche den praktischen Nachweis der polnischen Staatsbürgerschaft bilden, das Einreihen von Personen, die sich mit den erwähnten Bescheinigungen ausweisen, in die Repatriierungstransporte für die Deutschen und schließlich die nicht seltenen Verweigerungen der formalen Bestätigung der Staatsbürgerschaft unter allerlei ausgedachten Vorwänden zeugen entweder von einer leichtfertigen Unkenntnis der geltenden Gesetze, Richtlinien der Regierungspolitik ... sowie vom Mangel einer gesunden gesellschaftlichen Einsicht, oder sie demaskieren den hier und da vorhandenen Willen verschiedener reaktionärer Elemente, die in der ersten Organisationszeit in die Verwaltung Eingang gefunden haben.

... Die Staatsbürgerschaft ist ein so großes Recht des Menschen, daß ihre Entziehung entsprechender wichtiger Grundlagen und vor allem eines sehr genauen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Verfahrens bedarf. ...

Da im dritten Tätigkeitsjahr des Verwaltungsapparates derartige Mißverständnisse und Fehler nicht mehr vorkommen dürfen, ersuche ich die Wojewoden: ...

8. um die Anweisung, daß in der Regel alle Fälle dem Staatsanwalt zur Untersuchung überge-

ben werden müssen, in denen die alteingesessene Bevölkerung geschädigt oder beunruhigt wurde, nur weil ihre Angehörigen früher Staatsbürger des ehemaligen Deutschen Reiches waren;

9. um die Anweisung, daß in Staatsbürgerschaftsverfahren keine Aussagen von Personen als glaubwürdig angenommen werden, die materiell an einer für den Antragsteller ungünstigen Entscheidung der Frage der Staatsbürgerschaft interessiert sind ...<<

US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959, Verfasser der "Truman-Doktrin = wirtschaftliche Hilfe - Waren und Kredite - für nichtkommunistische Länder) stellte am 5. Juni 1947 das nordamerikanische Hilfsprogramm für Europa vor.

Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, begann ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern.

US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959) stellte am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität das nordamerikanische Hilfsprogramm "ERP" (European Recovery Programm) für Westeuropa vor (x058/379): >>Die Wahrheit ... ist, daß Europas Bedarf an Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Produkten aus dem Ausland - vor allem aus Amerika - in den nächsten 3 oder 4 Jahren so viel größer ist als seine augenblickliche Zahlungsfähigkeit, daß es substantielle, zusätzliche Hilfe braucht oder sich einer sehr ernsten wirtschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krise gegenüber sieht. ...

Es ist logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun sollten, was in ihren Kräften steht, und die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Gesundheit in der Welt zu unterstützen, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann.

Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder eine Ideologie, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.

Ihr Ziel soll die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft sein, um die Rückkehr politischer und sozialer Bedingungen zu erlauben, unter denen freie Institutionen existieren können. Ich bin überzeugt, daß solche Hilfe nicht stückweise erfolgen kann, je nach Verlauf verschiedener Krisen. Jede Hilfe, die unsere Regierung in der Zukunft gewähren mag, sollte mehr eine Heilungskur als ein Linderungsmittel darstellen.

Jede Regierung, die die Aufgabe des Wiederaufbaus bereitwillig unterstützt, wird die Regierung der Vereinigten Staaten zur Zusammenarbeit bereit finden.

Keine Regierung kann Hilfe von uns erwarten, die durch Manöver den Wiederaufbau anderer Länder zu blockieren versucht. ...<<

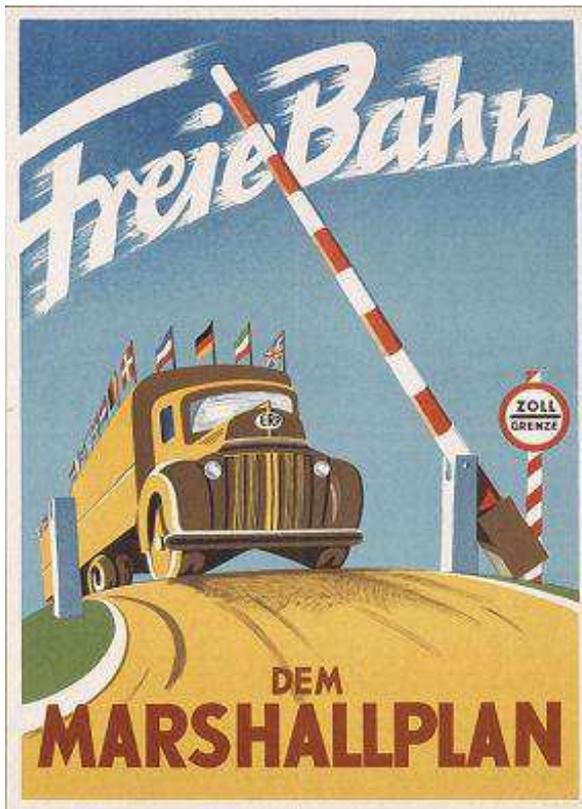


Abb. 75 (x149/116): Welche Zielsetzungen des Marshallplanes bringt dieses Werbeplakat zum Ausdruck?

Abb. 76 (x067/204): Plakat der SED, 1947

Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) sollte vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.

Im Rahmen des Marshall-Planes erhielten die westeuropäischen Länder von 1948-52 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Der Anteil der Bundesrepublik betrug 1,5 Milliarden Dollar (x073/-225). Die Nordamerikaner konnten die erforderlichen finanziellen Hilfen bereitstellen, weil sie damals große Außenhandelsüberschüsse erzielten. Von 1938-47 konnte Nordamerika die industrielle Produktion mehr als verdoppeln, so daß man in der Lage war, das Hilfsprogramm für Westeuropa zu finanzieren (x028/233).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Marshall-Plan (x068/275-278): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.

Also pöppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus

purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.

"Nach Ostland ..." – nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden.

Man pumpte also zwischen 1948 und 1952 rund 13 Milliarden ins christliche Abendland: 3,1 Milliarden für Großbritannien, 2,6 Milliarden für Frankreich, 1,4 Milliarden für Italien, 1,3 Milliarden für Westdeutschland, 1,0 Milliarden für die Niederlande, um nur die Spitzenempfänger zu nennen. Mit humanitärer Hilfe hatte das so gut wie nichts zu tun, so gut wie alles aber mit geschäftlichen und machtpolitischen Bedürfnissen – selbst da, wo man nicht langfristige Kredite dafür nahm, sondern sogar schenkte.

Für den US-Senator Arthur H. Vandenberg trug die Marshall-Plan-Hilfe – "durchaus der harten Wahrheit Rechnung – ob wir sie mögen oder nicht -, daß die Eigeninteressen der USA, unsere nationale Wirtschaft und unsere nationale Sicherheit mit diesen Zielen untrennbar verbunden sind".

Man beachte die Reihenfolge: die Wirtschaft kommt zuerst (die Sicherheit dient eigentlich nur dem Geschäft). Auch in der Präambel des Plans stand schon, daß er "Macht und Stabilität" der USA auf westdeutschem Boden sichern sollte. Für Deutschlands Spaltung, seine Wiederaufrüstung, für die eventuelle Reservierung als Schlachtfeld segneten die Sieger die Besiegten, zogen sie sich heran, was sie brauchten. Und wenn kein riesiges Schlachtfeld, so jedenfalls ein riesiger Marktplatz.

"Wir brauchen große Märkte, auf denen wir verkaufen und kaufen können", bekannte der stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Will Clayton, der auch privat als Geschäftsmann dabei seine Geschäftchen machen konnte. Denn schließlich treibt ein US-Amerikaner die Politik des Geschäftes wegen und nicht umgekehrt. Und natürlich treibt er sie nur für jene, die bereit sind, sich in seinem Sinn, für seine Sache, seine Geschäfte zu engagieren. So sagte Dean Acheson, seit 1949, dem Rücktritt Marshalls, neuer Außenminister, über das Auslandshilfeprogramm seines Staates: "Menschen, die unseren Glauben teilen, wollen wir helfen, weiterhin so zu leben, wie sie leben wollen."

Doch wehe, wenn sie diesen Glauben nicht teilen!" Unser" Glaube muß es schon sein. Und "unser" Interesse. Und "unser" Profit.

Die deutschen Michels aber, als ausgehungertes Konsumgut, als potentiell Kanonenfutter eingekauft, bekamen in Erinnerung daran Jahrzehnte später noch glänzende Augen. Seinerzeit ... schien es ihnen, als hätten sie das Heil der Welt geschaut. Und den Allerklügsten scheint es noch heute so. Wie sie vordem für Hitler waren, so nun für die neuen Herren. Und wie sie einst für jenen starben, millionenweise, so sind sie seitdem präpariert, für diese zu krepieren; dort für Arbeit und Brot, Blut und Boden, Kraft durch Freude, da für Kleider, Konserven, Mais und Trockenmilch - von der doch selbst ihre jetzige Nummer eins (viele meinen, gar noch eine Nummer davor) gezehrt. Und ist es nicht gut angeschlagen?

Ja: "... was unsere amerikanischen Freunde in der Stunde der Not für uns taten" – das taten sie für sich, Mr. Kohl.

Der italienische Sozialist Pietro Nenni nannte den Marshall-Plan "ein ökonomisches Instru-

ment der Truman-Doktrin und der Wallstreet-Politik". Der russische Außenminister Molotow geißelte ihn als imperialistische Verschwörung zur Versklavung Europas, was etwa auf dasselbe hinauslief. Jedenfalls sollte er alle europäischen Staaten umfassen, hätten die USA ihre Hilfe doch am liebsten auf ganz Europa ausgedehnt, vorerst. Aber nur 16 Staaten konnten zugreifen und wurden eher mehr als minder amerikanisiert.

Am 20. Januar 1949 erweiterte dann Truman im vierten Teil seiner Antrittsrede die in Europa bereits so bewährte technische und finanzielle Hilfe auch auf die "unterentwickelten" Gebiete der Welt (dann feiner "Entwicklungsländer" genannt: erst hatte man sie - meist "Kolonien" - aufs Äußerste geschröpft; darauf, fortschrittlicher, das große Schröpfen zeitgemäß entwickelt). Natürlich sollte die Hilfe, die Entwicklung, auch dem Entwickelnden selbst etwas zugute kommen, ihm sogar, offen gesagt, zuerst und am meisten, denn sonst könnte er sich ja gar nicht, noch dazu so groß, entwickeln.

Und flößen dabei auch Millionen um Millionen Dollar vor allem in die Taschen der Herrschenden vieler Entwicklungsländer, so war dies gewiß mit einkalkuliert. (Man braucht Verbündete - und wer herrscht viel Geld, um vor Bestechungen sicher zu sein.) Hauptsache die Rechnung im Ganzen ging auf. Ende 1959 hatten die diesbezüglichen Gesamtausgaben bereits eine Höhe von 72,5 Milliarden erklommen.

Leider konnte man nur einen Teil Deutschlands befreien. Zwar war dieser Teil zunächst größer, doch trat man dann Teile des Teils, die man schon in Händen hatte, rücksichtsvollerweise den Russen ab. So konnten sich da und im übrigen Mitteldeutschland seit dem 22. April 1946 die echten Sozialisten (SED) entfalten, darauf auch allerlei Enteignungsmaßnahmen, Bodenreformen etc. Schließlich gab es Währungsreformen hier und dort, und endlich war die Spaltung perfekt. Jede Seite hatte einen Brocken, und die Welt war sicherer. Sogar Deutschland war sicherer vor sich selbst - jedenfalls so lange, bis es sich wieder vereinigte.<<

James P. Warburg (Berater der US-Militärregierung in Deutschland) begründete später die nordamerikanische Eindämmungspolitik wie folgt (x156/40-41): >>Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...

Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt.

...

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...

Jede einzelne Frage, die im Zusammenhang mit der Schaffung einer festen und dauerhaften Friedensordnung auftaucht, spiegelt sich in irgend einer Weise in dem unruhigen Teile Europas wider, der zwischen der Weichsel und dem Rhein liegt. Zwischen diesen beiden Strömen müssen Ost und West sich begegnen, sich die Hände reichen und sich in Freundschaft und Frieden an die Arbeit machen.

Ist das nicht der Fall, dann gibt es keinen Frieden für die Welt. Gewiß, zwischen Rhein und Weichsel kann der Frieden nicht in seiner umfassenden Ganzheit geschaffen werden, aber er kann dort so verloren werden, daß es überhaupt kein Heilmittel mehr gibt.

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an Deutschland und an seiner Zukunft nicht allein, weil Deutschland die Stelle ist, von der alle Unruhe in Europa ausging. Es ist vielmehr der Punkt, an dem der Hebel angesetzt werden muß zu einer Neuordnung und zu einer Gesundung

der ganzen europäischen Wirtschaft.

Geographie, Geologie und moderne Technik haben Deutschland in dem Leben von ganz Europa eine Schlüsselstellung gegeben. Es mag uns passen oder nicht, die deutschen Ströme und die deutschen Verkehrswege sind Zugang zum Herzen des Kontinents, die deutschen Bergwerke versorgen Westeuropa mit Kohle. Das deutsche Volk stellt auch noch heute in der Niederlage die größte Zahl von Facharbeitern in Europa.

Alle diese Elemente machen zusammen aus Deutschland einen Hauptfaktor der europäischen Produktionskapazität, aber auch einen der wichtigsten Märkte für den Absatz von Waren, die in anderen Ländern hergestellt werden. ...

Kohle ist das Herz der modernen Industriewirtschaft, aber es gibt nur wenige Völker auf der Erde, die ihren Kohlenbedarf im eigenen Lande decken können. Abgesehen von Rußland sind alle europäischen Völker auf Kohlenlieferungen aus den 3 Kohlenüberschußgebieten angewiesen.

Diese 3 Überschußgebiete waren Großbritannien, das deutsche Ruhrgebiet und Oberschlesien. Zwei von diesen Kohlengebieten fallen im Augenblick aus oder können nicht in sichere Rechnung gestellt werden.

Großbritannien, das früher 78 Millionen Tonnen im Jahre exportierte, hat heute Schwierigkeiten, den eigenen Bedarf aus der eigenen Produktion zu decken. Oberschlesien, das während des Krieges für die Nazis angeblich 100 Millionen Tonnen pro Jahr förderte, steht jetzt unter polnischer Herrschaft, und die oberschlesische Förderung wird aller Wahrscheinlichkeit nach und nach Rußland oder nach solchen Ländern gehen, die an die russische Wirtschaft angeschlossen sind. Diese Tatsache wird dadurch nicht verschleiert werden können, daß oberschlesische Kohle auch gelegentlich nach anderen Ländern verkauft werden mag.

So bleibt für ganz Westeuropa als Kohlenbasis mit exportfähigem Überschuß nur das deutsche Ruhrgebiet übrig. Wenn es der Ruhr nicht gelingt, Kohle für Skandinavien, für die Niederlande, für Frankreich, die Schweiz, Italien, Griechenland und die Pyrenäenhalbinsel zu fördern, dann bleiben eben diese Völker ohne genügende Brennstoffversorgung, es sei denn, daß sie Kohle zu Preisen in den Vereinigten Staaten kaufen, auf denen außerordentlich hohe Kosten des Schiffstransports lasten. ...

Das sind einige von den vielen Gründen, die dafür sprechen, daß Deutschland in der Zukunft genau so wie in der Vergangenheit mit die wichtigste Stelle sein wird, an der der Hebel für die wirtschaftliche Neuordnung Europas angesetzt werden muß.

Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern anektieren lassen.

Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann. ...<<

Nach einem Streit um die Tagesordnung fand die gesamtdeutsche Münchener Konferenz vom 6. bis zum 8. Juni 1947 ohne die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) statt.

Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard bekannte sich bei dieser Konferenz zur deutschen Einheit (x111/325): >>Trotz der Aufspaltung in 4 Zonen geben wir keinen Teil unseres deutschen Vaterlandes auf.

Trotz des Weggangs der Ministerpräsidenten der Ostzone bleiben wir auch diesem Teil Deutschlands zutiefst verbunden.

Den deutschen Osten und Berlin betrachten wir als lebenswichtige Bestandteile Deutschlands.<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schrieb später über die gesamtdeutsche Münchener Konferenz (x243/161): >>... Der einzige bedeutende Versuch deutscher Politiker aus allen Zonen, miteinander ins Gespräch zu kommen, sei mit der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 vor allem durch das Verhalten der Ministerpräsidenten aus der Sowjetzone gescheitert.<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 6. Juni 1947 einen Runderlaß betreffend die Beschleunigung des Verfahrens in Sachen der Staatsbürgerschaft von Personen, die in den Wiedergewonnenen Gebieten ihren ständigen Wohnsitz hatten (x003/390-391): >> ... 1. Alle Anträge auf Feststellung der polnischen nationalen Zugehörigkeit oder auf Bestätigung der polnischen Staatsbürgerschaft ... müssen, soweit sie von den allgemeinen Verwaltungsbehörden (der) I. Instanz noch nicht entschieden wurden, unverzüglich, jedoch spätestens bis zum 30. Juni 1947, bearbeitet und entschieden werden. ...

6. Berufungen gegen ablehnende Entscheidungen sind innerhalb von 3 Tagen an die höhere Instanz weiterzureichen ...<<

Im Verlauf der Münchener Konferenz wurden die deutschen Emigranten am 7. Juni 1947 zur Rückkehr aufgefordert (x111/326): >>... Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen richten an alle Deutschen, die durch den Nationalsozialismus aus ihrem Vaterland vertrieben wurden, den herzlichen Ruf, in ihre Heimat zurückzukehren.

Ein tiefes Gefühl der Verantwortung erfüllt uns ihnen gegenüber. Wir haben sie schweren Herzens scheiden sehen und werden uns ihrer Rückkehr freuen.

Ihrer Aufnahme in unserem übervölkerten und unwirtlich gewordenen Lande stehen zwar große Schwierigkeiten entgegen. Wir werden aber alles tun, um gerade ihnen ein neues Heim zu schaffen.

Jene Emigranten, die Deutschland lieben und unsere Wirrsal in ihrer geistigen und historischen Tiefe kennen, sind besonders berufen, Mittler zwischen uns und der übrigen Welt zu sein.

Sie, die sich deutscher Sprache und Kultur noch verpflichtet wissen, mögen sich hier davon überzeugen, daß unser Volk auch heute noch in seinem Kern gesund ist und daß seine überwältigende Mehrheit keinen anderen Wunsch hat, als friedlich und arbeitsam im Kreise der übrigen Völker zu leben.

Deshalb rufen wir sie auf, mit uns ein besseres Deutschland aufzubauen.<<

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/Main schrieb am 7. Juni 1947 (x111/326): >>... Seitdem ich an der Spitze der Frankfurter Stadtverwaltung stehe, wurde das Wort "Hauptstadt" für Frankfurt niemals gebraucht und überhaupt jede Äußerung vermieden, als werde im gegenwärtigen Zustand der Ungeklärtheit der Form und des Umfangs eines künftigen Deutschlands die Frage einer Hauptstadt überhaupt zur Debatte gestellt.

Als offensichtlich wurde, daß die britische und amerikanische Militärregierung sich zu einer räumlichen Zusammenfassung der Zweizonenorgane entschlossen haben, hat Frankfurt sich in keiner Weise darum bemüht, Sitz dieser Behörden zu werden, obwohl es wahrlich allen Grund hätte, auf die ständige Benachteiligung hinzuweisen, die diese Stadt seit 1866 sowohl im kaiserlichen wie im nazistischen Deutschland erfahren hat.

Frankfurt war stets eine deutsche Stadt und eine Reichsstadt. Seine Geschichte verpflichtet es, das Allgemeininteresse über das eigene Interesse zu stellen. Seine politische Funktion gebietet ihm aber auch, sich höheren Anforderungen nicht zu verschließen. Von diesen Erwägungen wird die Frankfurter Kommunalpolitik bestimmt.<<

Die "Neue Zeitung" berichtete am 9. Juni 1947 über die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz (x111/328): >>... In München hat die SED am klarsten bewiesen, daß sie unter Einheit nur die Möglichkeit zur Propagierung und Durchführung ihres in Methodik und Zielsetzung wesentlich kommunistischen Programms versteht.<<

Erich Rossmann (1884-1953, Generalsekretär des Länderrates) schrieb am 9. Juni 1947 über den Verlauf der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz (x111/328): >>... Von einer höheren Warte aus gesehen braucht der Vorgang jedoch keine Entmutigung zu bedeuten. Die Probe mußte einmal gemacht werden. Ihr Ablauf kann ein notwendiges Glied in der Entwicklung zur Einheit sein. Um Klarheit zu gewinnen, ist es unvermeidlich, daß zunächst auch sehr unangenehme Dinge durchexerziert werden müssen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 10. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/66-67): >>10. Juni 1947. Ein größerer Transport ehemaliger deutscher Nachrichtenhelferinnen und DRK-Schwestern, die 1944 in russische Gefangenschaft gerieten, traf aus einem Lager bei Woroschilowgrad im Donez-Gebiet in Friedland ein. Ein großer Teil der Frauen hat im Bergwerk gearbeitet. ...

Alle Frauen sind unterernährt. Ärztliche Diagnose: Dystrophie. Die 24jährige A. W. ... sagte: "Es müßte verboten werden, daß Frauen mit in den Krieg müssen." ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erhielt am 11. Juni 1947 in der französischen Zone Redeverbot.

In Hamburg wurde am 13. Juni 1947 Helmut Käutners Nachkriegsfilm "In jenen Tagen" uraufgeführt.

Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes berichtete am 14. Juni 1947 über deutsche Kriegsgefangene, die in französischen Kohlenbergwerken arbeiten mußten (x130/184): >>... Man hat festgestellt, daß sich Gefangene selbst verstümmelt haben - ein Beweis dafür, daß die Arbeitsbedingungen aufgrund des brutalen Zwangs unerträglich für sie wurden. Es ist unzulässig, daß den Gefangenen außer ihrer eigenen Arbeit auch noch die ihrer fehlenden oder verletzten Kameraden aufgebürdet wird.<<

Der Stuttgarter Oberbürgermeister gab am 16. Juni 1947 bekannt (x114/2.183): >>... Bei der augenblicklichen Rohstofflage kann bis auf weiteres für jeden Versorgungsberechtigten im Moment durchschnittlich nur 20 Gramm Besohlmateriale zur Verfügung gestellt werden. Der Schuhbesserungsbetrieb hat sich deshalb vor der Annahme eines Besohl-Auftrags anhand der Reparaturkarte davon zu überzeugen, wann die letzte Besohlung für den jeweiligen Kunden ausgeführt worden ist.<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 17. Juni 1947 einen Runderlaß betreffend die Verwaltung und Organisation der Verwaltung von ehemals deutschen und verlassenen Liegenschaften (x003/392-397): >> ... Wie aus den von den Kontrollorganen des Ministeriums ... angefertigten Inspektionsberichten hervorgeht, ist die Bewirtschaftung der übernommenen Liegenschaften sowohl in organisatorischer wie in ökonomischer Hinsicht nicht überall zufriedenstellend.

... Es bestehen noch bedeutende Mängel; so fehlt es an zuständigen Dienststellen für die Verwaltung der übernommenen Liegenschaften. ... Dort hingegen, wo diese Verwaltungsstellen gebildet wurden, wurde festgestellt, daß sie unrichtig arbeiten; es fehlt eine Buchführung, eine genaue Erfassung der Häuser sowie eine entsprechende Sorge und Aufsicht für die Häuser usw.

In ökonomischer Hinsicht brachte das Nationalvermögen infolge der Anwendung falscher Grundsätze durch die Verwaltung, die wirtschaftlich unreal waren und jeder kaufmännischen Kalkulation entbehrten, sowie infolge Nichtbeachtung des gesellschaftlichen Interesses der Gemeinde in vielen Städten nicht nur keinen Gewinn, sondern im Gegenteil ein Defizit und gesellschaftliche Verluste, welche durch die Verringerung des Vermögens infolge nichtausgeführter Reparaturen sowie mangelhafter Sicherstellung beschädigter bzw. unbewohnter Gebäude bewirkt wurden.

Dieser Zustand muß unverzüglich abgeändert werden, und der Bewirtschaftung des übernommenen öffentlichen Vermögens durch die Selbstverwaltungskörperschaften muß verbes-

sert werden. ...

5. Alle rückständigen Mietzinsen werden nach den bisher geltenden Mietsätzen eingezogen. Hierbei stehen gegenüber widerspenstigen Zahlern den Gemeinden als vom Staate beauftragten Verwaltern alle zivilrechtlichen Befugnisse zu. ...

9. Die Einnahmen aus den von den Gemeinden verwalteten Liegenschaften dienen:

- a) zur Deckung der mit der Verwaltung der Häuser verbundenen Kosten,
- b) zur Begleichung der Grundsteuer,
- c) zur Sicherung der Gebäude, ihrer Erhaltung sowie zur Ausführung von Reparaturen ...
- d) der Rest wird in den Verwaltungshaushalt der Gemeinde abgeführt. ...

Falls bewußte Vernachlässigungen festgestellt werden, werden gegen die Schuldigen die in Art. 39 des Dekrets vom 13. Juni 1946 ... vorgesehenen Sanktionen angewandt. ...<<

Die Zeitung "Tagesspiegel" forderte im Leitartikel vom 19. Juni 1947 eine zügige Vereinigung der drei westlichen Zonen (x111/332): >>Einem prosperierenden Westen wird der Osten, der isoliert nicht prosperieren kann, mit der Gesetzmäßigkeit wirtschaftlicher Logik und der Selbstverständlichkeit nationaler Zugehörigkeit zufallen. ...<<

Nach einem Bericht der dänischen Zeitung "Jyllands Posten" vom 19. Juni 1947 versuchte ein Vertreter der polnischen Regierung seit Tagen, ostdeutsche Flüchtlinge, die in dänischen Lagern untergebracht waren, zur Rückkehr zu bewegen (x111/332).

Der SMAD-Befehl Nr. 156 verkündete am 20. Juni 1947 (x111/333): >>... Die Jugendämter bei den deutschen Organen für Arbeit und Sozialfürsorge üben immer noch neben den Organen für Volksbildung eine parallele Tätigkeit in der Leitung der Kindereinrichtungen und der Erziehung der Jugendlichen aus.

Ein solcher Zustand ermöglicht nicht, eine richtige und einheitliche Lenkung in der Erziehung der Kinder und Jugendlichen festzulegen. ... (Deshalb wird befohlen,) die Jugendämter bei den Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge in die Volksbildungsämter zu überführen.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 23. Juni bis zum 20. Juli 1947 täglich nur 1.218 Kalorien zugeteilt.

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 23. Juni 1947 einen Runderlaß betreffend die Aufhebung und Nichtigerklärung von Entscheidungen in Staatsbürgerschaftsfragen (x003/398,400): >>... 8. Bei jeder Strafanzeige gegen Personen, die rechtswidrig die polnische Staatsbürgerschaft erlangt haben, ist mit Rücksicht darauf, daß ihre Flucht ins Ausland befürchtet werden muß, vorläufige Haft zu beantragen und das bewegliche und unbewegliche Vermögen sicherzustellen. ...<<

Ernst Reuter wurde am 24. Juni 1947 zum Berliner Oberbürgermeister gewählt. Der sowjetische Einspruch hinderte Reuter jedoch an der Ausübung des Amtes.

Der Berliner "Telegraf" berichtete am 24. Juni 1947 über die Möglichkeiten von Schwarzmarktgeschäften (x111/334): >>Einem hungrigen Freunde wurde ein Pfund Butter für 320 RM angeboten. Er nahm sie auf Kredit, weil er soviel Geld nicht hatte. Er wollte sie morgen bezahlen.

Ein halbes Pfund bekam seine Frau, mit dem Rest gingen wir "kompensieren": In einem Tabakladen gab es für das halbe Pfund 50 Zigaretten. 10 Stück behielten wir für uns. Mit dem Rest gingen wir in eine Kneipe. Wir rauchten eine Zigarette, und das Geschäft war perfekt: Für die 40 Zigaretten erhielten wir eine Flasche Wein und eine Flasche Schnaps. Den Wein brachten wir nach Hause. Mit dem Schnaps fuhren wir auf's Land. Bald fand sich ein Bauer, der uns für den Schnaps zwei Pfund Butter eintauschte.

Am nächsten Morgen brachte mein Freund dem ersten Butterlieferanten sein Pfund zurück, weil es zu teuer war.

Unsere Kompensation hatte eineinhalb Pfund Butter, eine Flasche Wein, zehn Zigaretten und das Vergnügen eines steuerfreien Gewerbes eingebracht. ...<<

Der Alliierte Kontrollrat erteilte am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>1. Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...

4. Schulen mit Pflichtunterricht müssen ein zusammenhängendes Erziehungssystem bilden. Die Begriffe "Grundschule" und "Oberschule" müssen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen und nicht zwei Unterrichtssysteme oder Unterrichtsarten bedeuten, die sich überschneiden.

... 5. Alle Schulen müssen es sich besonders angelegen sein lassen, den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit zu entwickeln und das Schwergewicht auf die demokratische Weltanschauung legen, und zwar durch die Auswahl der Schulbücherprogramme und des Unterrichtsmaterials sowie durch die Schulorganisation selbst.

6. Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<

Der Frankfurter Oberbürgermeister erklärte am 25. Juni 1947 anlässlich der ersten Sitzung des Zweizonen-Wirtschaftsrates in der Frankfurter Universität (x111/335-336): >>... Wenn ich Sie in dieser Stunde als Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt im Namen von Magistrat und Bürgerschaft herzlich willkommen heiße, so fällt es mir leicht, eine Fülle geistiger Beziehungen herzustellen zwischen Ihrer künftigen Arbeit und unserer Stadt, die nunmehr die Ehre haben wird, für solche Arbeit den Rahmen abzugeben.

Sie sind die frei und demokratisch gewählten Vertreter deutscher Länder. Die Parlamente dieser Länder haben Sie hierher entsandt und Ihnen den Auftrag erteilt, in ihrem Namen hier zu handeln und zu verhandeln. Und man hat Ihrer Institution ein großes wirtschaftliches Ziel gesteckt.

Es soll von nun an die Aufgabe des deutschen Zweizonen-Wirtschaftsrates sein, die ökonomischen und rechtlichen Grundlagen für das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsleben der beiden Zonen zu legen.

Demokratische Volksvertretung aber und Organisierung wirtschaftlicher Verhältnisse durch gemeinsame Beratung – das sind zwei Prinzipien, die in der Frankfurter Tradition von jeher achtungsvolle Geltung besaßen.

Frankfurt, die alte Reichs- und Krönungsstadt, galt einst nicht mit Unrecht als ein reiches Gemeinwesen, dessen Bürger im wirtschaftlichen Leben Europas, weit über die deutschen Grenzen hinaus, den Ruf ihrer Stadt fest begründet hatten. Und Frankfurt war, nicht zum wenigsten dank dieser wirtschaftlichen Ursachen, auch eine Stadt, die demokratische Tradition hochzuhalten mußte.

Seien Sie daher im Namen dieser demokratisch-parlamentarischen Überlieferung und als Träger so großer Aufgaben der wirtschaftlichen Organisation in Frankfurt willkommen!<<

Der "Telegraf" berichtete am 26. Juni 1947 über eine "Sensation im polnischen Parlament" (x043/296): >>Der ehemalige stellvertretende Oberbefehlshaber des polnischen Korps in Schottland, General G. Paszkiewicz, beschuldigte laut Radio Warschau ... General Anders, daß er ihm Befehle zur Liquidierung des Premierministers der polnischen Exilregierung in London, W. Sikorski, gegeben habe. ...

Nachdem Sikorski bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen war, seien alle seine Anhänger aus den polnischen Verbänden im Ausland entfernt worden. ...<<

Durch SMAD-Befehl vom 27. Juni 1947 wurde die "Deutsche Wirtschafts-Kommission" (DWK) gebildet, die Aufgaben einer Zentralregierung wahrnahm.

Der DWK gehörten auch die zentralen deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an, obwohl sie zunächst selbständig blieben. Die DWK gründete z.B. auch den "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums" (Leitung: Erich Mielke -

Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes).

Um das Image der UdSSR als führende Weltmacht zu festigen und sie als Vorbild beim Aufbau des Sozialismus darzustellen", wurde am 30. Juni 1947 die "Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" - später umbenannt in "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" (DSF) - gegründet.

Da ohne diese DSF-Mitgliedschaft kein Studium oder beruflicher Aufstieg möglich war, wurden bis 1982 etwa 6 Millionen DDR-Bürger DSF-Mitglieder (x092/947).

Im ersten Halbjahr 1947 wurden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58 Waggons Textilien.<<

Im Geschäftsbericht 1946/47 erklärte die Klöckner-Humboldt-Deutz AG (x111/338): >>... Es traten anfänglich weniger, in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres aber sehr stark neue Handelsgepflogenheiten auf. Immer stärker beeinflusste das Kompensationsgeschäft die Lage. Die Kompensationsgeschäfte wurden durch folgende Umstände vorangetrieben, und zwar:

1. zur Heranschaffung des erforderlichen Baumaterials zum Wiederaufbau unserer Werke,
2. zur Beschaffung von Materialien, die wir zur Ingangsetzung der Fabrikation brauchten.

...<<

Ein Zeitzeuge berichtete im Juni 1947 über das tragische Ende eines aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten deutschen Wehrmachtssoldaten (x114/2.178-179): >>Friedrich H., 37 Jahre, in einer kleinen Stadt lebend, kam im Sommer 1947 mit einem Gewicht von 91 Pfund aus der russischen Kriegsgefangenschaft.

Er war 1944 für tot erklärt worden, weil sein Kompaniechef ihn als "vermißt, wahrscheinlich gefallen" gemeldet hatte und später eine Reihe von Kameraden bezeugten, daß sie gesehen hätten, wie H. im Nahkampf gefallen sei.

Seit dem 22. August 1941 war er in russischer Kriegsgefangenschaft gewesen. Wie er diese Zeit durchgestanden hat, wird niemals mehr festzustellen sein.

Er kam aber im Juni 1947 wieder.

Am Abend des 19. Juni stand er vor dem Bahnhof des kleinen unzerstörten Städtchens. Unschlüssig, in der abgerissenen, zerlumpte Kleidung des aus Rußland Heimkehrenden. Niemand erkannte ihn, und auch er fand wohl die Menschen fremd.

Später wurde berichtet, er habe lange Zeit auf der Brücke gestanden und das Treiben der Badenden auf dem Fluß betrachtet, den kleinen Booten nachgeschaut, die im abendlichen Schein auf dem Wasser trieben.

Es wurde dämmrig als H. vor seinem einstigen Hause stand.

Wiederum wurde später – aus den Äußerungen der Umwohner - zusammengetragen, wie bemerkt worden sei, daß dieser einstmalige Soldat lange Zeit vor dem still liegenden Hause gestanden habe und auf ein Schild startete, auf dem gemalt stand: Heinrich H. – Gemischtwarenhandlung.

Der Ablauf war dann etwa folgender: H. betrat sein Haus, mit dem unsicheren Ausdruck des Fragenden, des Nicht-Begreifenden. Er hat im zweiten Stock geläutet.

Frau H. erzählte, wenn auch verstört, dann später dem Kriminalpolizeiinspektor:

Ich habe gerade Strümpfe gestopft und da hat es geklingelt. Wie ich aufmache, sehe ich einen Soldaten, einen Mann, - wie ich gleich erkannt habe, war der aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Er sagte nichts, fragte nichts – schaute mich nur an.

Ich sage "Guten Abend" – er antwortet nicht – ich frage: "Kann ich was für sie tun?"

Da sagt er: "Kennst du mich nicht?" Ich war erschrocken – "Nein", sage ich –

"Ich bin Fritz". –

Ich bin furchtbar erschrocken – mein Herz, ich schlucke – sage: "Wer sind Sie"? –  
"Ich bin Fritz – dein Mann" –

Er kam auf mich zu – ganz langsam, mit einem ganz unbewegten Gesicht. Er ging an mir vorbei, in die Küche – schaute sich um. Ich wußte nicht mehr, was ich machen sollte. – Ich fragte, er gab keine Antwort. Er schaute sich um, ging dann durch die Zimmer – immer ohne ein Wort, im Zimmer von den Kindern schaute er auf die Betten – die Kinder waren schwimmen – und dann fragte er: "Sind sie gesund"? –

Ich nickte - wir haben zwei, Herr Kommissar – ich wußte nicht, was ich denken sollte – da fragte er dann: "Warum steht denn auf dem Schild "Heinrich" und nicht "Friedrich" – und da habe ich ihm erzählt, daß er doch (für) tot erklärt sei und daß ich seinen Bruder geheiratet (hätte) und daß er nun das Geschäft führte und ich habe eben erzählt, wie es war und daß wir doch nicht damit gerechnet hätten, daß er wieder käme und was man eben so alles sagt. Sie wissen ja, und ich war aufgeregt und mein Mann – also Heinrich war doch nicht da –.

Fritz nickte und schaute mich immer so an, so wie ein Hund, verstehen Sie, wie ein Tier – es war furchtbar – wie er da so stand, mit den Lumpen und den Holzschuhen – und ich wußte mir nicht zu helfen und holte die Todeserklärung aus dem Schreibtisch und zeigte sie ihm, und ich weinte - aber er war so vollkommen reglos und er nahm, die Finger waren ganz verkrümmt und mager, das Papier und las, und dann sagte er – "Ich bin also tot" und er drehte sich um und ging hinaus.

Ich lief hinter ihm her – "bleib doch" und "es wird sich ja alles klären" – aber er ging fort und ich konnte ihn doch nicht festhalten, ich hatte doch das Essen für meinen Mann, für Heinrich, auf dem Feuer und für die Kinder - sie waren zusammen schwimmen, die Kinder sind ja von Fritz – und ich höre ihn noch, wie er aus dem Haus geht – ... "es ist furchtbar – ich kann doch nichts dafür – bestimmt nicht – so ein armer Mensch" –

Der Kriminalkommissar sagte dann nur noch, daß sie ihn eben tot gefunden hätten, ohne gewaltsame Zeichen, am Morgen im Fluß, unter einem Busch – "es hat halt nur noch bis hierher gereicht, dann hat das Herz eben nicht mehr gekonnt, nicht mehr gewollt". ...<<

In der nordamerikanischen Zone wurden am 1. Juli 1947 wieder Geschäfts- und Urlaubsreisen für Ausländer durchgeführt.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Juli 1947 über die gescheiterte Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz (x111/342): >>Wir stehen vor der Gefahr der Bildung eines Klein-Europa und eines östlichen Staatenverbandes, dessen Grenzlinie mitten durch Deutschland liefe.

Diese Entwicklung ist von der Notwendigkeit diktiert, mit dem wirtschaftlichen Aufbau Europas und Deutschlands nicht länger zu warten ... Die westlichen Alliierten werden jetzt getrennt von Rußland marschieren. ...<<

Die französische Besatzungsmacht erklärte sich am 3. Juli 1947 bereit, 150.000 deutsche Flüchtlinge, die sich noch in Dänemark aufhielten, zu übernehmen (x111/342).

Der SED-Politiker Ernst Thape (1892-1985, Volksbildungsminister in Sachsen-Anhalt) schrieb am 4. Juli 1947 über eine Reise nach Süd- und Südwestdeutschland (x111/342): >>Ich hatte auf dieser Reise ... den Eindruck, daß sich das Wort "Deutschland" immer leiser anhört, je weiter man nach Südwesten kommt. In der französischen Zone ... vernahm ich es überhaupt nicht mehr! ...<<

Der Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärte am 5. Juli 1947 auf einer öffentlichen Großkundgebung (x111/342): >>Wir können uns nicht in eine Ost- oder Westoption hinein-drängen lassen, für uns gibt es nur eine Option, für Deutschland. ...<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 8. Juli 1947 über "Bücher als Devisen-Bringer" (x111/343): >>Jedes 34. Buch, das 1933 die Deutschen Verlage verließ, wurde exportiert. 32,3 Millionen RM Devisen flossen dafür der Deutschen Wirtschaft zu. ...

Die Nachfrage des Auslandes erstreckte sich in der Reihenfolge ihres Umfanges auf wissenschaftliche Literatur, Kunst, Musikalien, international interessierende Belletristik und einzelne Standardwerke der Weltliteratur.

Hauptabsatzgebiete waren, nach ihrer Bedeutung geordnet, die Schweiz, Österreich, die Tschechoslowakei, die USA, die Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen. Bedarfsverschiebungen mögen in der Zeit unseres Abschlusses vom Welthandel eingetreten sein; in der Hauptsache dürfte die Nachfrage des Auslandes besonders nach wissenschaftlichen Werken heute in gleichem Umfange wie früher gegeben sein.<<

Die US-Besatzungsbehörden wurden am 9. Juli 1947 angewiesen, den deutschen Vertriebenen zu helfen (x020/85): >>... Sie werden Sorge dafür tragen, daß Personen deutscher Abstammung, die nach Deutschland umgesiedelt werden, die deutsche Staatsbürgerschaft mit allen bürgerlichen und politischen Rechten gewährt wird. ... Sie werden geeignet erscheinende Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Behörden bei der Durchführung eines Programms zur Wiederansiedlung zu unterstützen.<<

Der sowjetische Stadtkommandant Generalmajor Kotikow lehnte am 10. Juli 1947 Ernst Reuter als Oberbürgermeister der Stadt Berlin ab, da Reuter antisowjetisch eingestellt sei (x111/343).

Der sowjetische Stadtkommandant Generalmajor Kotikow erklärte am 11. Juli 1947 vor der Berliner Presse (x111/344): >>Herr Reuter wird nicht Oberbürgermeister von Berlin werden.

Dieses Amt wird nur jemand bekleiden, der geeignet ist, mit allen vier Besatzungselementen zusammenzuarbeiten, eine demokratische Leitung der Stadtverwaltung zu sichern und für die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung Sorge zu tragen. Auf Herrn Reuter trifft dies nicht zu.

Erstens hat er sich während seiner Anwesenheit in Berlin durch antisowjetische Verleumdungen einen traurigen Ruf erworben, zweitens hat er eine zweifelhafte politische Vergangenheit. ... Drittens hat Reuter durchaus nicht die Fähigkeit bewiesen, unter den heutigen Bedingungen zu arbeiten.<<

Der deutsche Pädagoge und Philosoph Theodor Litt (1880-1962) schrieb am 12. Juli 1947 nach dem Scheitern der "Moskauer Außenministerkonferenz" (x111/345): >>Es wird mir immer mehr zur Gewißheit: wir kämpfen einen aussichtslosen Kampf; unserem Volk ist nicht mehr zu helfen!

Jeden Tag verhärten sich die Dogmatismen mehr; wie ineinandergreifende Zahnräder treiben sie sich gegenseitig vorwärts. Man redet von nationaler Einheit und tut alles, sie zu zerstören. ...<<

In Nürnberg streikten am 14. Juli 1947 wieder viele entkräftete Arbeiter. Sie protestierten gegen die völlig unzureichenden "Hungerrationen".

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) telegraphiert am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<

Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlichte am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe (760.995 BRT) und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM (Wert 1938). Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören u.a. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<

Am 17. Juli 1947 ersetzte die US-Regierung die berüchtigte "Direktive JCS 1067" durch die "Direktive JCS 1779" und beauftragte US-Militärgouverneur Lucius D. Clay (1897-1978), den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu unterstützen (x114/2.192): >>... Die amerikanische Regierung will, daß in Deutschland die politische Organisation und das politische Leben so schnell wie möglich eine Form annehmen sollen, die – auf der wesentlichen Grundlage wirtschaftlichen Wohlergehens – zu einer inneren Ruhe in Deutschland führen und zu dem Geist

des Friedens zwischen den Nationen beitragen wird.

Ihre Aufgabe besteht daher im wesentlichen darin, daß sie helfen, die wirtschaftliche und erzieherische Grundlage für eine gesunde deutsche Demokratie zu legen, daß sie die aufrichtigen Bemühungen um eine Demokratie fördern und Bestrebungen, die die echte demokratische Entwicklung gefährden, unterbinden.<<

Der deutsche Schriftsteller Alfred Kerr (1867-1947, eigentlich A. Kempner) berichtete am 18. Juli 1947 in der "Neuen Zeitung" über seine Reise durch Deutschland (x111/347): >>Bin heut' seit 14 Jahren zuerst wieder in dem Land meiner Liebe, meiner Qual, meiner Jugend. Und meiner Sprache ...

Ich werde nicht wehleidig, aber wie kommt man sich vor, nach allem Vergangenen? Nicht wie ein nachtragender Feind, wahrhaftig nicht, sondern wie ein erschütterter Gefährte. ...

(Über Nürnberg urteilt er:) Nur von dem schönen Traum wird zu sprechen sein. Und von einer Schutthalde. Das war gemütlich-bürgerlich; und ist ein Grauen. ... In den "Meistersingern von Nürnberg" klang es behaglich, friedvoll: "Wie duftet doch der Flieder". ... Es hat sich ausgeduftet. ...

(Über Frankfurt schreibt er:) ... Es wird am frühesten empfangsfähig sein. Es wird am frühesten eine gesellschaftliche Zukunft haben. Somit eine politische.<<

Die ungarische Regierung kündigte am 18. Juli 1947 die Ausweisung von weiteren 200.000 Deutschen an, um Platz für die Ungarn zu schaffen, die aus der CSR "zurückkehren" (x039/-230).

Die britisch-sowjetische "Operation Schwalbe" (Umsiedlung von Ostdeutschen in die britische Zone) wurde am 19. Juli 1947 beendet und die Zonengrenze für weitere Übersiedler gesperrt.

Die SED lehnte am 23. Juli 1947 die Teilnahme am Marshall-Plan ab.

In Hamburg wurden am 23. Juli 1947 elf Trittbrettfahrer eines Personenzuges während der Fahrt durch die offene Tür eines Gegenzuges getötet.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 24. Juli 1947 (x116/27): >>... Die Berliner laufen sehr eifrig zu den Kundgebungen, die Tag für Tag überall in den Westsektoren stattfinden, um ihnen den Aushaltemut zu stärken.

Sie sind politischer geworden und härter im Nehmen. Sie wissen, was die Stunde geschlagen hat, wenn nur noch das rote Banner über Berolinas Kopf im erbarmungslosen Ostwind knattert.<<

Die Betriebsräte und Funktionäre des Industrieverbandes Bergbau protestierten am 31. Juli 1947 gegen die belgischen Reparationsforderungen im linksrheinischen Braunkohlengebiet (x111/350): >>Der Übergang verschiedener rheinischer Kraftwerke in belgischen Besitz bedeutet für die deutsche Kohlenwirtschaft, besonders für das linksrheinische Braunkohlengebiet, eine große Gefahr.

Die Betriebsräte und Funktionäre erkennen berechnete Forderungen auf Wiedergutmachung an, weisen jedoch darauf hin, daß die belgischen Forderungen nicht dem friedlichen Zusammenleben dienen und im Widerspruch zu den Grundsätzen stehen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt und von 50 Nationen anerkannt worden sind. ...<<

Durch das fortgesetzte Eintreffen von russischen Zivilisten verloren die Deutschen im östlichen Ostpreußen ab Juli 1947 allmählich ihre Arbeitsplätze und Wohnungen. Da die Arbeitskraft der ca. 100.000 Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich war, begann die "Aussiedlung" der restlichen deutschen Bevölkerung (x001/152E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens in den Jahren 1947-1949 (x001/94E-96E): >>... Während die Landbevölkerung weiter in unerträglich primitiven Verhältnissen lebte, begann sich sei 1947 wenigstens in Königsberg die Lage

für die Deutschen etwas zu bessern. Seit dem Sommer flauten die Typhusepidemien ab. Im Dezember des gleichen Jahres kam die russische Währungsreform, durch die die Kaufkraft des Rubels erheblich erhöht wurde. Seitdem wurden die Lebensmittel billiger und die Versorgung der am Leben gebliebenen deutschen Bevölkerung, die für Arbeitsleistungen nunmehr auch entlohnt wurde, allmählich geregelter.

Zu dieser Zeit hatte die alte Ordensstadt aber infolge des fortgesetzten Zustroms russischer Zivilisten bereits das Aussehen einer russischen Stadt erhalten. Die ca. 25.000 am Leben gebliebenen Deutschen traten im Straßenbild kaum noch hervor, zumal sie weitgehend in die zerstörten und abgelegenen Stadtteile abgedrängt worden waren.

Das fortgesetzte Eintreffen von Zivilrussen nahm den Deutschen auch allmählich ihre Arbeitsplätze, die für sie die einzige Existenzmöglichkeit bedeuteten. Damit wurde es offensichtlich, daß die Deutschen in jeder Beziehung entbehrlich geworden waren, und es begann im Sommer und Herbst 1947, als durch die Besserung der Ernährungslage neue Hoffnung unter den Deutschen in Königsberg erwacht war, ihre Ausweisung nach den westlichen Teilen Deutschlands.

... Die Deutschen verloren damit auch als Arbeitssklaven an Bedeutung, und mit der gleichen Entschiedenheit, mit der die Sowjets in der vergangenen Zeit verhindert hatten, daß sie das sowjetisch besetzte Ostpreußen verließen, betrieben sie in den Jahren 1947-1949 ihre Ausweisung.

Abgesondert von dem sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens und getrennt von den dort ansässigen Deutschen erlebten nach Kriegsende die Memel-Deutschen ein besonderes Schicksal. ... Die verlassenen Wohnungen und Gehöfte der geflohenen Deutschen wurden bereits im Frühjahr und Sommer 1945 zum großen Teil von Litauern besetzt, wodurch die Rückkehr der Deutschen von vornherein erschwert war. ...

Trotz der nationalen Spannungen zwischen Litauern und Deutschen, die anlässlich der Rückgliederung des Memellandes im Jahre 1939 ... verstärkt worden waren, ist das persönliche Verhältnis zwischen Litauern und Deutschen im Memelland nach 1945 im allgemeinen durchaus freundlich gewesen. ...

... Sofern die Deutschen noch im Besitz ihrer Höfe waren, fiel ihr Land ebenso wie das der litauischen Bauern der im Jahre 1947 beginnenden radikalen sowjetischen Kollektivierungspolitik zum Opfer, die jeden privaten Grundbesitz aufhob. ...<<

Die 17jährige Eva F. (ehemalige BDM-Jungmädelführerin) berichtete über ihre Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/109): >>... Im Sommer 1947 tauchte bei uns eine russische Ärztekommision auf, die uns auf Arbeitsfähigkeit untersuchte, weil wieder ein Transport nach Sibirien zusammengestellt wurde. Allerdings war der allgemeine Gesundheitszustand so schlecht, daß sie niemanden als tauglich mustern konnten. Wie ich später von Betroffenen hörte, war der vorherige Transport aus Sachsenhausen nur bis Brest-Litowsk gekommen, weil der größte Teil der Gefangenen schon auf dem Transport starb und der Rest in so schlechter Verfassung war, daß er wieder nach Sachsenhausen zurückgebracht wurde.

Ich hörte bei der Untersuchung immer wieder: "Dystrophie". ...<<

Die Schulchronik einer Gelsenkirchener Volksschule berichtete im Juli 1947 über die Schulspeisung (x117/100): >>... Die täglichen Schulspeisungen haben sich auf den Gesundheitszustand der Kinder günstig ausgewirkt. Die meisten Kinder berichten von Gewichtszunahmen, manche bis zu 6-8 Pfund. Im ganzen sehen die Kinder wohler aus, jedenfalls merkbar besser als zu Beginn der Speisung.<<

Im Juli 1947 verurteilte das jugoslawische Militärgericht in Laibach insgesamt 12 Deutsche (unter ihnen waren u.a. General Kübler und der ehemalige Gauleiter von Kärnten, Dr. Friedrich Rainer) und einen jugoslawischen Staatsbürger zum Tod (x006/586).

Premierminister Attlee (1883-1967, ab 1935 Vorsitzender der Labour-Party, von 1945-1951 britischer Ministerpräsident) erklärte im Juli 1947 während einer Unterhaus-Debatte über die Unabhängigkeit Indiens (x067/261): >>Zu Anfang beschäftigten wir uns besonders mit Handel, der Gelegenheit bot, Reichtümer anzuhäufen. Im 18. Jahrhundert hatten die britischen Bürger, die aus Indien zurückkehrten, oft große Vermögen angesammelt und wurden "Nabobs" genannt.

Aber als die Zeit verging, gewann man mehr Bewußtsein von der Verantwortung, die in der Regierung durch die Ostindische Kompanie lag, eine Verantwortung für das Leben der vielen Millionen, die Gerechtigkeit und ruhiges Leben suchten. Der britische Verwaltungsbeamte in Indien richtete sich mehr und mehr am Wohlergehen des indischen Volkes aus, am Wohlergehen dieses großen Völkergemisches auf dem Kontinent, das durch Rasse, Kaste, Sprache und Religion getrennt ist. ...

Wenn wir über Jahre zurückblicken, sind wir sehr stolz auf die Arbeit, die unsere Mitbürger in Indien getan haben. Natürlich gab es Fehler, gab es Fehlschläge, aber wir können bekräftigen, daß unsere Herrschaft über Indien den Vergleich mit jeder anderen Nation aushält, die ein Volk zu regieren hatte, das so unterschiedlich von ihr selbst ist. ...

Darf ich hier an etwas erinnern, das man oft vergißt: So wie Indien seine Einheit und Freiheit von äußerer Aggression den Briten verdankt, so war der indische "National Congress" gegründet und angeregt von Menschen unserer eigenen Rasse, und schließlich, daß jede Beurteilung unserer Regierung in Indien durch Inder nicht auf der Grundlage dessen geschieht, was für die indische Vergangenheit galt, sondern aufgrund der Prinzipien, die wir ihnen selbst eingeflößt haben. ...<<

"RUDE PRAVO" ("Rotes Recht") berichtete am 2. August 1947 (x154/11): >>In Karlsbad war der ... Genosse Dr. N. gezwungen, die folgende öffentliche Warnung auszusprechen:

In letzter Zeit versuchen einige Personen und auch einige bedeutende Funktionäre in Karlsbad den Transfer der Deutschen aus dem Karlsbader Kreis zu verhindern.

Ich bitte die tschechische Öffentlichkeit, von solchen unwürdigen Interventionen abzulassen, und ich weise darauf hin, daß ich jeden, der unberechtigt für Deutsche interveniert, in der Tagespresse anprangern und gegen ihn nach dem Artikel Nr. 3 der Organisationsordnung vorgehen werde. ...

Die Tschechische Kommunistische Partei in Jirikov hat (z.B.) Josef Snopek, wohnhaft in Jirikov 697, aus der Partei ausgeschlossen, weil er für eine abgeschobene Deutsche intervenierte. Wenn alle anderen Parteien so vorgehen würden, wäre unser Grenzgebiet längst ohne Deutsche.<<

Alfred Kantorowicz (1899-1979, deutscher KPD-Politiker und Journalist) berichtete am 3. August 1947 in seinem Tagebuch über den Erfolg seiner Zeitschrift "Ost und West" (x111/352): >>Bislang sind mehr als 150.000 (in Worten: Einhundertfünfzigtausend!) Exemplare der ersten Nummer angefordert worden – man denke: 150.000 Exemplare einer teuren, auf anspruchsvollem intellektuellen Niveau gehaltenen Monatsschrift.

Auch das ist Deutschland heute, das lesehungrige, aufgeschlossene, wegsuchende Deutschland. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisierte am 6. August 1947 auf einer Großkundgebung in Berlin die Politik der SED (x111/353): >>Wir haben den echten Separatismus hier im Osten erlebt. Das deutsche Volk will zueinander, aber die deutschen Kommunisten, das sind die Separatisten der Ostzone. ...

Und da erklären wir deutschen Sozialdemokraten gegenüber der Politik dieser kommunistischen Idee: Wir Sozialdemokraten, wir wollen die demokratische Republik, aber wir wollen nicht die Volksrepublik Sepistan. ...<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 7. August 1947

einen Runderlaß betreffend die Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft von Personen deutscher Nationalität - sogenannte Volksdeutsche - (x003/410-414): >>... § 10 ... Sobald die Entscheidung über die Entziehung der Staatsbürgerschaft rechtskräftig geworden ist, unterrichtet die allgemeine Verwaltungsbehörde, welche die Entscheidung gefällt hat, davon:

1. das Amt für Öffentliche Sicherheit, auf dessen Antrag das Verfahren durchgeführt wurde,
2. die zuständige Sozialversicherungsanstalt ...
3. die Gemeindeorgane der Sozialfürsorge, wenn die Person, welcher die Staatsbürgerschaft entzogen wurde, Kinder besitzt, welche in Polen bleiben (§ 19 der Verordnung), zwecks Übernahme der Fürsorge für diese Kinder.

§ 12 Die Entscheidung über die Aussiedlung aus dem polnischen Staatsgebiet, die infolge der Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft gefällt wird, übermittelt die allgemeine Verwaltungsbehörde dem zuständigen Organ der Öffentlichen Sicherheit zur Durchführung.

§ 13 Die rechtskräftige Entscheidung über die Einziehung (Konfiskation) des Vermögens, die infolge der Entziehung der polnischen Staatsbürgerschaft ausgesprochen wird, übermittelt die allgemeine Verwaltungsbehörde zur Durchführung dem Bezirks-Liquidationsamt, das mit Rücksicht auf die Lage des einzuziehenden Vermögens zuständig ist. ...<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 9. August 1947 ein Rundschreiben betreffend das Gesetz vom 28.04.1946 über die polnische Staatsbürgerschaft von Personen polnischer Nationalität, die in den Wiedergewonnenen Gebieten wohnhaft waren (x003/415-416): >>Art. 1 des genannten Gesetzes lautet: "Die polnische Staatsbürgerschaft steht allen Personen zu, die vor dem 1. Januar 1945 in den Wiedergewonnenen Gebieten ihren ständigen Wohnsitz hatten, vor der Verifikationskommission ihre polnische nationale Zugehörigkeit nachgewiesen haben ... sowie eine Treuerklärung gegenüber dem polnischen Volk und Staat abgelegt haben."

Wie wir sehen, steht die polnische Staatsbürgerschaft kraft Gesetzes allen Personen zu, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a) ständiger Wohnsitz in den Wiedergewonnenen Gebieten vor dem 1. Januar 1945,
- b) Nachweis der polnischen Nationalität vor der Verifikationskommission, ...
- d) die Treuerklärung gegenüber dem polnischen Volk und Staat abgelegt haben. ...

Voraussetzung

b) Was bedeutet es, die polnische Nationalität nachzuweisen? ... 1. Die Bestätigung der polnischen nationalen Zugehörigkeit wird von einer Person polnischer Herkunft beantragt, welche Beweise ihrer polnischen Abstammung vorlegt, und 2. dasselbe wird von einer Person nicht-polnischer Herkunft beantragt, welche Beweise ihrer völligen Verbundenheit oder Zusammengehörigkeit mit der polnischen Nation vorlegt. ...

Wenn die volle Verbundenheit mit dem polnischen Volke vorhanden ist, ist ein vor dem 1. Januar 1945 ständiger Bewohner der Wiedergewonnenen Gebiete trotz der mangelnden polnischen Herkunft mit Rücksicht auf seine geistige Haltung und seine kulturelle Einstellung Pole. Andererseits ist ein vor dem 1. Januar 1945 ständiger Bewohner der Wiedergewonnenen Gebiete trotz seiner polnischen Herkunft kein Pole, wenn er vollkommen mit dem deutschen Volk verbunden war und mit Rücksicht auf seine geistige Haltung und seine kulturelle Einstellung Deutscher ist.

So bedeutet also der Nachweis der polnischen Nationalität den Beweis der vollen Verbundenheit, der vollen Zugehörigkeit mit dem polnischen Volke. ...<<

Während der ersten Interzonenkonferenz der Vertriebenen wurde am 11. August 1947 in Stuttgart die "Arbeitsgemeinschaft der deutschen Flüchtlingsverwaltungen" (ADFV) gegründet.

22 SS-Angehörige und Wachleute des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald wurden am 14. August 1947 in Dachau zum Tod durch den Strang verurteilt.

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilte am 15. August 1947 den Befehl, illegal eingewanderte Grenzgänger in die sowjetische Besatzungszone abzuschieben.

Die Münchener Zeitung "Heute" berichtete am 15. August 1947 über ein Heimkehrerlager in Willingen im hessischen Bergland (x043/297): >>In Willingen ... finden Heimkehrer aus Rußland Erholung nach schweren Jahren. ...

Manchmal treffen sie - ausgemergelte, humpelnde, abgerissene Gestalten - mit anderen zusammen, die gutgenährt und braungebrannt aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft gekommen sind. ...

Ein Bericht der amerikanischen Militärregierung stellt fest: "Alle aus der Sowjetunion in die amerikanische Zone zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen befinden sich in so schlechter körperlicher Verfassung, daß sie zu jeder Arbeit unfähig sind, und manche von ihnen werden nie wieder arbeiten können. ...<<

Indien und Pakistan wurden am 15. August 1947 in die Unabhängigkeit entlassen. Mit Glockengeläut und Feuerwerk feierten die Inder am 15. August 1947 in Neu-Delhi ihre Unabhängigkeit und das Ende der über 190 Jahre dauernden britischen Kolonialherrschaft (x175/430). In den folgenden Jahren erfolgte schließlich die Auflösung des Kolonialgebildes British Commonwealth of Nations.

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über das Ende des britischen Empires (x364/166-167:

#### >>... **Die Liquidierung des Empires**

Mit der Stagnation der englischen Wirtschaft schnellte die Inflation in die Höhe. Um England über Wasser zu halten, wurden seiner Wirtschaft massive Dollarspritzen verabreicht, die der amerikanische Steuerzahler spendierte, und zwar entweder durch Direktkredite oder den Internationalen Währungsfonds.

Den Briten wurden immer höhere Steuerlasten aufgebürdet, die aber wenig halfen, das unvermeidliche Ende abzuwenden. Im Jahr 1949 erlitt das einstmals stolze englische Pfund Sterling eine massive Abwertung.

Ebenfalls im Jahr 1949 erklärte Sir Stafford Cripps, ein führendes englisches Kabinettsmitglied, "die Liquidierung des British Empire ist eine wesentliche Voraussetzung für den Sozialismus".

Einige Jahre später äußerte ein anderer Sozialist Fabianscher Couleur, Arthur Skeffington, "wir als Sozialisten glauben sicher, daß die einzige Zukunft für eine gesunde Entwicklung in den Kolonialgebieten auf den Grundsätzen des Sozialismus basieren muß".

Das einstmals große Britannien schrumpfte zu einem "Klein-England" zusammen, dem schrecklich verweichlichten "kranken Mann" Europas.

Hoffnungen in jüngster Zeit, die Entdeckung eines großen Erdölvorkommens in der Nordsee werde England auf den Weg zu nationaler Genesung bringen, haben sich in dünne Luft aufgelöst. Die enormen Gewinne daraus sind nicht in die englische Wirtschaft geflossen, um den ungeheuren Druck zu erleichtern, den der Staat dem langgeplagten englischen Steuerzahler aufbürdet, sondern in die Tresore der internationalen Banker in ihrem Hauptquartier "Die City" von London.

Heute steht England am Rande des Vergessens, ruiniert von dem Krebs des Liberalismus. Dieser einst großen Nation wurden der Verstand, das Herz und das Rückgrat von dieser tödlichen Krankheit verzehrt. Die Zeitschrift "US News and World Report" schrieb 1980: "Die meisten Engländer sehen einem trüben Jahrzehnt entgegen. Der Lebensstandard dürfte zweifellos sinken. Die industrielle Produktion lahmt weit hinter anderen großen Nationen hinterher."

Ohne eine dramatische Veränderung - eine tiefgreifende nationale Rückbesinnung, mit der sich England im 17. Jahrhundert erneuerte - wird England weiterhin in Verzweiflung dahin-

siechen, bis auch die letzten Krücken von der unsichtbaren Hand beseitigt werden und seinen Kollaps in die totale Namenlosigkeit zulassen, damit es die illuministische Neue Weltordnung zu seiner eigenen mache. ...<<

Auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16. August 1947 wurden "Sonderstrafkammern" der Landgerichte gebildet, um die Entnazifizierung durchzuführen.

In der sowjetischen Besatzungszone diente die Entnazifizierung hauptsächlich dazu, die NS-Führungsschicht, Kapitalisten und sog. "Staatsfeinde" auszuschalten. Die sowjetische Besatzungsmacht enteignete grundsätzlich alle Besitzer von Produktionsmitteln, falls man ihnen eine Zusammenarbeit mit dem NS-Regime zur Last legen konnte. Ferner entließ man in Mitteldeutschland alle "politisch belasteten" Richter, Verwaltungsbeamte und Lehrer aus dem öffentlichen Dienst.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110): >>Nach Art. 23 der Verfassung dürfen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung vorgenommen werden, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

In einigen Enteignungsgesetzen ist eine Entschädigung vorgesehen. Diese Ansprüche stehen jedoch oft nur auf dem Papier. Der Mißbrauch des Eigentums hat nach Art. 24 grundsätzlich entschädigungslose Enteignung und Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge. Private wirtschaftliche Unternehmen, "die für die Vergesellschaftung geeignet sind", können enteignet werden. Alle Bodenschätze, Naturkräfte, Bergwerke sowie die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft sind gemäß Art. 27 und 25 der Verfassung verstaatlicht worden.

Schon vor dem Inkrafttreten dieser Verfassungsbestimmungen war das private Eigentum mehreren Enteignungsaktionen ausgesetzt. Durch die bereits 1945 eingeleitete Bodenreform wurden alle landwirtschaftlichen Privatbetriebe über 100 ha enteignet.

Die nach Befehl Nr. 124 der SMAD angeordnete Enteignung von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" wurde als Vorwand benutzt, die wichtigsten Industriebetriebe mit etwa 40 % der Gesamtproduktion in Volkseigentum zu überführen.

Der SMAD-Befehl 201 vom August 1947 leitete die nächste Enteignungswelle ein, in der das Vermögen angeblicher Naziaktivisten und Kriegsverbrecher durch Strafurteile eingezogen wurde.

Die Vermögenseinziehung ist dann regelmäßig auch in anderen politischen Strafverfahren nach Art. 6 der Verfassung der Kontrollratsdirektive 38 und in zahlreichen Wirtschaftsstrafsachen verhängt worden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Eigentum" in der SBZ (x009/105-106): >>Einen einheitlichen Eigentumsbegriff gibt es nicht mehr.

Man unterscheidet zwischen staatlich-sozialistischem Eigentum oder Volkseigentum, genossenschaftlich-sozialistischem Eigentum sowie dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das "Volkseigentum" ist die höchste Form des gesellschaftlichen Eigentums. Eigentümer ist das "gesamte werktätige Volk in Gestalt seines Staates". "Volkseigentum" ist also gleichzusetzen mit dem Staatseigentum. Es ist "die entscheidende ökonomische Grundlage der Arbeiter- und Bauern-Macht". Es entstand durch Enteignung.

Das genossenschaftliche sozialistische Eigentum ist gegenüber dem "Volkseigentum" gesellschaftliches Eigentum einer niederen Entwicklungsstufe, weil hier nur ein bestimmtes Produktions- oder Verbraucherkollektiv Eigentümer ist. Es entsteht durch Sozialisierung des Privateigentums der in den Genossenschaften vereinigten Bürger. ...

Das Privateigentum ist seit 1945 durch Enteignung stark reduziert worden. Zahlreiche Verfügungsbeschränkungen, vor allem für das Grundeigentum, haben den Begriff des privaten Eigentums ausgehöhlt. So bedarf die wirksame Übereignung eines bebauten oder unbebauten

Grundstücks einer Genehmigung. ...

Das persönliche Eigentum ist das durch "eigene gesellschaftliche Arbeit" erworbene Eigentum an Gegenständen des persönlichen Bedarfs. Hierzu werden auch Siedlungshäuser und Eigenheime gerechnet, nicht dagegen der Grund und Boden, der niemals Objekt des persönlichen Eigentums sein kann.<<

Der deutsche evangelische Bischof Helmuth Johnsen (1891-1947, als Hauptmann der Reserve in Gefangenschaft geraten) wurde am 17. August 1947 im jugoslawischen Kriegsgefangenenlager Zrenjanin liquidiert (x130/230).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung für Kriegsgefangenengeschichte schrieb später über den Tod des evangelischen Bischofs Helmuth Johnsen (x130/230-231): >>... Bisher (bis zum 17.08.1947) war es üblich gewesen, daß ein festes Kommando von Kriegsgefangenen täglich die Latrine entleeren und die Jauche nachts wegfahren mußte.

Plötzlich wurde der Befehl geändert und zwar dahingehend, daß der Reihe nach jeder Lagerinsasse einmal drankommen sollte. So kam auch die Reihe an Bischof Johnsen. Es wurden jeweils drei Mann abgeordnet, zwei mußten schöpfen und einer das Pferd anschirren und unter Begleitung von ein oder zwei Posten aufs Feld fahren.

Da Johnsen nichts von Pferden verstand, machte er mit seinen Kameraden aus, daß er mit schöpfen wolle. Sie meldeten das dem Posten, aber in diesem Augenblick kam der Aufseher dazu und diesem gab der volksdeutsche M. ein Zeichen, auf Johnsen weisend, und sagte: "Das ist er!"

Daraufhin sagte der Aufseher zu Johnsen: "Du fährst!"

Johnsen erklärte noch einmal, daß er nichts von Pferden verstehe, doch es half ihm alles nichts; die beiden jugoslawischen Posten haben sogar selbst das Pferd angeschirrt.

Die beiden Kameraden, die dann zum Schöpfen zurückblieben, namens W. und Sch., haben Johnsen mit dem Wagen das Lager nicht mehr verlassen sehen und sind der Ansicht, daß er gleich im Pferdestall umgebracht worden ist. Nachts wurde dann sein Gepäck aus der Baracke herausgeholt, und es gab allerlei Bewegungen bei den jugoslawischen Mannschaften.

Am nächsten Morgen wurde dann offiziell vom Lagerkommandanten ausgegeben, Johnsen sei bei einem Fluchtversuch erschossen worden.<<

In Hannover wurde am 18. August 1947 die Exportmesse (vom 18. August bis zum 7. September 1947) durch die alliierte Militärregierung eröffnet. Rund 1.300 Ausstellerfirmen aus den Westzonen und West-Berlin waren vertreten.

Die polnische Regierung berichtete am 18. August 1947, daß man die "Umsiedlung" der Deutschen bis Mitte Oktober 1947 beenden will.

In Nürnberg wurde am 20. August 1947 im ersten NS-Ärzteprozeß (gegen 23 ehemals führende nationalsozialistische Mediziner) das Urteil verkündet.

7 Angeklagte (Karl Brandt, Karl Gebhardt, Rudolf Brandt, Joachim Maugosky, Wolfgang Sievers, Viktor Brack und Waldemar Koven) wurden zum Tod durch den Strang, 5 Angeklagte wurden zu lebenslänglich Zuchthaus und 4 Angeklagte zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von 10 bis 20 Jahren verurteilt. 7 Angeklagte wurden freigesprochen (x111/356).

Im Verlauf des Nürnberger Ärzteprozesses im Jahre 1947 betraten die Richter des US-Militärgerichtshofs juristisches Neuland, denn die Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen, die man den angeklagten Ärzten zur Last legte, waren unter dem Deckmantel von medizinischen Experimenten erfolgt.

Die Grundlage des Ärzteprozesses bildete der sogenannte Nürnberger Kodex (x1.037): >>1. Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich. Das heißt, daß die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muß, ihre Einwilligung zu geben; daß sie

in der Lage sein muß, unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen; daß sie das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinreichend kennen und verstehen muß, um eine verständige und informierte Entscheidung treffen zu können. Diese letzte Bedingung macht es notwendig, daß der Versuchsperson vor der Einholung ihrer Zustimmung das Wesen, die Länge und der Zweck des Versuches klargemacht werden; sowie die Methode und die Mittel, welche angewendet werden sollen, alle Unannehmlichkeiten und Gefahren, welche mit Fug zu erwarten sind, und die Folgen für ihre Gesundheit oder ihre Person, welche sich aus der Teilnahme ergeben mögen.

Die Pflicht und Verantwortlichkeit, den Wert der Zustimmung festzustellen, obliegt jedem, der den Versuch anordnet, leitet oder ihn durchführt. Dies ist eine persönliche Pflicht und Verantwortlichkeit, welche nicht straflos an andere weitergegeben werden kann.

2. Der Versuch muß so gestaltet sein, daß fruchtbare Ergebnisse für das Wohl der Gesellschaft zu erwarten sind, welche nicht durch andere Forschungsmittel oder Methoden zu erlangen sind. Er darf seiner Natur nach nicht willkürlich oder überflüssig sein.

3. Der Versuch ist so zu planen und auf Ergebnissen von Tierversuchen und naturkundlichem Wissen über die Krankheit oder das Forschungsproblem aufzubauen, daß die zu erwartenden Ergebnisse die Durchführung des Versuchs rechtfertigen werden.

4. Der Versuch ist so auszuführen, daß alles unnötige körperliche und seelische Leiden und Schädigungen vermieden werden.

5. Kein Versuch darf durchgeführt werden, wenn von vornherein mit Fug angenommen werden kann, daß es zum Tod oder einem dauernden Schaden führen wird, höchstens jene Versuche ausgenommen, bei welchen der Versuchsleiter gleichzeitig als Versuchsperson dient.

6. Die Gefährdung darf niemals über jene Grenzen hinausgehen, die durch die humanitäre Bedeutung des zu lösenden Problems vorgegeben sind.

7. Es ist für ausreichende Vorbereitung und geeignete Vorrichtungen Sorge zu tragen, um die Versuchsperson auch vor der geringsten Möglichkeit von Verletzung, bleibendem Schaden oder Tod zu schützen.

8. Der Versuch darf nur von wissenschaftlich qualifizierten Personen durchgeführt werden. Größte Geschicklichkeit und Vorsicht sind auf allen Stufen des Versuchs von denjenigen zu verlangen, die den Versuch leiten oder durchführen.

9. Während des Versuches muß der Versuchsperson freigestellt bleiben, den Versuch zu beenden, wenn sie körperlich oder psychisch einen Punkt erreicht hat, an dem ihr seine Fortsetzung unmöglich erscheint.

10. Im Verlauf des Versuchs muß der Versuchsleiter jederzeit darauf vorbereitet sein, den Versuch abubrechen, wenn er auf Grund des von ihm verlangten guten Glaubens, seiner besonderen Erfahrung und seines sorgfältigen Urteils vermuten muß, daß eine Fortsetzung des Versuches eine Verletzung, eine bleibende Schädigung oder den Tod der Versuchsperson zur Folge haben könnte.

Zitiert nach: Mitscherlich & Mielke (Hrsg.), 1960 – Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses. Frankfurt am Main, Fischer. S. 272 ff. Ethikkommission DGP e.V. <http://ethik.dg-pflegewissenschaft.de><<

Nach dem Ende des Ärzteprozesses wurde der Nürnberger Kodex als völkerrechtlich verbindliche Richtschnur für die Beteiligten an medizinischer Forschung verkündet und Teil des Völkerrechts. Der Nürnberger Kodex wurde später von den nationalen und internationalen medizinischen Organisationen kaum beachtet. In dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 zur informellen Selbstbestimmung und in Deklarationen des Weltärztebundes wurde der völkerrechtliche Status des Nürnberger Kodex jedoch bestätigt.

Telford Taylor (1908-1998, Nachfolger von Robert H. Jackson und nordamerikanischer

Hauptankläger bei 12 der 13 Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse) berichtete später (x165/415): >>... Unser erster Prozeß nach Jacksons Ablösung befaßte sich mit deutschen Ärzten, die in Konzentrationslagern unmenschliche Experimente an Gefangenen durchgeführt hatten. Es waren ungefähr 20 Angeklagte, von denen sieben hingerichtet wurden.

Es gab einen Prozeß gegen deutsche Richter, drei Prozesse gegen SS-Angehörige, zwei Prozesse gegen Militärpersonen und einen Prozeß gegen Diplomaten. Drei Prozesse befaßten sich mit der Industrie, mit Flick, der IG Farben und Krupp. Aber bald nahmen die Dinge einen anderen Lauf.

Mit dem ersten erfolgreich abgeschlossenen Prozeß änderte sich das gesamte politische Klima in der Besatzungszone. Der Eiserner Vorhang senkte sich, der Versuch, das besetzte Deutschland gemeinsam zu verwalten, war gescheitert. Dann kam die Berliner Luftbrücke, und die große Feindschaft zwischen Ost und West begann.

Unsere Einstellung gegenüber Deutschland – was das Politische und auch das Militärische betraf – änderte sich von Grund auf. Wir wollten Deutschland auf unserer Seite sehen. Diese Haltung beeinflusste meiner Meinung nach auch die Urteilsprüche in den noch ausstehenden Prozessen.

Es wurden eine ganze Menge Todesurteile verhängt, hauptsächlich gegen SS-Leute, die unmittelbar für die Judenvernichtung verantwortlich waren. Zahlreiche dieser Urteile waren noch nicht vollstreckt, als General Clay, der Chef der Militärregierung im besetzten Deutschland, abgelöst wurde. John McCloy, der seinen Platz als Hochkommissar einnahm, hob viele dieser Todesurteile auf. Nur noch fünf Personen wurden hingerichtet.<<

Der ehemalige bayerische Scharfrichter Johann Reichart (1893-1972, "König der deutschen Henker", richtete allein in Stadelheim 1.200 Gegner des Nationalsozialismus hin) wurde am 20. August 1947 von der Spruchkammer München zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt (x111/356).

Die "Neue Zeitung" berichtete am 22. August 1947 über die Exportmesse in Hannover "Die Messe im Westen" (x115/109-111): >>Aus den Ruinen Hannovers ist eine Messestadt gewachsen; ein Ereignis, das zu würdigen ist, aber gleichzeitig zu einer allgemeinen Betrachtung veranlaßt. Messen sind zu allen Zeiten als rationelle Form des Warenvertriebs geschätzt worden. ...

Obwohl heute der Absatz von Waren im Gegensatz zu früheren üppigeren Zeiten kein Problem ist, da die Ware den Verkäufern buchstäblich aus der Hand gerissen wird, erfüllt die Messe heute gleichwohl eine wichtige Aufgabe; sie erleichtert dem Käufer den vollständigen Überblick über das, was erzeugt wird und ermöglicht eine persönliche Fühlungnahme zwischen Verkäufer und Käufer.

Der Messegedanke hat zudem durch die besonderen Nachkriegsverhältnisse einen kräftigen Impuls erhalten. Der Wirtschaftsverkehr zwischen den einzelnen Landesteilen ist erschwert und zwischen den Staaten weitgehend unterbrochen. Dieser lähmende Warenaustausch erfordert Gegenmaßnahmen. Und zu ihnen müssen in erster Linie die Messen gerechnet werden, die Ausländer ins Land ziehen und dadurch dem Export Auftrieb geben.

... Die Exportmesse in Hannover freilich, die jetzt ihre Premiere hat, erfüllt eine besonders wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Sie ist die erste große Vollmesse der Vereinigten Zonen und übt schon aus diesem Grunde eine starke Anziehungskraft auf die Geschäftswelt des In- und Auslandes aus. Schon äußerlich ist es eine großartige Leistung, wenn in wenigen Monaten eine neue großartige Messeeinrichtung mit 22.000 Quadratmeter gedecktem Ausstellungsraum aus dem Boden gestampft wurde. Fast einem Dutzend wichtiger Industriezweige ist hier Gelegenheit geboten, vielfältige Erzeugnisse zur Schau zu stellen.

Nichts wäre verfehlt, als die neue Messe im Westen zum Anlaß kritischer Vergleiche zu mißbrauchen. Hannover ist weder gegen die altherwürdige Leipziger Messe gerichtet noch

will ihre Existenz die Zonengrenzen oder die wirtschaftliche Trennung des Ostens vom Westen betonen. Die Hannoversche Messe will nichts anderes, als die westlichen Zonen in ihrem wirtschaftlichen Lebenskampf unterstützen. ...

... Die erste große Messe in Hannover wurde am Montag (dem 18.08.1947) unter zahlreicher Beteiligung feierlich eröffnet. Bereits am ersten Tag ergoß sich ein Menschenstrom in die Ausstellungshallen; 16.000 Besucher, unter ihnen 500 Ausländer, vor allem aus England, der Schweiz, Holland, Belgien und den nordischen Ländern, wurden gezählt.

Rund 1.300 Ausstellerfirmen aus den beiden Westzonen und aus dem britischen und amerikanischen Sektor Berlins sind vertreten. Die Stadt Hannover hat mustergültige Messebauten geschaffen. Das Messegelände in dem nicht gerade verkehrsgünstigen Vorort Laatzen gelegen, beherbergte bis vor wenigen Monaten eine inzwischen demontierte Rüstungsfabrik, ein großes Leichtmetallwerk.

Der Bedeutung dieser ersten großen Exportmesse im Westen entsprechend haben die vier Gouverneure der britischen Zone und die vier Direktoren der amerikanischen Militärregierung die Schirmherrschaft übernommen. ...

Die am ersten Tag abgeschlossenen Geschäfte mit ausländischen Käufern beliefen sich auf 55.000 Dollar, von denen allein 45.000 Dollar auf Holland entfielen, das vor allem Abschlüsse in Autos, Motoren und Porzellan tätigte. Von besonderer Bedeutung auf der Messe ist die Halle der Exportbörse, in der die Außenhandelskontore der 8 Länder der beiden Westzonen und Berlin, die JEIA, das Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden, die US- und britischen Handelsvertretungen unter einem Dach untergebracht sind. Damit haben Käufer und Verkäufer die Möglichkeit, ihre Abschlüsse sofort an Ort und Stelle unterschreiben und genehmigen zu lassen. ...

Ein Rundgang durch die Hannoversche Messe vermittelt dem Besucher einen eindrucksvollen Beweis von der wiederbeginnenden Leistungsfähigkeit der deutschen Exportindustrie. Aber auch die Vielseitigkeit des Angebots fällt unmittelbar ins Auge. ...

... Ausländische Interessenten äußerten sich recht befriedigend über die Leistungen der Messe. Ein belgischer Fabrikant erklärte zum Beispiel, Belgien könne nicht alles, was es benötige, aus den USA und den anderen Exportländern beziehen und sei daher daran interessiert, seinen Handel mit Deutschland zu intensivieren. ...<<

Die deutsche Schriftstellerin Irmgard Keun (1905-1982) kritisierte am 23. August 1947 in einem Brief die damalige "Flucht in die religiöse Innerlichkeit" (x111/357): >>Der ganze Boden in Deutschland stinkt noch nach Mord und Leichen, und nun zieht sich ein Schleim von Frömmigkeit darüber. ...<<

Ab August 1947 begannen die Ausweisungstransporte in die sowjetische Besatzungszone (x008/63E).

Die kommunistische Partei führte diese Umsiedlungsaktion rücksichtslos und willkürlich durch. Die Ausweisung der Ungarn-Deutschen wurde in erster Linie als ein Mittel der Enteignungspolitik genutzt. Etwa 50.000 Volksdeutsche wurden in die Sowjetzone transportiert (x008/65E).

Konrad Adenauer schrieb am 25. September 1947 (x095/71): >>... Wie ich ziemlich zuverlässig gehört habe, kann man damit rechnen, daß die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland im Laufe des Jahres 1948 alle zurückkommen. ...<<

Die Zeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 9. September 1947 über die Entnazifizierung (x116/20): >>... Nach der Kapitulation trat die Naivität der Deutschen erschreckend zutage, die mit sofortiger Ankurbelung der Wirtschaft, Aufbau der zerstörten Städte, Sendung von Lebens- und Genußmitteln rechnet.

Schuldgefühl, Scham, das Gefühl zur Verpflichtung der Wiedergutmachung fanden sich eigentlich nur bei der oben beschriebenen Minderheit der "Konsequenten", die die geringste

moralische Schuld hatte. Man schimpfte auf die "Verbrecher", die "großen Nazis", aber weniger weil diese den Krieg begonnen, sondern weil sie ihn nicht rechtzeitig beendet hatten. ...

Die politische Unreife des deutschen Volkes zeigt immer wieder die große Aufgabe der Presse und Parteien. Sie müssen das Volk erziehen, indem sie ihm unbequeme Wahrheiten sagen.<<  
Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 12. September 1947 einen Runderlaß betreffend die Repatriierung deutscher Kinder (x003/420): >>Im Zusammenhang mit der Durchführung der letzten Etappe der Repatriierung der Deutschen aus Polen ist es notwendig, alle deutschen Kinder, die sich noch innerhalb der Wiedergewonnenen Gebiete in Kinderheimen, Heimen für Mutter und Kind, Anstalten aller Art oder bei Pflegefamilien befinden, zu verifizieren oder endgültig aus der polnischen Volksgemeinschaft zu eliminieren.

Zu diesem Zweck hat das Ministerium ... ein Spezialverfahren für diese Fälle angeordnet ...

Das Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete weist gleichzeitig darauf hin, daß es notwendig ist, die Repatriierungsaktion besonders gewissenhaft durchzuführen, wenn es sich um alleinstehende Kinder, d.h. um Kinder ohne elterliche Fürsorge handelt.

Die Repatriierung und die Einteilung dieser Kinder zu den Transporten dürfen einzig und ausschließlich auf Grund von Entscheidungen der Kommissionen ... erfolgen. ...<<

Der Minister für Öffentliche Sicherheit und für die Wiedergewonnenen Gebiete beschloß am 12. September 1947 außerdem die Bildung von Kommissionen zur Repatriierung deutscher Kinder (x003/421-425): >>§ 1 Bei jedem Kreisamt sowie bei allen Verwaltungen kreisfreier Städte werden für die Zwecke der Regierungsverwaltung Kreiskommissionen für die Repatriierung deutscher Kinder gebildet, während gleichzeitig bei den Wojewodschaftsämtern Berufungskommissionen gebildet werden. ...

§ 8 Das Verfahren betrifft deutsche Kinder, die ständig oder zeitweilig die elterliche Fürsorge entbehren; in den Wiedergewonnenen Gebieten betrifft das Verfahren Kinder, gegenüber denen die begründete Vermutung besteht, daß sie aus diesen Gebieten stammen oder während der Okkupation die Verbindung mit ihren Eltern verloren haben; in den übrigen Gebieten Polens betrifft das Verfahren Kinder, gegenüber welchen die begründete Vermutung besteht, daß sie von Deutschen abstammen. ...

§ 11 Die Kreiskommission entscheidet durch einstimmigen Beschluß darüber, ob das betreffende Kind gemäß dieser Instruktion nach Deutschland repatriiert werden soll. ...

§ 19 Als von dieser Instruktion betroffene deutsche Kinder gelten zeitweise oder ständig die elterliche Fürsorge entbehrende Kinder:

1. deren Eltern Staatsangehörige des ehemaligen Deutschen Reiches deutscher Nationalität sind oder waren,
2. deren Eltern die polnische Staatsbürgerschaft nach dem Dekret vom 13. September 1946 ... (die) polnische Staatsbürgerschaft entzogen wurde, mit Ausnahme von Kindern über 13 Jahren, welche die Absicht bekunden, in Polen zu bleiben und die in den Punkten 3 und 4 dieses Paragraphen genannten Eigenschaften nicht besitzen.
3. bezüglich welcher das Untersuchungsverfahren das Vorhandensein eines ausgeprägten Gefühls ihrer deutschen nationalen Besonderheit erweist,
4. die in einem solchen Maße durch den hitleristischen Geist verdorben sind, daß ihr Verbleiben in Polen lästig ist,
5. bezüglich welcher beurkundete und unzweifelhafte Meldungen ihrer im Ausland lebenden deutschen Eltern eingehen,
6. welche deutsche Eltern besitzen, die sich in Polen in Gefängnissen, Zwangsaufenthaltslagern oder Zwangsarbeitslagern befinden sowie Gefängnisstrafen für faschistisch-hitleristische Verbrechen verbüßen.

§ 20 Die in § 19 genannten Kinder werden nach Deutschland repatriiert.

§ 21 In jedem Falle ist zu prüfen, ob nicht die Voraussetzungen für das Verbleiben des Kindes in Polen gegeben sind ...

§ 23 Aufgefundene Kinder unbekannter Herkunft oder Kinder, deren Eltern verschollen sind oder beim Verlassen der Wiedergewonnenen Gebiete ihren unzweifelhaften Willen zu erkennen gegeben haben, daß das Kind die polnische Staatsbürgerschaft behalten soll, dürfen in Polen verbleiben, wenn aus den Umständen hervorgeht, daß sie sich unzweifelhaft mit der polnischen Volksgemeinschaft verbunden fühlen und keine Gefühle deutscher nationaler Besonderheit aufweisen.

§ 24 Als Wille der Eltern im Sinne der Bestimmungen des vorherigen Paragraphen gilt auch ihr Verzicht auf das Kind, der durch eigenmächtiges Verlassen des Kindes oder durch Zurücklassen des Kindes ohne Aufsicht zum Ausdruck kommt.

§ 25 Mit voller Überlegung handelnde Kinder, welche ihren Willen äußern, die polnische Staatsbürgerschaft zu behalten, und welche durch ihr Verhalten Loyalität gegenüber dem polnischen Volk und Staat bekunden, werden nicht ausgesiedelt. ...<<

Der US-Bankier Owen Young (1874-1962) begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... (und) daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Die Gemeinden erließen am 14. September 1947 Richtlinien für die Erfassung der Bucheckerkernernte (x111/367): >>... Für jedes kg abgelieferter trockener Bucheckern wird ein Berechtigungsschein für den Bezug von durchschnittlich 160 g Öl ausgegeben.<<

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 15. September bis zum 12. Oktober 1947 täglich nur 1.432 Kalorien zugeteilt.

Stettin wurde aufgrund einer sowjetisch-polnischen Vereinbarung am 19. September 1947 der polnischen Verwaltung unterstellt (x039/230).

Oberst Tulpanow (Chef der sowjetischen Informationsabteilung) eröffnete am 20. September 1947 den II. SED-Parteitag (x116/25): >>Heute haben sich schon 2 Deutschlands herausgebildet, und die Demarkationslinie ist deutlich sichtbar; aber sie scheidet nicht das westliche von dem östlichen, nicht das südliche von dem nördlichen Deutschland.

Nein, so ist das nicht. Das eine ist das Land aller fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse und der intellektuellen Schichten. Das zweite Deutschland ist das Land jener Leute, die mit Unterstützung des ausländischen und besonders des amerikanischen Kapitals das deutsche Volk wieder in das blutige Gemetzel des imperialistischen Krieges jagen wollen, daß das Monopolkapital vorbereitet.

Dieses Deutschland wird freiwillig oder unfreiwillig zur ausländischen Agentur. ...<<

Der 2. Parteitag der SED in Berlin endete am 24. September 1947 mit einer Entschließung zur politischen Lage (x111/370): >>Nach dem politischen Versagen des deutschen Bürgertums ist die Arbeiterklasse zum entscheidenden Träger der neuen demokratischen Ordnung geworden. Sie kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie geeint ist und im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften unseres Volkes arbeitet. ...

Außer den Parteien sind die demokratischen Massenorganisationen und Bewegungen ... die Träger des demokratischen Neuaufbaus. Sie sollen von der Partei gefördert werden. Aktive Mitarbeit der Parteimitglieder in ihnen ist notwendig. Die Überparteilichkeit der Massenorganisationen darf jedoch nicht beeinträchtigt werden.<<

Otto Grotewohl (1945 Vorsitzender der SPD in der SBZ, von 1946-54 SED-Vorsitzender) erklärte am 24. September 1947 (x111/370): >>Wir wollen und müssen aus den Erfahrungen der russischen Arbeiterbewegung lernen. Wir müssen und wollen die Errungenschaften des Leninismus genau kennenlernen, um uns das für Deutschland Passende anzueignen. ...<<

Die "Wirtschaftszeitung" berichtete am 26. September 1947 über die Leipziger Bücherproduktion (x111/371): >>... Die deutschen Verlage stehen völlig im Schatten des SWA-Verlages. Fast alle leistungsfähigen Druckereien und Bindereien in Leipzig arbeiten für dieses russische Unternehmen.

Insgesamt sind für den Verlag etwa 30 Druckereien und Bindereien der sowjetischen Zone tätig. Als erstes Buch wurde im Dezember 1945 vom SWA-Verlag eine 4,5-Millionen-Auflage der Geschichte der kommunistischen Partei in Rußland aufgelegt.

Seit April 1946 läuft ein großer Schulbuchauftrag, der im Augenblick noch abgewickelt wird. Es handelt sich bei diesen Aufträgen nicht um Reparationsleistungen. Die fertigen Bücher werden prompt bezahlt. Gegenüber diesen Großaufträgen ist das, was in Leipzig für den deutschen Leser hergestellt werden kann, bescheiden.<<

Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU veröffentlichte am 26. September 1947 folgende Resolution (x156/54): >>Vor Beginn der Londoner Konferenz richtet die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU an die Alliierten und die gesamte Weltöffentlichkeit den dringenden Appell, nicht zuzulassen, daß Deutschland zerrissen oder verstümmelt wird. Die Arbeitsgemeinschaft weiß sich darin einig mit dem gesamten deutschen Volk. ...<<

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erklärte am 28. September 1947, die geplanten Demontagen unverändert fortzusetzen (x111/372): >>... Die Militärregierung werde fortfahren, die Liste der für eine Demontage vorgesehenen deutschen Industriewerke auszuarbeiten, ob es den Deutschen gefalle oder nicht. ...

Wenn deutsche Gewerkschaften sich weigerten, Befehlen zu gehorchen, könnten sie schwerlich verlangen, daß die Alliierten mit den Lebensmittelimporten zu ihrer Ernährung fortfahren.<<

Walter Hallstein (1901-1982, Rektor der Universität Frankfurt/Main) kritisierte am 28. September 1947 die damaligen deutschen Parteien (x111/371-372): >>... Die Parteien sind unpopulär. Sie enttäuschen, weil ihr Charakter dogmatisch, abstrakt und militant ist. Sie begünstigen die Entstehung von Subordination. Wir vermissen die lebendige und aktive Fühlung zwischen Partei und Bürger.<<

Das sowjetische Politmitglied Shdanow erläuterte am 30. September 1947 die Gründe des "Kalten Krieges" (x073/227): >>... Solange der Krieg andauerte, wagten die reaktionären Kreise Englands und der USA nicht, die Sowjetunion und den demokratischen Ländern mit offenem Visier entgegenzutreten, weil sie sich wohl bewußt waren, daß die Sympathien der Volksmassen in der ganzen Welt ungeteilt auf der Seite der Sowjetunion und der demokratischen Länder waren.

Aber bereits in den letzten, dem Kriegsende vorangehenden Monaten begann die Situation

sich zu ändern. Bereits im Laufe der Besprechungen auf der Berliner Konferenz der 3 Mächte im Juli 1945 zeigten die anglo-amerikanischen Imperialisten, daß sie nicht gewillt waren, die legitimen Interessen der Sowjetunion und der demokratischen Länder zu berücksichtigen.<< Das sowjetische Internierungslager Frankfurt/Oder wurde im September 1947 aufgelöst. Etwa 500 Häftlinge wurden ins sowjetische Internierungslager Sachsenhausen transportiert. Von Mai 1945 bis September 1947 starben im sowjetischen Internierungslager Frankfurt/Oder etwa 1.000-2.000 deutsche Häftlinge (x126/136).

Im Treptower Park begann im September 1947 der Bau eines riesigen Ehrenmals (größtes antifaschistisches Denkmal in Westeuropa) für die gefallenen Soldaten der Roten Armee.

Georgij Malenkov, Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU, berichtete im September 1947 über die Politik der Sowjetunion und der USA (x067/166-167): >>... In den durch die Ausschaltung der Hauptkonkurrenten der USA, Deutschland und Japan, und durch die Schwächung Englands und Frankreichs entstandenen Verhältnissen sind die USA zu einer neuen unverhüllten Expansionspolitik übergegangen, die auf die Herstellung der Weltherrschaft gerichtet ist.

Unter diesen neuen Nachkriegsverhältnissen vollzieht sich eine Wandlung in den Beziehungen zwischen den Kriegverbündeten von gestern, die gemeinsam gegen das faschistische Deutschland und das imperialistische Japan gekämpft haben. Es bildeten sich zwei entgegengesetzte Richtungen in der internationalen Politik heraus.

Die eine Politik wird von der Sowjetunion und den Ländern der neuen Demokratie (spätere Warschauer Pakt-Staaten) verfolgt. Die Außenpolitik der Sowjetunion und der demokratischen Länder ist auf die Untergrabung des Imperialismus, auf die Sicherstellung eines festen demokratischen Friedens zwischen den Völkern und auf den größtmöglichen Ausbau der freundschaftlichen Zusammenarbeit der friedliebenden Völker gerichtet. ...

In der anderen Richtung der internationalen Politik ist die herrschende Clique der amerikanischen Imperialisten führend. In dem Bestreben die Position zu festigen, die das amerikanische Monopolkapital während des Krieges in Europa und Asien erobert hat, hat diese Clique nun den Weg der offenen Expansion betreten, den Weg der Versklavung der geschwächten kapitalistischen Länder Europas, der Versklavung der kolonialen und abhängigen Länder, den Weg der Vorbereitung neuer Kriegspläne gegen die UdSSR und Länder der neuen Demokratie, wobei sie sich des Vorwandes eines Kampfes gegen die "kommunistische Gefahr" bedient.

Den klarsten und konkretesten Ausdruck fand diese Politik des amerikanischen Kapitals in den Plänen von Truman und Marshall ...<<

US-Militärgouverneur Clay erklärte am 1. Oktober 1947 vor der Presse, daß ein Widerstand gegen Demontagen von den Engländern und Amerikanern mit der Einstellung von Lebensmittellieferungen nach Deutschland beantwortet werden mußte (x111/373).

Andrei A. Shdanow (1896-1948, enger Mitarbeiter Stalins) erklärte am 1. Oktober 1947 während einer Rede auf der Kominform-Gründungsversammlung (x058/380-382): >>Die grundlegenden Veränderungen in der internationalen Lage und in der Lage der einzelnen Staaten nach dem Krieg haben das ganze politische Weltbild verändert.

Es ist zu einer Neuauftellung der politischen Kräfte gekommen. Je größer der Zeitraum wird, der uns von der Beendigung des Krieges trennt, desto schärfer heben sich zwei Grundtendenzen in der internationalen Nachkriegspolitik hervor, die der Teilung der politischen Kräfte in zwei Lager entsprechen:

In das imperialistische und antidemokratische Lager einerseits und das antiimperialistische und demokratische Lager andererseits. Die führende Hauptkraft des imperialistischen Lagers sind die USA.

Mit Amerika verbündet sind England und Frankreich. Das imperialistische Lager unterstützen auch die Kolonialstaaten, wie Belgien und Holland, Länder mit reaktionären antidemokrati-

schen Regimes, wie die Türkei und Griechenland, die politisch und wirtschaftlich von den USA abhängen, wie die Staaten des Nahen Ostens, Südamerika und China.

Das Hauptziel des imperialistischen Lagers ist die Festigung des Imperialismus, die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, der Kampf gegen den Sozialismus und die Demokratie und allerorts die Unterstützung der reaktionären und antidemokratischen profaschistischen Regimes und Bewegungen.

Die antiimperialistischen und antifaschistischen Kräfte bilden das andere Lager. Die Grundlage dieses Lagers sind die UdSSR und die Länder der neuen Demokratie.

Zu ihnen gehören auch Länder, die mit dem Imperialismus gebrochen haben und festen Fuß auf dem demokratischen Entwicklungsweg gefaßt haben, wie Rumänen, Ungarn und Finnland. An das antiimperialistische Lager schließen sich Indonesien und Vietnam an. Indien, Ägypten und Syrien sympathisieren mit ihm.

Das antiimperialistische Lager stützt sich auf die Arbeiterbewegung in allen Ländern, auf die kommunistischen Bruderparteien, auf die Kämpfer der nationalen Befreiungsbewegungen in den kolonialen und unabhängigen Ländern, auf die Unterstützung der in jedem Land vorhandenen progressiven demokratischen Kräfte.

Das Ziel dieses Lagers ist der Kampf gegen die Gefahr neuer Kriege und der imperialistischen Expansion, die Befestigung der Demokratie und die Ausrottung der Überreste des Faschismus.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges hat alle freiheitsliebenden Völker die überaus wichtige Aufgabe der Gewährleistung eines stabilen demokratischen Friedens gestellt, der den Sieg über den Faschismus festigt. Bei der Lösung dieser Hauptaufgabe fällt die führende Rolle der UdSSR und ihrer Außenpolitik zu. Das ergibt sich aus dem Wesen des Sowjetstaates, der jeglichen aggressiven, ausbeuterischen Gelüsten zutiefst fremd ist und an der Schaffung der günstigsten Bedingungen für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft interessiert ist. Eine dieser Bedingungen ist der äußere Friede. ...

Die sowjetische Außenpolitik geht von der Tatsache aus, daß die beiden Systeme, das des Kapitalismus und das des Sozialismus, auch eine lange Periode gemeinsam bestehen werden. Daraus ergibt sich die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den Ländern anderer Systeme, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit und der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen.

Eine ganz entgegengesetzte Politik betreiben England und Amerika in der UNO. Sie machen alles, um sich von den früher übernommenen Verpflichtungen loszusagen und sich die Hände freizumachen für eine neue Politik, die nicht auf die Zusammenarbeit der Völker berechnet ist, sondern darauf, sie gegeneinander aufzuhetzen.

Die Sowjetpolitik hält sich an den Kurs der Aufrechterhaltung loyaler gutnachbarlicher Beziehungen zu allen Staaten, die den Wunsch nach Zusammenarbeit bekunden. Im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens lehnt die sowjetische Außenpolitik den Grundsatz der Rache gegenüber den Völkern ab.

Wie bekannt ist, ist die UdSSR für die Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demilitarisierten, demokratischen Deutschlands. Genosse Stalin wies darauf hin, als er die Sowjetpolitik in bezug auf Deutschland formulierte, daß die Politik der Sowjetunion in der deutschen Frage auf die Demilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands hinausläuft. Dies ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Errichtung eines stabilen, langen Friedens.

Doch diese Politik der UdSSR in bezug auf Deutschland stößt auf den Widerstand der USA und England. Die Tagung des Rates der Außenminister im März und April 1947 in Moskau zeigte, daß die USA, England und Frankreich nicht nur bereit sind, auf die Sprengung der Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands einzugehen, sondern sogar auf die Liquidierung Deutschlands als einheitlicher Staat, auf seine Zergliederung und auf eine Separat-

lösung der Frage des Friedens. Diese Politik wird unter den neuen Verhältnissen betrieben, da Amerika mit dem alten Kurs von Roosevelt gebrochen hat und zu einer neuen Politik übergeht - zur Politik der Vorbereitung neuer kriegerischer Abenteuer ...

Die wirtschaftliche Expansion der USA bildet eine Ergänzung zum strategischen Plan. Der amerikanische Imperialismus trachtet, die Schwierigkeiten der Nachkriegszeit in den europäischen Ländern, den Mangel an Rohstoffen, Treibstoff und Lebensmitteln in den alliierten Ländern, die durch den Krieg am stärksten geschädigt wurden, auszunutzen, um ihnen Bedingungen für die Hilfeleistung aufzuzwingen.

In Voraussicht der bevorstehenden Wirtschaftskrise beeilen sich die USA, neue Monopolsphären ausfindig zu machen, wo sie ihr Kapital investieren und ihre Waren absetzen könnten. Die "US-Wirtschaftshilfe" verfolgt das weitgesteckte Ziel, Europa mit Hilfe amerikanischen Kapitals zu versklaven. Doch die wirtschaftliche Kontrolle zieht auch die politische Unterordnung nach sich. ...

Ihren Ausdruck haben die Bestrebungen in den USA gegenwärtig in der Truman-Doktrin und im Marshall-Plan gefunden. Dem Wesen nach bilden beide Dokumente den Ausdruck einer einheitlichen Politik, obwohl die gleiche Forderung nach Unterwerfung Europas in den beiden Dokumenten verschieden dargelegt ist. ...

Die Truman-Doktrin, die darauf gerichtet ist, alle aktiv gegen die demokratischen Völker kämpfenden reaktionären Regime zu unterstützen, trägt unverhüllt aggressiven Charakter.

Da die Truman-Doktrin so eine ungünstige Aufnahme fand, tauchte die Notwendigkeit des Marshall-Planes auf. Das Wesen der verschwommenen Formulierungen dieses Planes besteht darin, einen Block der Staaten zu schaffen, die durch Verpflichtungen den USA gegenüber gebunden sind, und den europäischen Staaten als Lohn für ihren Verzicht auf die wirtschaftliche und dadurch auch politische Selbständigkeit amerikanische Kredite zu gewähren.

Die Grundlage bildet dabei der Wiederaufbau der von den amerikanischen Monopolen kontrollierten Industriebezirke Westdeutschlands. Wie aus Beratungen hervorgeht, besteht der Marshall-Plan darin, die Hilfeleistung in erster Linie nicht den verarmten Siegerländern, den verbündeten Amerikas im Kampf gegen Deutschland, zu gewähren, sondern den deutschen Kapitalisten, um sich der für Europa wichtigsten Kohle und Eisenerzgebiete zu bemächtigen.

Aus diesem Grund müssen sich die kommunistischen Parteien an die Spitze des Widerstandes gegen die imperialistischen Expansionspläne und gegen Aggressionen aller Arten ... stellen, sich zusammenschließen ...

Auf den Schultern der kommunistischen Bruderparteien Frankreichs, Italiens, Englands und anderer Länder liegt eine besondere Aufgabe. Sie müssen das Banner der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität ihrer Länder in ihre Hände nehmen.

Wenn die kommunistischen Parteien fest auf ihren Positionen stehen werden, wenn sie sich nicht einschüchtern lassen, wenn sie mutig auf der Wacht für einen festen Frieden und eine Volksdemokratie stehen werden, auf der Wacht der nationalen Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Länder, wenn sie imstande sind, sich im Kampfe gegen die Versuche der wirtschaftlichen und politischen Versklavung ihrer Länder an die Spitze zu stellen, bereit sind, mit allen Kräften für die Ehre und nationale Unabhängigkeit einzustehen, dann können keinerlei Versklavungspläne Europas verwirklicht werden.<<

Der "Deutsche Pressedienst" berichtete am 3. Oktober 1947 aus Berlin (x111/374): >>Die Bemühungen aufgrund der neuen Bestimmungen über den interzonalen Zeitungsaustausch, den Versand von Berliner Zeitungen der westlichen Sektoren in die russische Zone in Gang zu bringen, sind bisher fehlgeschlagen.

Die Zeitungspakete kamen größtenteils in beschädigtem Zustand zurück oder wurden bei den Zeitungshändlern der Provinz von russischen Offizieren beschlagnahmt. Die Vertriebsabteilungen der Zeitungen haben daher den Versand wieder eingestellt. ...<<

Ilja Ehrenburg (sowjetischer Schriftsteller und ehemaliger "Propagandaexperte") berichtete am 5. Oktober 1947 in der "Täglichen Rundschau" über den großen Einfluß der sowjetischen Kultur (x116/192-193): >>... Die westeuropäische Kultur von der russischen trennen zu wollen und die russische von der westeuropäischen, zeugt einfach von Ignoranz. ...

Und was das Wesen des Sowjetsystems selbst betrifft, so übt es einen ungeheuren Einfluß auf die Politik, die Wirtschaft und die Kultur der Welt aus. ...

Keine Truman-Doktrin trennt unsere Kultur von der europäischen, auch wenn Marshall hunderttausend Schecks ausschreibt und zur Verteidigung Europas gegen unsere Kultur die ausgewähltesten Kulturträger vom Schlage eines Churchill, Bullit und Salazar aufstehen. ...<<

Der stellvertretende SED-Vorsitzende Walter Ulbricht forderte am 11. Oktober 1947 größere Arbeitsleistungen (x156/48-49): >>... Jetzt kommt es darauf an, daß sich die neue, demokratische Wirtschaftsordnung bewährt durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und Verbesserung der materiellen Lage des Volkes. Dabei müssen die Belegschaften der volkseigenen Betriebe vorangehen. Mögen die Arbeiter, Angestellten und Ingenieure dieser Betriebe es als ihre höchste Ehre betrachten, zeigen zu können, daß die Volksinitiative der "privaten Initiative" in den großkapitalistischen Betrieben Westdeutschlands überlegen ist. ...

Auf dem Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands haben wir den deutschen Plan des Neuaufbaus begründet, der ausgeht von der Intensivierung der Landwirtschaft, der planmäßigen Steigerung der Produktion, der Verbesserung der deutschen Qualitätsarbeit und der Entwicklung des Interzonen- und Außenhandels unter möglicher Vermeidung von Rohstoffexporten. Der Schlüssel zur Verwirklichung dieses Planes ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten in Industrie und Verkehrswesen.

Die Hauptkraft zur Lösung dieser großen Aufgabe sind die Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure. Sie befinden sich in der neuen demokratischen Ordnung in einem neuen Verhältnis zur Wirtschaft. In den volkseigenen Betrieben arbeiten sie nicht mehr für Konzernherren oder andere Ausbeuter. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte ist unmittelbar an der Steigerung der Produktion und an der Erhöhung der Arbeitsdisziplin interessiert, denn davon hängt jetzt die bessere Versorgung der Werktätigen ab.

Der Befehl Marschall Sokolowskis (SMAD-Befehl Nr. 234) zeigt den Weg zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zur Überwindung von Gleichgültigkeit und Bummellei, er ruft das arbeitende Volk auf, besser zu arbeiten, die berufliche Qualifikation der Arbeiter zu erhöhen, die Sabotage des Gegners rücksichtslos zu bekämpfen, das Schiebertum zu liquidieren und dadurch die materielle Lage der Arbeiter und Angestellten zu verbessern.

Jetzt kommt es darauf an, in jedem Betrieb den Produktionsplan zur Sache der ganzen Belegschaft zu machen, durch regelmäßige Produktionsberatungen die Arbeitsorganisation zu verbessern, die Qualität der Arbeit zu erhöhen und für die bestmögliche Ausnutzung der Rohstoffe zu sorgen.

Wieviel Rohstoffe werden heute noch für die Herstellung unnützer Waren verwendet, während man mit den gleichen Rohstoffen nützliche Gegenstände des Massenbedarfs herstellen könnte. Wieviel Rohstoffabfälle gibt es heute noch in den Betrieben, die sehr wohl für die Herstellung von Gebrauchsgegenständen für die Werktätigen ausgenutzt werden könnten. Mögen die Ingenieure und Techniker, deren technische Kenntnisse so lange für Vernichtungszwecke ausgenutzt wurden, nunmehr beweisen, daß sie durch ihre Erfindungen, durch ihre Vorschläge für die Einsparung von Rohstoffen wirkliche Ingenieure des friedlichen Aufbaus sind.

Es ist an der Zeit, daß neue Methoden der Arbeit Anwendung finden. Der Wettbewerb zwischen den volkseigenen Betrieben ist zu entfalten, und die Bummellei, Gleichgültigkeit, schlechte Arbeitsorganisation, Vernachlässigung des Arbeitsschutzes und der Gesundheitsfür-

sorge sollen in Betriebswandzeitungen und in der Tagespresse selbstkritisch behandelt werden.<<

Die SMAD genehmigte am 13. Oktober 1947 die "Arbeitsordnung für volkseigene, SAG- und andere Betriebe" (x111/378): >>Die Arbeitsordnung hat den Zweck, eine hohe Arbeitsdisziplin der Arbeiter und Angestellten zu gewährleisten, die Arbeit richtig zu organisieren, die Arbeitszeit rationell auszunutzen, die Arbeitsleistung im Betrieb zu erhöhen und den Schutz der Arbeitskraft sicherzustellen. ...

(Arbeitsdisziplin) ... Der Arbeitslohn wird für tatsächlich geleistete Arbeitszeit, für Stück- und Zeitlohnarbeit berechnet. Falls bei Akkordarbeit der Arbeiter bei der Herstellung des Ausschusses fahrlässig gehandelt hat, so wird der Schaden im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen vom Lohn ersetzt. ... Bei solchen Differenzen ist die Akkordkommission mit heranzuziehen. ...

Die Förderung der besten Arbeiter und Angestellten erfolgt durch die Betriebsleitung nach Vereinbarung mit dem Betriebsrat. Zur Erreichung einer höheren Arbeitsleistung der Arbeiter werden für systematische Erfüllung der Normen ohne Herstellung von Ausschuß ... monatlich Danksagungen mit Angabe der Namen der Arbeiter und der über die Norm hergestellten Menge vom Abteilungsleiter auf einer besonderen Tafel bekanntgegeben. ...

Die besten Arbeiter und Angestellten, die eine hohe Arbeitsdisziplin zeigen und eine hohe Arbeitsleistung aufweisen, werden in erster Linie in Sanatorien und Erholungsheime eingewiesen, wobei der Betrieb Zuschüsse leisten kann. ... (Ihnen) wird in erster Linie die Möglichkeit zur Beschaffung von Kleidern, Schuhwerk und anderen Industriewaren gegeben. ...<<

Die erste DEFA-Nachkriegsproduktion "Die Mörder sind unter uns" wurde am 15. Oktober 1947 uraufgeführt.

Der Augustinerpater Dr. Paulus Sladek sprach am 15. Oktober 1947 in Schwäbisch Gmünd zu den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen (x024/221-222): >>... Wer in unerträglichen sozialen Verhältnissen eine soziale Evolution verhindert, bereitet die Revolution vor, in der wir alle, Besitzende und Nichtbesitzende, Einheimische und Flüchtlinge, alles verlieren werden. ...

Wer Rache predigt, nimmt uns die letzte Hoffnung auf Heimkehr ...

Merkt euch: Alles, was uns mit den Einheimischen zusammenführt, ist vom Guten, was aber eine Kluft aufreißt, ist vom Bösen.

Wir können die deutsche Not nur gemeinsam tragen und überwinden. Wenn wir gegeneinander stehen, ist alles verloren.

Erwartet nicht alles vom Staat oder von den Einheimischen, aber erwartet alles von eurer eigenen Arbeit, eurer Initiative und eurer Zähigkeit.

Das Schlüsselwort der Zukunft heißt: Selbsthilfe!<<

Die militärischen Oberbefehlshaber der nordamerikanischen und britischen Zone erläuterten am 16. Oktober 1947 die am folgenden Tag veröffentlichte Demontageliste (x111/379): >>...

Wir sind uns dessen bewußt, wie wichtig es ist, daß die deutsche Industrie in der Reparationsfrage Gewißheit über die Grundlage erhält, auf der sie nunmehr gesund planen kann. Die jetzt veröffentlichte Liste wird alle bisherigen Unklarheiten beseitigen. Sie enthält sowohl diejenigen Anlagen, die bereits abtransportiert sind, als auch diejenigen, die noch demontiert werden müssen.<<

Die Demontageliste der britischen Zone umfaßte 496 Werke, während in der nordamerikanischen Zone noch 185 Werke der Rüstungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie sowie der Chemie- und Maschinenindustrie demontiert werden sollten (x111/379).

Die in der US-Zone durchgeführten Gewichtskontrollen ergaben, daß das Durchschnittsgewicht der deutschen Zivilbevölkerung im Sommer 1947 erneut gesunken war und beträchtlich unter dem für die Gesundheit erforderlichen Mindestgewicht lag. Die Tuberkuloseerkrankun-

gen hatten gegenüber 1946 um fast 50 % zugenommen (x111/380).

Die polnische Regierung erließ am 22. Oktober 1947 ein Dekret über die Vermögenseinziehung (x003/436-437): >>... Art. 2. Die Entscheidung über die Sicherung der Vermögenseinziehung ist in das Grundbuch, das Handelsregister und andere öffentliche Register aufzunehmen. ...

Art. 4. Die Entscheidung über die Vermögenseinziehung bewirkt kraft Gesetzes den Übergang aller Gegenstände und Vermögensrechte, welche der von der Einziehung betroffenen Personen gehören, in das Eigentum des Staates, mit Ausnahme:

... 2. der für den Verurteilten oder seiner Familienangehörigen unentbehrlichen Hausratgegenstände, der Bett- und Leibwäsche sowie der Alltagskleidung; der Gegenstände, die wegen einer Körperbehinderung vom Verurteilten und seinen Familienangehörigen benutzt werden; der für einen Monat unumgänglichen Lebensmittel- und Brennstoffvorräte des Verurteilten oder seiner Familienangehörigen; einer Milchkuh bzw. zweier Ziegen bzw. dreier Schafe einschließlich des bis zur nächsten Ernte notwendigen Futter- und Streuvorrates, sofern diese Tiere zur Ernährung des Verurteilten oder seiner Familie unentbehrlich sind; der Gegenstände, die für den persönlichen Erwerb des Verurteilten unentbehrlich sind; Barmittel in einer für den 2wöchigen Unterhalt des Verurteilten oder seiner Familie unumgänglichen Höhe; der Gegenstände, die dem Verurteilten oder seiner Familie zur Ausübung religiöser Pflichten oder zur Fortbildung unentbehrlich sind; der Trauringe des Verurteilten; der Gegenstände die zur Bestattung eines verstorbenen Familienmitgliedes der Verurteilten dienen sollen.

Art. 5. ... 2. Der Übergang des Vermögens in das Eigentum des Staates erfolgt in dem Augenblick, in dem die Entscheidung rechtskräftig wird. ...<<

In der New Yorker Zeitung "Herald Tribune" kritisierten am 23. Oktober 1947 holländische Wirtschaftsführer die Demontagen in Deutschland (x111/381): >>Wir Holländer sind auch der Ansicht, daß die Demontage der deutschen Industrie, die bei einem Aufbau an anderer Stelle durchschnittlich 80 % ihres Wertes einbüßen würde, unzweckmäßiger ist als deren weitere Ausnutzung an Ort und Stelle für nichtmilitärische Zwecke. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (43/1947) berichtete am 25. Oktober 1947 über ein Gespräch mit dem britisch-jüdischen Schriftsteller und Verleger Victor Gollancz (1893-1967, Gegner der These einer deutschen Kollektivschuld, befürwortete nachdrücklich die britisch-deutsche Aussöhnung, Begründer des Komitees "Rettet Europa jetzt"): >>ICH ACHE DIE DEUTSCHEN

Wenn ich für christliche Liebe gegenüber dem deutschen Volk eingetreten bin und auch gegenüber meinem eigenen Volk, dann habe ich es nicht getan, wie einige törichte Engländer oder Deutsche geglaubt haben, weil ich kein Gefühl für das hätte, was geschehen ist, weil ich die Bedeutung von Auschwitz oder Belsen nicht erkannt hätte oder weil ich nichts davon wüßte. Das Gegenteil ist der Fall. Ich habe selbst Beweismaterial in der Hand gehabt, und ich muß sagen, daß ich die Bedeutung durchaus nicht unterschätze, im Gegenteil.

Diese Greuel waren, aber nur möglich durch die grundfalsche Auffassung einer Gruppe von Menschen, die nicht mehr den Menschen, sondern nur noch die Materie in ihm sah. Man muß dagegen ankämpfen, nicht in einer lehrhaften dogmatischen Weise, sondern man muß durch Beispiele zeigen, daß der andere Weg falsch war. Wie sehr sich der Mensch bessert, hängt von dem Maße ab, in dem ihm Verständnis und guter Wille gezeigt wird.

Ich selbst bin Vater von fünf Töchtern im Alter von 17 bis 25 Jahren und bin in der Erziehung von Menschen nicht ganz unerfahren. Wenn man in einem Moment des Ärgers einem Kind gegenüber unfreundlich ist, so wird es störrisch und hartnäckig. Kommt man ihm aber mit Verständnis, Liebe und Güte entgegen, dann löst sich sofort die Schranke, und man hat wieder ein gutes Verhältnis hergestellt. Wir sollten und müssen wünschen, immer das Gute zu tun und nur das Gute anzunehmen.

Ich habe die Beispiele von Auschwitz und Buchenwald nur als Illustration benutzt und möchte es ganz klar aussprechen, daß ich nicht der Ansicht bin, daß das gesamte deutsche Volk schuldig sei. Ich halte nichts von der Kollektivschuld. Ich halte diesen Begriff für unchristlich und nicht liberal und im Grunde für eine Naziphrase.

Ich möchte ein Beispiel geben: Wenn hundert Menschen an einem besonderen Verbrechen teilgenommen haben, z.B. einen Mord begingen, dann ist es noch immer falsch zu sagen, daß alle diese Menschen den Mord ausgeführt hätten. Wenn 99 am Morde teilgenommen haben und einer ist unschuldig, dann kann man immer noch nicht sagen, die Gemeinschaft sei schuldig. Wenn man von Gemeinschaftsschuld spricht, ist es, als ob man behaupten wolle, daß jedes Kind schuldig sei, das 1933 geboren wurde. Es ist genau so unsinnig, als wenn man behaupten würde, jedes neugeborene Judenkind sei am Tode Christi schuldig.

Ich sage, daß der Begriff Gemeinschaftsschuld lächerlich ist. Ich möchte die Konzeption der Kollektivschuld ausgelöscht wissen und dafür einen Begriff setzen, der die zukünftige Verantwortung aller Deutschen festlegt.

In Deutschland ist ein schweres Verbrechen begangen worden und nicht nur von der Regierung. Man könnte natürlich in die Geschichte zurückgehen und dabei feststellen, daß alle schuldig waren, auch die Alliierten. Aber schließlich: die überwältigende, endgültige Schuld an all diesen Verbrechen lag an der deutschen Staatsführung. Aus welchen Gründen es immer sein mag, der Deutsche muß empfinden, daß die furchtbare Bedrohung der Kultur von Deutschland ausgegangen ist, und es sollte Sache eines jeden Deutschen sein, sich zu bemühen und zu leben, um dieses große Unglück wieder gutzumachen.

Ich möchte das Wort Vergebung nicht gebrauchen, da ich der Meinung bin, daß nur Gott vergeben kann. Aber nach meiner Auffassung ist es absolut lebensnotwendig, daß auch die Engländer und die Juden den Deutschen vergeben sollten; und es scheint mir auch lebensnotwendig, daß jetzt die Deutschen den Engländern vergeben, was diese im Augenblick tun. Sie sollten die Schwierigkeiten verstehen, sie sollten Gutes wünschen, auch wenn die Engländer Handlungen durchführen, die sie mit Recht mißbilligen. Sie sollten versuchen, sich in die Lage der Engländer hinein zu versetzen. Man kann das. Ich habe mich sogar in die Lage eines SS-Mannes hineinzusetzen versucht, der im KZ Juden mißhandelt.

Daß ich es ganz klar sage: Viele Deutsche sind nicht geneigt, sich in die Stelle eines Engländers hineinzudenken. Ich habe viele Briefe aus Deutschland bekommen. Man hat mich darin gefragt, ob es demokratisch sei, daß man die Deutschen von 700 Kalorien leben läßt. Möge Gott verhüten, daß ich ihnen nun als Antwort sage: "Habt ihr vergessen, was ihr getan habt?! Habt ihr vergessen, wie es in Belsen und Auschwitz ausgesehen hat?"

Aber so wie ich darauf ausgehe, daß in den Engländern das Gefühl, den Deutschen Gutes zu wünschen, wachsen soll, so möchte ich davon ausgehen, daß in den Deutschen das gleiche Gefühl wächst, nämlich den Engländern Gutes zu wünschen.

Nach meiner Ansicht haben sich die Alliierten nach Kriegsende in Deutschland so benommen, wie man es eben von durchschnittlichen Menschen erwarten muß. Sie haben sich nicht als Heilige, aber auch nicht als Verbrecher gezeigt.

Der Krieg war gerade zu Ende gegangen und schreckliche Dinge ereigneten sich noch, z.B. die Austreibung der Deutschen aus Polen, die ich besonders bedauere. Wenn man die Politik von Potsdam betrachtet, dann ist eigentlich nicht mehr geschehen, als man eben von durchschnittlichen Menschen zu erwarten hatte.

Nun die Ernährungslage. Gerade in dieser Hinsicht bin ich immer wieder für Deutschland eingetreten. Aber die Alliierten haben weder die Deutschen verhungern lassen, noch haben sie Maßnahmen getroffen, sie genügend zu versorgen. Ich bedauere diese Tatsachen natürlich sehr, denn aus der Durchschnittlichkeit kann keine andere Welt geschaffen werden. Wir haben eben als Nation in dieser durchschnittlichen Haltung gehandelt. Möge Gott verhüten, daß ich

mir die höhnische Haltung zu eigen mache und den Deutschen vorhalte: "Was hätte Hitler getan, wenn er den Krieg gewonnen hätte. Dann hätte er wahrscheinlich noch schlechter gehandelt."

Das ist eine Haltung, die ich ablehne.

Nur durch gemeinschaftliches Wollen kann es zu einer Versöhnung kommen. Man darf es nicht zulassen, daß sich eine neue Feindschaft in Deutschland entwickelt, daß ein neues Rachegefühl entsteht. Nehmen wir den Fall der Ostgrenze. Ich betrachte sie als ein großes Unrecht, ich habe das immer wieder gesagt, und ich scheue mich nicht, es erneut in aller Öffentlichkeit auszusprechen. Es ist aber falsch. Die Deutschen erweisen ihrer Sache den schlechtesten Dienst, wenn sie sich dadurch hinreißen lassen, Gefühlen nachzugeben, die an der Lage doch nichts mehr ändern.

Die Ostgebiete sind verloren, das muß als Tatsache hingenommen werden. Ich werde diese Loslösung der Ostgebiete bis an mein Lebensende sehr bedauern. In derselben Weise aber, wie ich die Rachegefühle eines Juden, der durch die Nazis gelitten hat, für unrecht und boshaft halte, halte ich es für boshaft, wenn die Deutschen nicht über den Verlust der Ostgebiete hinwegkommen. Das Gefühl der Rache muß endgültig ausgeschlossen bleiben.

Noch einen weiteren Punkt möchte ich erwähnen. Ich habe in Deutschland eine besonders starke Neigung zur Verallgemeinerung bemerkt. Man sagt auch hier in England: "Die Deutschen tun dies, die Deutschen tun das. Die Deutschen schicken die Leute in die Konzentrationslager." Und meine Antwort war die: "Was tun die Deutschen in den Konzentrationslagern? Schicken sie sich selbst hinein?" Genau so ist es mit den Juden. Die einen sagen, der Jude sei Kapitalist oder Kommunist. Es ist dies eine erschreckend unklare Massenbezeichnung. Es gibt nur bestimmte Wesen: Individuen, Deutsche, Engländer, Russen usw. Wenn Deutsche zu mir kamen und sagten: "Die Engländer tun dies", dann antwortete ich: "Meinen Sie mich oder Lord Vansittart?" Besonders aber habe ich diese Meinung den Russen gegenüber bemerkt. Lassen Sie diesen Verallgemeinerungen keinen Platz.

Ich verabscheue den Kreml beinahe so sehr wie Hitler; nicht ganz so, aber beinahe. Wenn ich nun sage, daß es für die Deutschen keine Kollektivschuld gibt, so dürfen sie nicht zulassen, daß man für das, was die russische Staatsführung tut, alle Russen verantwortlich macht. Die Russen sind gerade solche Menschen wie die Deutschen und ich und wir alle. Sie arbeiten genau so wie die Deutschen und wie ich, und sie schreiben Gedichte, wenn Stalin es ihnen erlaubt. Aus dieser unklaren, allgemeinen Feindseligkeit gegen eine gesamte Gruppe von Menschen entstehen die Kriege. Ich bin selbst ganz offen gegen die Staatsführung in Rußland eingestellt, aber ich stehe unbedingt auf seiten des russischen Volkes.

Ich - und hier spreche ich für viele Engländer - achte die Deutschen. Ich wünsche ihnen das allerbeste, und ich hoffe, daß die Deutschen genau so die Engländer achten und ihnen das Beste wünschen werden. ...<<

Die katholischen Bischöfe baten am 29. Oktober 1947 den Alliierten Kontrollrat, die Haftverhältnisse in der SBZ zu prüfen (x111/382): >>Das deutsche Episkopat ist der Meinung, daß die Regeln der Menschlichkeit und Gerechtigkeit auch auf eine besiegte Nation Anwendung finden sollten.

Unter den von den Russen internierten Zivilpersonen befindet sich eine große Zahl von Frauen und Kindern. ...<<

Ein sowjetisches Militärgericht verurteilte am 31. Oktober 1947 vierzehn ehemalige SS-Wachleute des Konzentrationslagers Sachsenhausen zu lebenslanger Zwangsarbeit.

Der Deutsche Städtetag wies im Oktober 1947 auf den mangelhaften Zustand der Schulgebäude hin (x117/67): >>Der Unterricht findet oft in Gebäuden und Räumen statt, die nicht anders als unwürdig bezeichnet werden müssen.

Die Unmöglichkeit, Gebäude ordnungsmäßig wiederherzurichten, andererseits aber der

Zwang, Kinder einzuschulen, haben es mit sich gebracht, daß oft Unterricht in Räumen stattfindet, deren Benutzung in Friedenszeiten die Baupolizei einfach untersagt hätte.

Von dem schlechten äußeren Zustand abgesehen, sitzen die Kinder vielfach in Klassenräumen, bei denen es durchregnet, in denen Fensterscheiben oder Türen fehlen, oder der Unterricht findet in dunklen Räumen statt, in denen auch an hellen Tagen nur bei Licht gearbeitet werden kann.

Dazu sind die Toilettenverhältnisse oft unbeschreiblich. Es gibt z.B. heute in Essen noch Schulen, in denen eine Toilettenanlage nicht vorhanden ist und die Kinder mehr oder weniger gezwungen sind, ihre Notdurft zu Hause oder in der Nachbarschaft oder, was noch schlimmer ist, im Freien zu verrichten. ...<<

Im Oktober 1947 wurden die letzten größeren Vertriebenentransporte in den Westen abgefertigt.

Die eigentliche Vertreibung der Sudetendeutschen wurde damit "erfolgreich abgeschlossen". Delegierte der jüdischen Religionsgemeinschaften berichteten aus Böhmen und Mähren, daß die Juden ab Oktober 1947 die Abzeichen für Deutsche tragen mußten und nur noch die für die Deutschen bestimmten jüdischen Lebensmittelrationen der NS-Zeit erhielten.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb im Oktober 1947 in der Pariser Zeitung "Combat" über das besiegte und zerstörte Deutschland (x075/14-15): >>... Der junge Deutsche betrachtet sich als nicht verantwortlich für die wahnsinnigen Verbrechen des Hitlerregimes.

Damit hat er recht. Für die Kinder und die Jugendlichen gibt es keine kollektive Verantwortung. Die Politik gegenüber der deutschen Jugend sollte deshalb klar und eindeutig sein. Sobald erst einmal öffentlich verlautbart ist, daß sie nicht für verantwortlich gehalten wird, sollte ihr Türen geöffnet, sollte sie informiert und mit der Jugend anderer Länder zusammengebracht werden. ...

... Es sei angeblich noch zu früh, junge Deutsche nach Frankreich kommen zu lassen.

Worauf wartet man eigentlich noch? Darauf, daß die Franzosen die Besatzung, die Erschießungen, die Lager vergessen?

Nein, im Gegenteil, es ist zu hoffen, daß sie das alles niemals vergessen! Sie sind es sich sogar schuldig, diese jungen Leute eingedenk dessen zu empfangen, eben um die Wiederkehr ähnlicher Schrecknisse zu vermeiden.

Die deutsche Jugend ist verunsichert, sie sucht ihren Weg. ...<<

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärte am 1. November 1947 während einer Rede (x116/24): >>... Das Heroenzeitalter der Kommunisten ist vorüber! Sie sind vom Heroismus zum Bürokratismus herübergewechselt – das ist kein faszinierendes Vorbild, für das wir deutschen Arbeiter uns begeistern wollen.

Oh nein. Distanz, meine Herren! Distanz, schon darum, weil das Schicksal des deutschen Volkes sehr weitgehend abhängig ist von der Entwicklung der Arbeiterbewegung. Wir respektieren das russische Volk, aber wir haben keine Veranlassung, die sozialökonomische und politische Verfassung, in der sich das russische Volk heute befindet, auf unseren Boden zu übertragen.<<

Nach den heftigen Protesten gegen die noch geplanten Demontagen erklärten am 2. November 1947 die Vorsitzenden des Alliierten Kontrollrates für die Bizone (x111/385): >>... Im Demontageplan für die Bizone sind 302 Werkeinheiten, die ausgesprochen der Kriegsindustrie angehören, zur Abmontierung vorgesehen. Sie stellen 44 % der geplanten Demontage dar. ...

Von den 380 Betrieben, die abmontiert werden sollen, die noch nicht ausschließlich der Kriegsproduktion gedient haben, entfallen 92 auf die Eisen- und Stahlindustrie und 224 auf den Maschinenbau.<<

Der Chef der polnischen Militärmission in Berlin forderte am 3. November 1947 in einer Note

an den Alliierten Kontrollrat ein Verbot aller revisionistischen Forderungen in Deutschland (x111/385).

Im sog. "Pohl-Prozeß" wurden am 3. November 1947 Oswald Pohl und drei weitere Angeklagte zum Tod verurteilt.

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "Pohl-Prozeß" (x051/447): >>Pohl-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof III der USA in Nürnberg gegen den Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamts der SS (WVHA), Oswald Pohl, und 17 seiner leitenden Mitarbeiter wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 4).

Die Angeklagten wurden im Wesentlichen beschuldigt, für Morde und andere Verbrechen zum Nachteil von Häftlingen in den vom WVHA verwalteten KZ und betriebenen SS-Wirtschaftsunternehmen verantwortlich zu sein.

Durch Urteil vom 3.11.47 wurden Pohl und drei weitere Angeklagte zum Tod durch den Strang verurteilt, zwölf Angeklagte erhielten Freiheitsstrafen von zehn Jahren bis lebenslanglich, drei Angeklagte sprach das Gericht frei.

Auf Anträge der Verteidigung hin revidierte das Gericht am 11.8.48 sein Urteil: Eine Todesstrafe wurde in lebenslanglich Gefängnis umgewandelt und drei Haftstrafen herabgesetzt.

Durch Gnadenerlaß vom 31.1.51 wandelte der US-Hochkommissar McCloy zwei weitere Todesstrafen in zeitige Freiheitsstrafen um und setzte alle Freiheitsstrafen herab. Pohl wurde am 8.6.51 hingerichtet.<<

In den Lagern der britischen Zone hielten sich noch rund 212.000 Displaced Persons auf (x111/385).

Aufgrund des sowjetisch-polnischen Abkommens vom 19. September 1947 besetzten polnische Truppen am 5. November 1947 in Ostpommern einen Gebietsstreifen von 50 km Länge und 10 km Breite mit der Hafenstadt Stettin.

Diese Verletzung des Potsdamer Abkommens wurde im Jahre 1950 von der DDR sanktioniert (x064/15).

Außenminister Bevin berichtete am 5. November 1947 im britischen Unterhaus, daß man von Januar bis September 1947 rund 89.000 Vertriebene aus der sowjetischen Zone in die britische Zone übernommen hätte. Die Zahl der illegalen "Zuwanderer" würde etwa 100.000 Personen betragen (x039/230).

Die französische Demontageliste wurde am 6. November 1947 veröffentlicht. Diese Liste umfaßte 266 bereits demontierte bzw. noch zu demontierende Werke (davon waren 37 Werke der Rüstungsindustrie) in der französischen Zone (x111/386).

In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone wurden vom 10. November bis zum 7. Dezember 1947 täglich nur 1.426 Kalorien zugeteilt.

Der "Tägliche Rundschau" berichtete am 14. November 1947 über das Verbot des Kulturbundes (KB) zur demokratischen Erneuerung im nordamerikanischen und im britischen Sektor (x111/384): >>... Der KB wird verboten, nicht weil er intolerant ist, sondern weil er tolerant ist.

Der KB wird verboten, nicht weil er kommunistisch ist, sondern weil er den Marxismus ebenso für eine humanistische Weltanschauung wie den christlichen oder liberalen Humanismus hält.<<

Der ehemalige deutsche Diplomat Rudolf Nadolny (1873-1953, 1933-45 Botschafter in Moskau) schrieb am 14. November 1947 an den sowjetischen Außenminister Molotow (x111/389): >>... Deutschland will weder Brückenkopf gegen den Osten noch Brückenkopf gegen den Westen sein.

Es will auch in gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehung wieder nur das sein, wozu es durch seine naturbedingte Lage als das Zentrum Europas bestimmt ist, die Brücke zwischen

Ost und West, das Zwischenland, das die Spannung zwischen den beiden Gegensätzen nach Möglichkeiten ausgleicht.<<

Der deutsche Journalist Walter von Cube (1906-1984) berichtete am 15. November 1947 während eines Rundfunkkommentars über den Beginn der Londoner Außenministerkonferenz (x111/390): >>... Nicht der deutsche Wille zur Einheit, sondern der alliierte Wille zur Einigung wird die Zukunft bestimmen. ...

In der Tatsache, daß Deutschland gegenwärtig keine Außenpolitik machen kann, liegt ein wenn auch bitterer Trost:

Wir sind, als hätten wir Urlaub, von den Geschäften der Geschichte befreit und haben Zeit, uns um unsere geistige Gesundheit zu kümmern.<<

Die französische Regierung rechtfertigte am 17. November 1947 die geplanten Industriedemontagen in ihrer Besatzungszone und stellte fest (x111/391): >>... Diesen Maßnahmen hat sich das deutsche Volk ohne jede Diskussion zu unterziehen.

Der Wert der damit zur Verfügung gestellten maschinellen Einrichtungen beziffert sich auf rund 100 Millionen Reichsmark. ...<<

Der CDU-Zonenausschuß der britischen Zone bemerkte am 20. November 1947 in Lünen zur "Frage der Neugestaltung Deutschlands" (x111/391): >>... Es soll ein Bundesstaat sein, kein Staatenbund. ...

Deutschland muß eine Zentralgewalt haben, die so viele Rechte bekommt wie nötig ist, damit das Ganze in geordneter Weise zusammenhält.<<

Im Saarland wurde am 20. November 1947 die französische Währung als gesetzliches Währungsmittel eingeführt und damit der wirtschaftliche Anschluß des Saarlandes an Frankreich vollzogen (x111/391).

91 % der Studenten und 81 % der Studentinnen der Universität Frankfurt/Main besaßen am 21. November 1947 ein Untergewicht von mehr als 10 kg (x111/392).

Während einer Tagung des Zonenbeirates in Hamburg sprach Konrad Adenauer am 24. November 1947 über die Bildung eines westdeutschen Staates (x156/54-55): >>Morgen, am 25. November, tritt die Londoner Konferenz zusammen.

Diese Konferenz ist in erster Linie einberufen, um über deutsche Schicksalsfragen zu entscheiden. Deutschland ist nicht vertreten auf dieser Konferenz.

Wir, die wir heute am Tage vor diesem Zusammentreffen uns hier zusammengefunden haben, erfüllen eine Gewissenspflicht und darüber hinaus eine Herzenspflicht, wenn wir den in London versammelten Mächten zurufen, daß das gesamte deutsche Volk sich darin einig ist, daß es die deutsche Einheit erhalten will.

Ich glaube, daß das gesamte deutsche Volk sich auch in der Überzeugung einig ist, daß die Zerreißung und Verstümmelung Deutschlands für die deutsche Frage und für das Schicksal Europas, für die Zukunft Europas in gleicher Weise bedeutungsvoll sein würden.

Was wir Deutschen - ich glaube, auch darin sind wir einer Meinung - wollen, ist, daß die Zonengrenzen verschwinden, ist, daß Deutschland unter eine Kontrollinstanz gestellt wird, das ist weiter das Verlangen, daß diese Instanz sich auf die Kontrolle beschränkt und nicht eine Verwaltung ausübt, das ist weiter die Forderung, daß die deutschen Gesetze in Zukunft nicht mehr der Genehmigung, das heißt der einstimmigen Zustimmung der in der Kontrollinstanz vertretenen Mächte bedürfen, sondern daß die Gesetze automatisch dann in Kraft treten, wenn nicht innerhalb einer zu bestimmenden Frist ein einstimmiges Veto der kontrollierenden Instanz vorliegt.

Man hat sich in den letzten Monaten angeschickt, den deutschen Stellen mehr Kompetenzen zu geben. Aber man muß sich darüber klar sein, daß das, was bisher eingeräumt ist, bei weitem nicht genügt. ...

Was wir an die Londoner Konferenz noch weiter richten, das ist die dringende Bitte, nun end-

lich dem deutschen Volke den Wiederaufbau Deutschlands unter eigener Verantwortung in die Hände zu geben. ...

Wir legen in der zukünftigen Verfassung noch auf zwei Dinge entscheidenden Wert: einmal auf die Schaffung eines Staatsgerichtshofes.

Diesen Staatsgerichtshof müssen wir unabhängig machen, so denkbar unabhängig, wie das überhaupt möglich ist. Dieser Staatsgerichtshof soll die Aufgabe haben, einmal die Zentralgewalt zu schützen vor Ungehorsam oder Übergriffen der Länder. Umgekehrt soll dieser Staatsgerichtshof auch die Aufgabe haben, die Länder zu schützen gegenüber Übergriffen seitens der Zentralgewalt.

Dieser Staatsgerichtshof soll weiter die Aufgabe haben, einem jeden Einwohner Deutschlands den nötigen Schutz zu gewähren gegen Beeinträchtigung der ihm verfassungsmäßig zugesicherten Grundrechte. Auch das ist eine absolute Notwendigkeit. Es gibt nicht nur eine Diktatur eines einzelnen, es kann auch eine Diktatur einer parlamentarischen Mehrheit geben, und davor wollen wir einen Schutz haben in der Form des Staatsgerichtshofes. Auch darin wollen wir aus den Erfahrungen lernen, die wir 1933 gemacht haben.

Ehe eine neue Verfassung das Licht des Tages erblicken wird, wünschen wir ein Statut, das sowohl der Besatzung die Rechte und die Pflichten gibt, die sie haben muß, das den Deutschen ebenfalls ihre Pflichten, aber auch ihre Rechte zuweist.

Für uns ist die Auffassung unerträglich, die in einem Brief an den Oberbürgermeister von Essen zum Ausdruck gebracht worden ist, und zwar über die Rechte der Besatzung. ...

In diesem Brief, den ich erwähnte, ist weiter ausgeführt, daß die Alliierten in Deutschland die gesamte staatliche Macht übernommen hätten, und dann findet sich der Satz, der nach unserer Auffassung niemals mehr wiederholt werden darf, es findet sich der Satz, daß das Recht der Alliierten seine Grenzen nur am eigenen Willen finde. (Hört, hört!)

Das ist für uns untragbar, das sind Worte, wie wir sie niemals wieder zu hören geglaubt haben (Zwischenruf: Sehr gut).

Es ist nicht gesagt: "Grenzen an der Menschlichkeit" oder etwas Derartiges, sondern "am eigenen Willen".

Ich möchte glauben, daß der Verfasser dieses Satzes sich nicht klar darüber gewesen ist, was er da niedergeschrieben hat. Denn das ist Absolutismus, wie er in den schlimmsten Zeiten des absolutistischen Regimes niemals ausgesprochen ist. ...<<

Der deutsche Jurist und SPD-Politiker Heinrich Troeger (1901-1975) schrieb am 25. November 1947 in seinem Tagebuch über die Premiere von Carl Zuckmayers "Des Teufels General" in Frankfurt/Main (x111/394): >>Zuckmayer hat wieder eine deutsche Tragödie geschaffen: deutsch die Problemstellung, deutsch die Farbe, deutsch der Pflichtgedanke, das Verhältnis zum Tode, die gesellschaftlichen Formen, die historische Lage.

Nein: die Problemstellung ist allgemein menschlich, das macht die Größe dieser Dichtung aus. ...<<

Der sowjetische Außenminister Molotow erläuterte am 27. November 1947 während der 5. Außenministerkonferenz in London einen Fünf-Punkte-Plan zur Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland (x111/395):

>>1. Sofortige Bildung einer Deutschen Demokratischen Regierung.

2. Diese Regierung soll bei der Friedenskonferenz zu dem Vertragsentwurf Stellung nehmen.

3. Der Friedensvertrag soll durch die deutsche Regierung unterschrieben und durch ein deutsches Parlament ratifiziert werden.

4. Die Friedenskonferenz soll aus den fünf Großmächten, den Nachbarstaaten Deutschlands und den Staaten bestehen, die am gemeinsamen Kampf teilgenommen hatten.

5. Die Abkommen von Jalta und Potsdam sollen die Basis des Friedensvertrages bilden.<<

US-Außenminister Marshall erklärte am 27. November 1947 während der 5. Außenminister-

konferenz in London zur Oder-Neiße-Linie (x028/168): >>... Bei der Erklärung der deutsch-polnischen Grenze müssen wir vom Potsdamer Protokoll ausgehen, in dem vorgesehen wird, daß "die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung warten" soll. Mr. Molotow äußerte die Ansicht, daß die Entscheidung über die Westgrenzen bereits gefallen sei. Wie das erwähnte Zitat zeigt, ist das durchaus nicht der Fall. Eine gerechte Grenzziehung erfordert, daß die Belange der Einwohner, die unmittelbar betroffen sind, gründlich geprüft werden, wie ich bereits bei unserem Treffen in Moskau am 9. April 1947 sagte.

Ferner müssen wir die Bedeutung dieser Grenze für die wirtschaftliche und politische Stabilität Europas im Auge behalten.<<

Walter von Cube, Redakteur des bayerischen Rundfunks, warnte in seinem Radio-Kommentar vom 29. November 1947: >>... Wenn in den Eisernen Vorhang eine Tür gebrochen wird, so flösse zwar - wie wir hoffen - ein demokratischer Strom von Westen nach Osten, aber auch dem totalitären Gift, das sich in umgekehrter Richtung ausbreitete, wären keine Schranken mehr gesetzt.<<

Die UN-Vollversammlung stimmte am 29. November 1947 einer Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat zu.

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtete am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft.

Worüber wird geschwiegen? Erst aus der Nähe, zusammengepfercht, sieht man die Armut am Kragen, am Ellbogen. Berlin in seinen letzten Anzügen. ...

Alles unerschwinglich, wenn man mit Löhnen rechnet, aber billig, wenn man mit Zigaretten rechnet. ...

100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<

Der CDU-Politiker Jakob Kaiser (1888-1961) erklärte am 30. November 1947 in Herne (x111/396): >>... Deutschland wird nicht dadurch gesunden, daß man der marxistischen Gefahr ein liberales System entgegenstellt und dann zwischen beiden eine Mauer errichtet.

Östliche und westliche Besatzungsmächte müssen den Weg freigeben zur eigenen Auseinandersetzung im deutschen Volk selbst.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete im November 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/67-69): >>Friedland schickt sich an, in den dritten Nachkriegswinter hineinzugehen.

Es dürfte der härteste werden, den unsere hungernde Generation in Friedenszeiten erlebt. Denn unser Land ist nicht nur ausgeblutet, ausgesaugt, ausgepowert. Es ist auch am Ende seiner Kräfte. Die Menschen in den Städten gleichen z.T. wandelnden Leichnamen. Sie sind physisch und auch seelisch völlig fertig. Kein Wunder bei diesen Rationen.

Und dennoch gibt es Schlimmeres. Wer da behauptet, er kenne unsere Zeit, er habe die bleichen Gesichter der Kinder im Ruhrgebiet, die verhärmten Frauen in den Großstädten und die müden Gestalten der Arbeiter ... gesehen; wer da meint, er wisse genau um die Situation des Winters 1947 Bescheid, der irrt sich. Denn er war nicht im Lager Friedland, war nicht an der

Zonengrenze. ... Der Bahnhofsbunker in Hannover ist dagegen ein wahres Erholungsheim. ... Hier blutet unser Volk noch aus vielen Wunden. ...

Nun im November 1947 ist das Leben derer, die noch eine Stube ihr eigen nannten, ein Dorf oder eine Stadt als ihre Heimat betrachten dürfen, auch nicht sehr behaglich. Aber es ist kein Vergleich mit denen, die in Friedland täglich ankommen, hin- und herirrend, nicht wissend, wohin, kein Ziel vor Augen, vielfach ohne rechte Vorstellung von der Zukunft, manchmal ohne Hoffnung.

Für sie wird das Lager, zumindest für Stunden oder Tage, zu einer Ersatzheimat. Denn Friedland, mit seinen jetzt 240 Nissenhütten, 200 Lagerhelfern und Lagerhelferinnen, 8 Ärzten und 3 Krankenschwestern ist zu einer Stadt für sich geworden, mit Barackenbezeichnungen, Wegen, Polizei, Schlagbäumen, Posten am Tor, einer eigenen Atmosphäre und auch einer, wenn auch nur aus wenigen Worten bestehenden "Lagersprache". ...

Friedland ... ist ein Lager besonderer Art. Denn hier spiegelt sich, wie nirgend anderswo, das deutsche Schicksal wider. Hier vollendet sich die deutsche Tragödie. Hier tauchen Hunderttausende für einen Augenblick auf, werden gemustert, ausgefragt, versorgt, weitergereicht. Hier versuchen sie manchmal zu schillern, zu imponieren, falsche Aussagen zu machen, einen Vorteil zu erhaschen.

Oder aber, und das ist die überwältigende Mehrzahl, sie stehen oder sitzen herum, noch erschüttert und mitgenommen von dem, was sie erleben und durchleiden mußten, nicht fähig, sich vorzudrängen, nicht in der Lage, sachliche, kurze, treffende Antworten zu geben. Sie müssen sich in ihrer neuen Welt erst zurechtfinden.

Für sie ist die "alte Welt" noch nicht tot, nicht Erinnerung, für sie lebt diese Stadt, dieses Dorf, das Haus mit dem Gärtchen irgendwo weiter östlich noch. Sie haben es nicht abgeschrieben, sie wollen dorthin zurück. Friedland ist für sie eine Station auf diesem Wege - zurück in die Heimat.

Und doch wissen sie in ihrem tiefsten Herzen, ohne es sich einzugestehen, daß Friedland für sie der Beginn eines neuen Lebens bedeutet. Sie müssen hier von vorn anfangen. Die Heimat – die werden sie jahrelang nicht wiedersehen. Vielleicht überhaupt nicht.

Nach Friedland kamen und kommen ja nicht nur Menschen aus den ostdeutschen Gebieten ... – hierher fanden und finden sich Männer, Frauen und Kinder aus fast allen Staaten der Erde. Ihr Schicksal war so vielfältig, so unendlich verschieden, so ohne jede Gemeinsamkeit. Und doch verband sie alle ein Wort: sie waren Deutsche. Und deshalb traf sie irgendwo der Bannstrahl. ...

Deutsche aus China und den Philippinen, aus Südamerika und Südafrika, Spanien und Kanada, England und Japan trafen hier ein.

Sie mußten die Reise auf Befehl antreten oder gingen freiwillig, sie wurden irgendwo ausgestoßen oder meinten, aus vielerlei Gründen gehen zu sollen.

Sie kamen mit und ohne Gepäck, in guter und schlechter Kleidung, mit und ohne Papiere, völlig bargeldlos und auch mit gespickter Briefftasche.

Für alle fiel eine Welt zusammen, die meisten ließen irgendwo Besitz und Habe zurück. Für alle hieß und heißt es: neu anfangen, nicht verzagen, nicht den Mut verlieren. Es wird schon irgendwie weitergehen.

Friedland ist für sie ein Hoffnungsstrahl. In Friedland erhalten sie die erste Orientierung. Friedland gibt ihnen erste Kraft, erste Stärke, erste Hilfe.

Friedland ist mehr als irgendein Lager dieser Welt. Friedland ist Trost, Liebe, Fürsorge und Menschlichkeit zugleich. Friedland ist der Ausdruck dessen, daß wir noch nicht verloren sind.

Wenn wir auch nahe, sehr nahe am Abgrund waren ...<<

Im November 1947 lehnten die tschechischen Sozialisten eine Vereinigung mit den Kommunisten ab und wurden danach von der KP planmäßig verfolgt (Verhaftungen und Prozesse).

Nach der Rückgliederung der 1938 an Ungarn gefallenen slowakischen Gebiete ereigneten sich Ende November 1947 vielerorts Auseinandersetzungen zwischen den Slowaken und Ungarn, die zu Vertreibungen von Ungarn und Slowaken führten (x004/175)

Der LDP-Politiker Erhard Hübener erklärte am 2. Dezember 1947 vor dem Landtag Sachsen-Anhalts zur deutschen Frage (x111/397): >>... Falsch wäre es, alle Hindernisse für den Einheitsgedanken auf bewußte oder unbewußte ... Triebe zurückführen zu wollen. Es hat bei uns von jeher zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West auch echte, ernste und wohlbe gründete weltanschauliche Gegensätze gegeben. Das ist in jedem Volke so, aber es ist die Kehrseite des reichen deutschen geistigen Lebens, daß sie bei uns von jeher mit besonderer Intensität zutage traten.

Jahrhundertlang lagen sie besonders auf kirchlichem Gebiet; konfessionelle Gegensätze führten uns in den Dreißigjährigen Krieg, und sie haben auch später noch die Volkwerdung der Nation lange behindert. Bis heute klingen sie nach, aber sie haben ihre völkertrennende Bedeutung in der Hauptsache verloren.

An ihre Stelle sind staats- und gesellschaftspolitische Gegensätze getreten. Sollen wir ihnen wiederum völkertrennende Bedeutung zuerkennen?

Sollen wir aus Angst vor ihnen auf die Gemeinschaft der Nation verzichten?

Nein und abermals Nein!<<

Das Nürnberger US-Militärgericht verurteilte am 4. Dezember 1947 den ehemaligen NS-Reichsjustizminister Franz Schlegelberger, den früheren NS-Staatssekretär Herbert Klemm und den früheren Vorsitzenden des Volksgerichtshofes Oswald Rothaus sowie den ersten Staatsanwalt des Volksgerichtshofes Rudolf Öschey zu lebenslänglicher Haft (x111/398).

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "Juristen-Prozeß" (x051/295): >>Juristen-Prozeß, Verfahren des Militärgerichtshofs III der USA in Nürnberg gegen Josef Altstötter und 15 andere frühere leitende Beamte des Reichsjustizministeriums, Angehörige des Volksgerichtshofs und von Sondergerichten sowie führende Staatsanwälte wegen Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen (Fall 3).

Hauptpunkt der Anklage war der Vorwurf des "Justizmordes und anderer Greuelthaten, die sie dadurch begingen, daß sie Recht und Gerechtigkeit in Deutschland zerstörten und dann die leeren Hüllen von Rechtsformen zur Verfolgung, Versklavung und Ausrottung von Menschen in einem Riesenausmaß benutzten" (Eröffnungsrede der Staatsanwaltschaft).

Durch Urteil vom 4.12.47 wurden vier Angeklagte zu lebenslänglicher, sechs zu zeitiger Freiheitsstrafe von fünf bis zehn Jahren verurteilt und vier freigesprochen.

Zwei Verurteilte verbüßten die gegen sie verhängte Strafe; einer wurde vorzeitig wegen Krankheit entlassen. In sechs Fällen setzte US-Hochkommissar McCloy mit Gnadenerlaß vom 31.1.51 die Strafen herab.<<

Der Volkskongreß tagte seit dem 6. Dezember 1947 in Berlin.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Volkskongreß (x009/466-467): >>"Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", eine Art Vorparlament, das im Auftrage der SED erstmalig während der Londoner Außenministerkonferenz für den 6./7.12.1947 nach Berlin einberufen wurde.

Maßte sich das Recht an, im Namen Gesamtdeutschlands Forderungen vor die Außenministerkonferenz zu bringen, ohne jedoch hierzu Gelegenheit zu erhalten.

Aus der sog. "Volkskongreßbewegung" gingen hervor 1. die Nationale Front und 2. der am 30.5.1949 vom 3. Volkskongreß gewählte Volksrat, der in gleicher Zusammensetzung als "Provisorische Volkskammer der DDR" die Verfassung annahm und vom Volkskongreß bestätigen ließ.

Somit diente der Volkskongreß, dem auch mit den Kommunisten sympathisierende Westdeut-

sche angehörten, zur scheindemokratischen Legitimierung des Sowjetregimes.<<

Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher ermahnte am 6. Dezember 1947 während einer Rede in Stuttgart die Sozialdemokraten, kein krankhaftes Schuldbewußtsein zu entwickeln und keine Kollektivschuld zu pflegen (x268/223): >>... (Um) unserem Volke ein gutes und gesundes Selbstbewußtsein zu geben. ...<<

Die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des Landes Nordrhein-Westfalen kritisierte am 15. Dezember 1947 die Demontageliste der westlichen Siegermächte vom 16. Oktober 1947 (x111/401-402): >>... (daß) 1. die nach dem neuen Industrieplan vorgesehene Kapazität nicht 75 % der 1936 pro Kopf der Bevölkerung vorhandenen Kapazität beträgt, sondern höchstens 50-55 %;

2. a) die vorgesehenen Kapazitäten eine entscheidende Besserung des derzeitigen tiefen Lebensstandards nicht zulassen,

b) die veränderte Lage hinsichtlich des Exportes und des erhöhten Importes, insbesondere für Lebensmittel, nicht ausreichend berücksichtigt ist;

3. die zahlenmäßigen Grundlagen des neuen Industrieplanes auf unrichtigen Annahmen beruhen;

4. im Rahmen des neuen Industrieplanes zuviel Kapazität abgebaut würde, weil

a) die vorhandenen Kapazitäten zu hoch angenommen sind und

b) in der Berechnung der vorhandenen Kapazitäten nicht, wie geschehen, die Bruttokapazitätswerte, sondern nur die Nettokapazitätswerte zugrunde gelegt werden dürfen;

5. bei der Berechnung der zu belassenden Kapazitäten die deutsche Wirtschaftseinheit im Hinblick auf die bekannten übermäßigen Demontagen in der französischen und sowjetischen Besatzungszone nicht berücksichtigt ist;

6. die Sicherheit der Alliierten bei ausreichender deutscher Industriekapazität durch ein geeignetes Kontrollsystem jederzeit gewährleistet werden kann;

7. die Demontage von Betrieben der Friedenswirtschaft in jedem Falle eine Schädigung der gesamteuropäischen industriellen Leistungsfähigkeit bedeutet.<<

Bei der 5. Außenministerkonferenz in London (vom 25. November bis zum 15. Dezember 1947) konnten sich die 4 Siegermächte über keine deutsche Friedensregelung einigen.

US-Außenminister Marshall lehnte weitere sowjetische Reparationsforderungen aus der laufenden Produktion Westdeutschlands ab.

In der Sowjetunion wurde am 16. Dezember 1947 eine Währungsreform durchgeführt und das Kartensystem (für die Rationierung von Lebensmitteln) aufgehoben (x006/96E).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 18. Dezember 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>18. Dezember 1947: ... 880.000 Zivilpersonen von Ost nach West und 256.000 von West nach Ost haben (bisher) das Lager durchlaufen. Aus Rußland kamen 102.000 ehemalige deutsche Kriegsgefangene, 64.000 Kriegsgefangene kehrten in östliche Richtung in ihre Heimat zurück.<<

Der österreichische Journalist Gustav Stolper (1888-1947) schrieb am 18. Dezember 1947 in New York über die "deutsche Frage" (x111/403): >>... An dem Tag, da wir ein Westdeutschland aufrichten, errichten wir wieder einmal wie im Mittelalter eine Mark zur Verteidigung des Westens gegen den Osten. Aber diese Mark wird immerfort verteidigt werden müssen und nicht nur von ihren eigenen Bewohnern. Die östliche Grenze dieser Mark wird nicht einen Tag lang ruhig sein. Sie muß die unruhigste und sorgenvollste von allen Grenzen Europas sein. Die ganze westliche Welt wird dauernd mit dem deutschen Problem, mit den deutschen Wirklichkeiten, beschäftigt bleiben.<<

Der Politiker Theodor Heuss (1884-1963) schrieb am 19. Dezember 1947 über den SED-Volkskongreß (x111/404): >>Was ich dann von dem sogenannten Volkskongreß las bzw. was ich zufällig im Radio davon hörte, hat mich in meinem historisch-politischen Gefühl geradezu

beendet.

Die übermittelten Rede-Fetzen, die ich vernahm, waren billiger Stahlhelm-Stil mit veränderten Vorzeichen, kein ernsthaftes Wort von der weltgeschichtlichen Problematik, in der wir drinstehen. Platitüden von Volksversammlungsphrasen.

Konnte ein Mann von Ihrer politischen Erfahrung einen Augenblick ernsthaft daran denken, daß die Londoner Konferenz den Applaus einer Zweitausend-Menschenversammlung in Berlin, die höchst zufällig zusammendirigiert war, als Geschichtsauftrag für Deutschland empfände?

Vielleicht war es ganz schön, Menschen vor sich zu haben, die glaubten, Geschichte zu machen. Einem halbwegs nüchternen Urteil mußte doch von Anbeginn klar sein, daß derlei nicht der Start ist, um zu einer Delegation von Rang zu kommen. ...<<

US-Außenminister Marshall erklärte am 19. Dezember 1947 während einer Rundfunkrede in Washington (x111/404): >>Zur Zeit ist an ein einheitliches Deutschland nicht zu denken. ...<<

Die Wahl der CDU-Vorsitzenden Kaiser und Lemmer wurde von der SMAD am 20. Dezember 1947 für ungültig erklärt. Die Gleichschaltung der CDU begann.

Ein US-Militärgericht fällte am 22. Dezember 1947 in Nürnberg die Urteile gegen Flick und fünf leitende Angestellte ("Flick-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schrieb später über den "Flick-Prozeß" (x051/179): >>Flick-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof V der USA in Nürnberg gegen den Stahlmagnaten Flick und fünf seiner führenden Mitarbeiter wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation.

Gegenstand der Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und (oder) Kriegsverbrechen war im Wesentlichen die zwangsweise Beschäftigung von Fremdarbeitern, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen unter unmenschlichen Bedingungen, Ausplünderung von Fabriken in Frankreich und der UdSSR sowie Verfolgung von Juden während der Jahre 1936-39 durch Fortnahme von Industriebetrieben (Arisierung).

Der Flick-Prozeß begann am 19.4.47. Durch Urteil vom 22.12.47 wurde Flick zu sieben Jahren und zwei weitere Angeklagte zu 30 Monaten bzw. fünf Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Zwei Angeklagte sprach das Gericht frei. Es verneinte seine Zuständigkeit, soweit Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Kriegsbeginn vorgeworfen worden waren, mit der Begründung, daß Verbrechen, die vor und vollständig ohne Beziehung zum Krieg begangen wurden, nicht unter das Kontrollratsgesetz Nr. 10 fielen.

Flick wurde wegen guter Führung vorzeitig entlassen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 23. Dezember 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>23. Dezember 1947. Sie wurden nicht vergessen. In aller Not und Bedrängnis, in aller Sorge: Es ist doch ihr Fest. Das Fest der Kinder. Und in Friedland sind nahezu 200 Kinder, die alle genau so an Weihnachten und an das Christkind denken, wie ihre kleinen Brüder und Schwestern weit draußen in den Landen.

Spielzeug war gebastelt worden, begehrtes Gebäck besorgt. Äpfel in den umliegenden Dörfern gesammelt - und nun konnte der Weihnachtsmann kommen.

Ein Angehöriger der Lagerleitung hatte ein Krippenspiel geschrieben, das von Kindern des Lagers aufgeführt wurde. Mit welcher Innigkeit, großer Andacht ... waren die Kleinen bei der Sache. Später gab es Pfefferkuchen und Kakao, Schokolade und Bonbons. Das Spielzeug wurde bestaunt und begutachtet.

Es war ein schöner Nachmittag im grauen Lager Friedland. Denn Freude war nicht nur bei den Kleinen eingekehrt. Auch Eltern nahmen daran teil. Wenn sie auch in Gedanken manchmal ganz weit weg waren, weit fort ...

Übrigens: Majorin Mitchel von der britischen Heilsarmee, die englische Lagerleitung, das Rote Kreuz, die kirchlichen Organisationen - sie alle halfen dabei. ...<<

Die SED warnte am 24. Dezember 1947 in Presseveröffentlichungen vor einer Spaltung Deutschlands (x111/406): >>Die SPD folgt blind der Politik Schumachers, der während seines Aufenthaltes in Amerika die Teilung Deutschlands als vollendete Tatsache bezeichnete. ... Wir fordern im Namen der Demokratie, daß dem deutschen Volk die Möglichkeit gewährt wird, durch einen Volksentscheid über sein Schicksal selbst zu entscheiden.<<

Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtete am 24. Dezember 1947 über die Schändung des Grabes ihres Lebensgefährten (x111/406): >>... Was brauchen die Toten Blumen, wenn die Lebenden nichts zu essen haben. Was brauchen sie Grabbänke, wenn der, der sie abholzt, frierend vor kaltem Ofen sitzt.<<

Der britische Militärgouverneur Robertson erklärte am 25. Dezember 1947 in einer Rundfunkansprache (x111/406): >>... Lassen Sie uns heute den Entschluß fassen, von nun an zusammenzuarbeiten für Frieden und Wohlgefallen zwischen den Nationen, die schon zu lange durch Haß und Krieg entzweit waren.<<

Die "Neue Zeitung" druckte am 29. Dezember 1947 einen Artikel des Londoner "Observer" über die gescheiterte Londoner Konferenz (x111/407): >>... Es gibt einen Trost: Was die Deutschen im Westen angeht, so haben sie im Kampf um die Zukunft einen großen Verbündeten: die Freiheit.

In seinem Schutz sollten sie sich so rasch und so vernünftig wie möglich organisieren. Das Magnetfeld, das sie auf diese Weise bilden, wird vielleicht stark genug sein, den Eisernen Vorhang wegzuziehen.<<

Die Militärgerichte in Dachau beendeten am 30. Dezember 1947 mit der Urteilsverkündung im Nordhausen-Prozeß ihre Tätigkeit (x111/407): >>Von 1.650 Personen werden 1.380 verurteilt und 243 freigesprochen.

417 Urteile lauten auf Tod durch den Strang, 196 auf lebenslängliche Freiheitsstrafe.

Im letzten Strafverfahren gegen die Hauptschuldigen des Konzentrationslagers Nordhausen werden ein Angeklagter zum Tode durch den Strang und sieben Angeklagte zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, während vier der insgesamt 19 Angeklagten freigesprochen werden. ...<<

Am 30. Dezember 1947 gründeten rumänische Kommunisten die "Volksrepublik Rumänien". Bis zum Ende des Jahres 1947 wurden alle demokratischen Oppositionsparteien endgültig ausgeschaltet und das Königtum beseitigt, so daß die Kommunisten eine systematische Umgestaltung und Verstaatlichung des gesamten rumänischen Wirtschaftslebens durchsetzen konnten (x007/106E).

Will Western schrieb in seinem Buch "Nachher" über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion: >>Es ist schon längst Nachtruhe. Das elektrische Licht flunkert trüb und gelb von der Decke herab. Wir wälzen uns auf den Bretterpritschen hin und her und sind überglücklich, daß wir nicht als Arbeitskommando zum Bahnhof marschieren mußten.

200 Mann sind heute mittag abgegangen. Für uns 43 war kein Waggon mehr da. Bei 45 Grad Kälte und knietiefem Schnee sind 10 km Weg bis zum Bahnhof keine Kleinigkeit.

Der Sturm rast krachend gegen die Holzbarackenwand, daß die Lampen knarrend schwanken. Feiner Schneestaub wirbelt durch den Raum und läßt sich langsam auf uns nieder.

Plötzlich wird die Tür unter lautem Gefluche aufgerissen. Einige Posten mit dem Dolmetscher poltern herein. Der Schneesturm peitscht die Tür an die Wand und läßt sie sperrangelweit offen: "Aufstehen! Transport, antreten! Schnell, Schnell!" brüllen sie mit heiserer Stimme.

Ehe wir recht zu uns kommen, werden wir in die Nacht hinausgetrieben. Paul meldet sich krank. Er hat Ruhr.

"Faschist, Parasit!", toben die Posten und reißen ihn hoch: "Nix krank, nix".

Sie stellen uns Mann für Mann hintereinander auf. Die Laternen der Posten irren geisterhaft in dem brodelnden Weiß umher. So marschieren wir aus dem Lager. Der eisige Schneesturm fährt eisig in unsere Gesichter. Die ersten haben es am schwersten, denn sie müssen die Spur treten. Nach einer halben Stunde werden sie durch ihre Hintermänner abgelöst.

Von den Lampen ist nicht der geringste Schimmer zu sehen. Schnee und Sturm nehmen uns den Atem. Verdrossen stapft jeder ergeben in dem weißen, fauchenden Hexenkessel dahin. Keuchend und hustend halten wir uns die Seiten. Wegen des Ruhrkranken müssen wir immer wieder stehen bleiben.

"Hock dich doch nicht so lange hin", hört man jemand ärgerlich schreien, "sonst kommen wir überhaupt nicht weiter."

Paul muß sich in immer kürzer werdenden Abständen niederlassen. Wir stellen uns eng aneinandergeschmiegt im Halbkreis als Schutzwall um ihn. Bald verlassen ihn die letzten Kräfte. Paul sackt zusammen und fällt in den Schnee.

"Laßt mich hier liegen, ich kann nicht mehr", flüstert er fast lautlos, und der Speichel rinnt ihm ... über die Wange; er erstarrt sofort zu Eis. Einer erbarmt sich und wischt ihm das Gesicht mit dem Mantelsaum ab. Ein anderer zieht Paul hoch, greift ihm unter die Arme und schleppt ihn mit. Bald darauf hakt noch ein zweiter unter. Paul hängt nun zwischen den beiden (Männern) wie ein plumper Mehlsack. Er hebt keine Füße mehr. Er läßt sich wie ein Balken ziehen.

Die zwei stampfen, schwanken, schwitzen, fluchen und keuchen. Zum Umfallen müde, werden sie von anderen abgelöst. Sie taumeln und lassen sich für einige Minuten in den Schnee fallen. Keine Macht der Welt kann sie aufbringen, nicht einmal die derben Fußtritte der Posten, so fertig sind sie. Die Russen lassen deshalb halten und befehlen, daß Paul von vier Mann getragen werden muß.

Der Sturm peitscht immer gemeiner von der Seite her. Unsere Beine und Füße sind gefühllos. Beim Tragen von Paul sind die Finger klamm und ohne Leben. Sie werden mit der Zeit immer schwächer und schlapper, und zum Schluß können wir Paul nur noch wie einen Schlitten nachziehen. Er hat die Augen geschlossen und läßt mit sich machen, was wir wollen.

Ab und zu schlägt er die Augen auf, schaut uns traurig an und flüstert: "Nur noch einmal möchte ich meine Frau und Kinder sehen, nur noch einmal!" Dann baumelt sein Kopf wieder knapp über dem Schnee.

Erschöpft und steif gefroren sind wir, als vor uns die ersten Häuser der Bahnhofsortschaft auftauchen. Und doch sind wir froh, daß wir alles überstanden haben.

Rasch trommeln die Posten einige Zivilisten aus dem Schlaf und borgen sich einen Schlitten für Paul aus. Es sollen noch 20 Minuten bis zum Bahnhof sein. Still und reglos liegt Paul auf dem Schlitten. Zwischen den Häusern ist es mit dem Sturm besser, auch liegt der Schnee nicht so hoch. Jedoch müssen wir mit dem fauchenden Wind noch manchen harten Strauß auskämpfen, wenn er knallend um die Häuserecken peitscht.

Ganz gläsern schaut Paul auf seinem Schlitten aus, seine Hände krampften sich in das Wattezeug. Er beantwortet keine Frage mehr. Bald wissen es alle: Paul ist tot. Schaudernd ziehen wir unsere Last weiter, und als wir in den Waggon krabbeln, bleibt Paul draußen liegen.

Der eine Posten gibt uns seine Lampe mit in den Wagen. Wir sind selig und froh, daß wir hier vor dem eisigen Schneesturm geschützt sind, auch wenn der Ofen fehlt und wir uns erst die Pritschen mit den umherliegenden Brettern aufbauen müssen.

Wir arbeiten, schufteten und werken. Endlich haben wir mit unseren selbstgemachten Messern (als Sägen) und Holzschuhen (als Hämmer) die Pritschen aufstellen können. Sogar etwas Holz ist übriggeblieben und wir genehmigen uns daher ein kleines, herrliches Feuerchen.

Trotzdem spüren wir allmählich die beißende Kälte, wie sie an uns hochschleicht. Wir haben Angst, wir wollen keine Erfrierungen und fangen wild zu reiben und zu turnen an. Einer wird

vom Posten zum Kohleholen hinausgerufen. Am nächsten Gleis steht ein unbewachter Kohlenzug, die Gelegenheit ist also günstig. ...

Bald flackert das Feuer. Händereibend rücken wir der Wärme näher, starren sinnend in die Glut und horchen auf das Knistern des Feuers. Manche stecken sich ihr Pfeiflein an. Weg, Schnee und Sturm scheinen vergessen. Die glänzenden Augen verraten, daß die Gedanken Tausende von Kilometern entfernt sind.

Der, der Paul auf dem Schlitten gezogen hat, nimmt seine Pfeife aus dem Mund: "Wißt ihr eigentlich, was heute für eine Nacht ist?" ... "Neujahrsnacht!"

"Neujahrsnacht?", fragen wir erregt und strecken unsere mageren Hälse in die Höhe, um gleich wieder dumpf vor uns hinzustieren. - Neujahrsnacht? –

Schon wieder ein neues Jahr und immer noch in Rußland. Wie lange noch? Wer hilft uns denn? Wer hilft uns, den Verdammten?

Kein Mensch, niemand, keiner.

Eine glückliche Neujahrsnacht! ---<<

Ende 1947 waren die Ausweisungen der Deutschen in Ostpreußen, Ostpommern, Ostbrandenburg und in Schlesien größtenteils abgeschlossen.

Obwohl es auch später noch zu Einzelausweisungen kam, hatte man die allgemeine Entdeutschung und Polonisierung Ostdeutschlands überall erfolgreich durchgesetzt (x001/122E).

Die Mehrzahl der zurückgebliebenen Deutschen bestand z.T. aus Personen, die freiwillig die polnische Staatsbürgerschaft erwarben, um ihre Existenzgrundlage zu erhalten, und aus Personen, die von den Polen als polnische Volkszugehörige (sog. Autochthone) betrachtet wurden oder die man gegen ihren Willen gewaltsam zur Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft gedrängt hatte. Daneben wurden Facharbeiter und sonstige wichtige Arbeitskräfte gezwungen, im Land zu bleiben (x001/151E).

Nach Angaben des polnischen Jahrbuches für 1947 waren insgesamt 1.485.603 Polen aus dem Gebiet östlich der Curzon-Linie umgesiedelt worden (x028/227).

Das französische Oberkommando berichtete Ende Dezember 1947 über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Besatzungszone (x114/3.140): >>Eine langsame, aber kontinuierliche Entwicklung im Verhalten der Deutschen ist jetzt feststellbar. Müde geworden durch zweieinhalb Jahre Besatzungszeit und durch die unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln, wird die Bevölkerung jetzt in ihrem Verhalten aktiver. Das äußert sich in Taktlosigkeit gegenüber den Franzosen, durch klare Böswilligkeit und manchmal auch durch Ungehorsam beim Umgang mit französischen Dienststellen. ...

Was die Bevölkerung angeht, so ist sie mit ihren täglichen Problemen weiterhin beschäftigt. Sie interessiert sich nicht für Politik, hat kein Vertrauen zu ihren Herren und sieht ihre Probleme allenfalls vom lokalen oder regionalen Blickwinkel. ... Der Deutsche des Jahres 1948 ist noch nicht Demokrat. Er ist nicht einmal der Schüler, in den man für spätere Zeiten noch große Hoffnungen setzen kann.<<

Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete ordnete am 31. Dezember 1947 die Versteigerung von beweglichen Vermögensgegenständen der Deutschen an (x003/449): >>I. Der bisherige Verlauf der Liquidierungsaktion von beweglichen Sachen, die sich noch in den Magazinen der Liquidationsämter befinden, ... läßt die erforderliche Intensität vermissen und schreitet im Gegenteil nur langsam voran.

Eine rasche Leerung der Magazine ist die wichtigste Aufgabe bei der Bewirtschaftung der Magazinbestände.

Ein Aufbewahren der Bestände oder ihre Beaufsichtigung für eine längere Zeit, als für die Verkaufsvorbereitungen notwendig ist, ist unzulässig, da dies bedeutende und überflüssige Sicherungskosten nach sich zieht. ...

II. ... § 1. Vom 1. Januar 1948 an werden die Liquidationsämter die zu ihrer freien Verfügung

stehenden oder nicht dem Verkauf an die bisherigen Besitzer unterliegenden Bestände grundsätzlich nur auf dem Versteigerungswege absetzen. ...<<

Ab Ende Dezember 1947 wurde die bisher geduldete Flucht der internierten Volksdeutschen aus den Lagern unterbunden und die Grenze wieder scharf bewacht.

Viele jüngere Volksdeutsche wurden zur Arbeit in den Bergwerken verpflichtet, wo man sie anstatt der deutschen Kriegsgefangenen unter Tage einsetzte (x006/114E).

Der 17jährige Hubert P. berichtete über seine Internierung im sowjetischen Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg (x126/104): >>... Ich verlor meine Arbeit in der Küche, und wenn man im Lager keine Arbeit mehr besaß, war das furchtbar. Es gab nichts, womit man sich beschäftigen konnte, keine Bücher keine Zeitungen. Man durfte nicht schreiben, selbst nicht an Familienangehörige von Verstorbenen, und es starben Tausende!

An Toilettenpapier bekamen wir meist in sechs kleine Streifen zerrissene Buchseiten, kaum größer als Fahrscheine. Oft haben wir diese Fetzen gesammelt, um wenigstens zwei oder drei zusammenhängende Buchseiten zu lesen.

Einmal wurde ich auf dem Bahnhof Sachsenhausen zum Kohleschippen eingesetzt und versuchte dort heimlich, einen kleinen Zettel mit einer Nachricht an meine Mutter loszuwerden, natürlich vergebens.

Im Lager wurde man nie offiziell nach seinem Namen gefragt, geschweige denn, daß einem irgendeine Anklage oder ähnliches vorgeworfen wurde. Quälend waren auch ständige Gerüchte über Öffnung oder Auflösung des Lagers. Es gab ältere Häftlinge, die sich zuweilen so sehr an einen fiktiven Termin klammerten, daß sie das Scheitern dieser Hoffnung nicht verkrafteten. Wenn man ohnehin physisch geschwächt ist und auch noch geistig völlig fertig, dann läßt man sich gehen und stirbt. Ich habe das mehrfach mit ansehen müssen.

Unverhofft hatte ich noch mal Glück im Unglück. Aus unerfindlichen Gründen setzte man mich 1947 in die Schuhmacherwerkstatt des Lagers, wo ich, vom Pechdraht angefangen, Schuster lernte.

Ab und an durfte ich auch als Essenholer arbeiten, da war es ein großer Tag, wenn wir per Gummikratzer einige Grützreste aus den Kübeln hervorholen konnten. Trotzdem wog ich kaum mehr als 40 oder 45 Kilo.

In unseren Baracken lagen wir auf nackten Holzpritschen. Manches Brett mußte im strengen Winter 1946/47 verheizt werden. Jeder besaß wegen dieser harten Schlafstellen zahllose blaue Flecken am Körper. Als Ende 1947 Strohsäcke ausgeteilt wurden, war das wohl die erste große Errungenschaft im Lager. Kurz darauf folgten sogar Bettbezüge und graue Stoffkleidung, die in Sachsenhausen selbst zusammengenäht werden mußte. ...<<

Der 18jährige Manfred W. berichtete über die Haft im sowjetischen "Speziallager Nr. 3" in Bautzen und in Lagern der UdSSR (x126/187): >>Anfang 1947 erfolgte unsere Verlegung in die Außenbaracken. Von hier gingen sämtliche Transporte ab, sowohl in die Sowjetunion als auch in die anderen Lager auf deutschem Boden.

Am 29. Januar 1947, meinem 18. Geburtstag, wurden uns sämtliche Haare abrasiert. Am 30. Januar empfangen wir aus ehemaligen Wehrmachtsbeständen Wintersachen (samt Mütze und Filzstiefel), Sommersachen und Bettwäsche.

Am 1. Februar wurden wir so gründlich wie nur am ersten Tag der Haft gefilzt, und am 2. Februar ging es zum Bahnhof Bautzen. Wir wurden zu je 40 Mann in Güterwaggons verladen. Rechts und links der Tür war eine Pritsche für je 20 Personen eingebaut. In der Mitte des Waggons stand ein sogenannter Bunkerofen. In einer der Türen befand sich eine Rinne zur Verrichtung der Notdurft. Noch am gleichen Tag setzte sich der Zug in Richtung Osten in Bewegung.

In der Zeit von Februar 1947 bis zu meiner Entlassung durchlief ich die Lager Prokopjewsk, Nowo-Kusnezsk und Kemerowo im Kusnezsk-Becken.

Ende 1947 ... durfte ich das erste Lebenszeichen in Form einer Rückantwortkarte mit 25 Worten nach Hause senden. Antwort von Zuhause erhielt ich im Januar 1948.

Im selben Jahr erklärte man alle jungen Leute unseres Lagers, denen Mitgliedschaft oder Betätigung beim "Werwolf" angelastet wurde, zu Kriegsgefangenen.

Meine Rückkehr aus der UdSSR erfolgte im Oktober 1949.

Ich bin niemals verurteilt worden. ...<<

Da die Mitteldeutschen und die Vertriebenen das kommunistische Stalin-System mehrheitlich ablehnten, versuchten im Jahre 1947 Hunderttausende in den Westen zu fliehen.

Um die eigenen großen Versorgungsprobleme nicht zu vergrößern, stimmte der Alliierte Kontrollrat einer vorübergehenden Schließung der östlichen Zonengrenze zu.

Wilhelm Harmssen (Bremer Wirtschaftssenator) berichtete, daß man bis zum Jahresende 1947 bereits enorme Reparationsleistungen (Kriegsentschädigungen) aufgebracht hätte. Nach diesen Berechnungen betragen die Reparationen des Deutschen Reiches von 1945 bis 1947 **rd. 178 Milliarden Reichsmark (RM)** (x111/408).

Von diesen Entschädigungen entfielen auf die Entnahme aus dem deutschen Volksvermögen rd. 100 Milliarden Reichsmark (RM), Leistungen aus laufender Produktion rd. 10 Milliarden RM, sonstige Leistungen (Wert der deutschen Patente etc.) rd. 27 Milliarden RM und auf Vermögensverluste der ausgewiesenen Volksdeutschen entfielen rd. 41 Milliarden RM.

<b><u>Von 1945 bis 1947 geleistete Reparationen des Deutschen Reiches für die Schäden des Zweiten Weltkrieges (x111/408):</u></b>	<b>Mrd. RM</b>
a) Deutsche Auslandsguthaben	9,75
b) Volkswirtschaftlicher Wert der abgetrennten Gebiete	70,00
c) Demontagen und Besitzübertragungen	12,50
d) Zwangsexport von Holz	1,00
e) Abschöpfung von Steuererträgen in der Ostzone (SBZ) für verschleierte Reparationen	4,50
f) Einbuße aus öffentlichem Vermögen (Demontage von Gleisanlagen in der Ostzone, geraubte Kunstwerke u.ä.)	1,00
g) Ablieferung der deutschen Goldbestände	0,75
h) Ablieferung der See- und Binnenschiffe	0,50
<b>1. Entnahmen aus innerdeutschem Volksvermögen</b>	<b>100,00</b>
a) Reparationen aus laufender Warenproduktion (Entnahmen der Besatzungsmächte in der sowjetischen und der französischen Zone). Einbezogen ist weiter die Wertschöpfung der deutschen Belegschaften, der sowjetischen Aktiengesellschaften in der Ostzone sowie deren Verbrauch an im Inland erzeugten Roh- und Hilfsstoffen	5,00
b) Zwangsexport von Kohle	0,50
c) Abschöpfung von Steuererträgen in der Ostzone (SBZ) für verschleierte Reparationen	4,50
<b>2. Leistungen aus laufender Produktion</b>	<b>10,00</b>
a) Wert der deutschen Patente, Betriebsgeheimnisse usw.	12,50
b) Arbeit der Kriegsgefangenen	5,00
c) Demontagekosten	8,00
d) Verluste durch "Währungsmanipulationen"	1,75
<b>3. Sonstige Leistungen</b>	<b>27,25</b>

4) Vermögensverlust der aus dem Ausland ausgewiesenen Volksdeutschen	40,50
<b>Geleistete Reparationen bis Ende 1947</b>	<b>177,75</b>

Trotz der Beschlagnahmung von Quartieren erhielten viele Flüchtlinge und Vertriebene nur Notunterkünfte in den zahllosen Lagern. Dort mußten sie wegen fehlender Wohnungen notgedrungen jahrelang hausen. In manchen Kreisen und Gemeinden schien die Wohnungsnot unüberwindlich zu sein.

Ende 1947 lebten ungezählte Heimatlose in notdürftig reparierten Behelfswohnungen, in ehemaligen Barackenlagern von Fremdarbeitern, in feuchten Kellern, schmutzigen Viehställen, Scheunen, Schuppen, Gartenlauben, in selbst errichteten Baracken aus Holz und Blech oder sie hausten in Höhlen und Erdbunkern. Die Notunterkünfte wurden meistens am Rand der Ortschaften errichtet.

Alle Behelfswohnungen waren damals vom Keller bis zum Dachgeschoß mit verzweiferten Heimatlosen vollgestopft. In den Massenunterkünften lebten Großeltern, Eltern und Kinder dichtgedrängt in einem Raum zusammen. Die von alliierter Seite zugebilligten 4 qm Wohnraum waren vielerorts nicht vorhanden. Die Vertriebenen besaßen im allgemeinen weder Betten, Stühle, Tische noch Schränke. Sie teilten ihre Quartiere häufig mit Decken oder Säcken ab, um wenigstens etwas Privatsphäre zu erhalten. In diesen Behelfsquartieren gab es naturgemäß kein Ausweichen. Hier hausten alle in bitterer Armut und Not. Beleidigungen und Streitereien waren nicht selten an der Tagesordnung.

Die deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen hatten fast alles verloren, was Menschen verlieren konnten. Trotz alledem hörte man damals nur selten wehleidiges Klagen oder Jammern nach Mitgefühl. Ungeachtet der großen Hoffnungslosigkeit kämpften die Menschen erbittert um ihr Überleben.

Ein Kreisvertrauensmann der Flüchtlinge und Vertriebenen in Braunschweig schrieb im Jahre 1947 an den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen (x301/112): >>... Wir Flüchtlinge haben es gründlichst satt, uns noch weiter mit Redensarten abspeisen zu lassen. Was nutzen uns Gesetze, wenn sie mangels Durchführungsbestimmungen nicht zur Anwendung kommen. Man beläßt uns in Elendsquartieren, und hat man uns in Privatwohnungen eingewiesen, dann geht der Kampf mit dem Vermieter erst richtig los, weil man uns wieder an die frische Luft setzen möchte. Man nimmt uns stückweise das Mobiliar wieder weg und behandelt uns auch sonst wie lästige Ausländer.

In den anderen Ländern sind überall schon Flüchtlingsgesetze in Kraft, nur im Lande Niedersachsen wird von der Regierung viel geredet, aber nichts getan, um die Gesetze zum Schutze der Flüchtlinge zu erlassen. ...

Wir Flüchtlinge werden auf engstem Raume zusammengepfercht, wogegen es noch viele Einheimische verstehen, ... nichts von ihrer Wohnbequemlichkeit preiszugeben.

Haben wir Flüchtlinge allein den Krieg verloren oder das ganze deutsche Volk? Oder glaubt man, wir hätten im Osten keine Wohnkultur gehabt, die der hiesigen gleichzusetzen ist?

Man räumt uns keinen Keller- und Bodenraum ein. Man gestattet uns nicht einmal auf dem Hofe unsere Wäsche zu trocknen oder unser Holz zu hacken, man verbietet uns die Benutzung der Klosetts, man verschließt die Küchen, so daß wir Flüchtlinge nicht kochen können und wir uns das Wasser im Keller holen müssen, man will uns Gas und elektrischen Strom nicht benutzen lassen, trotzdem uns Kontingente eingeräumt sind, und tausenderlei andere Schikanen ersinnt man, um uns das Leben zur Hölle zu machen.

Dies geschieht alles nur, weil es die Regierung nicht für notwendig gehalten hat, ein Wohnraumgesetz zu erlassen, in dem Schutzbestimmungen für die Flüchtlinge enthalten sind.<<

Das Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein berichtete im Jahre 1947

(mit Erlaubnis der britischen Militärregierung) über die Wohnungsnot der Flüchtlinge und Vertriebenen (x153/25): >>... Sie wohnen dort nicht etwa, sie liegen auf Brettern in Mäntel und Decken gehüllt, sofern sie welche besitzen. Sie frieren und warten, daß der Winter vorübergehen würde, und warten auf den Tod, der sie von ihren Leiden erlöst.

Das ist der Lebensstandard der Flüchtlinge, nicht aller, aber Hunderttausender, in Schleswig-Holstein.<<

Ein "US-Umerziehungsexperte" berichtete im Jahre 1947 (x114/2.163): >>... Die Bewunderung für alles Amerikanische, die heute die Jugendlichen empfinden, ist ein nicht zu unterschätzender Faktor in der Erziehung. Daß diese Bewunderung rein menschlich ist, macht sie um so wertvoller.

Die Kinderspeisungen, amerikanisch-deutsche Jugendveranstaltungen, Diskussionsabende – all die Spenden der Amerikaner fallen auf fruchtbaren Boden. ...

... An den Mittelschulen ist die Vorliebe für amerikanische Vorbilder besonders deutlich. Zeitungen werden gelesen und besprochen, Diskussionsabende mit Amerikanern abgehalten, Jugendparlamente, Konzile und Zeitschriften gegründet.

Vielfach gehört man Jugendorganisationen an. Hier feiern Bing Crosby und Jack Melton ihre Triumphe.

Man findet ganze Anstalten, an denen der Gruß "How are you" zum guten Ton gehört. Englisch wird nicht nur geradebrecht, sondern mitunter verblüffend gut gesprochen. Der Stolz des Gymnasiasten: "Ich kenne persönlich einen GI. Er sagt, ich spreche Englisch wie ein Yankee."

...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über das Umerziehungsprogramm der westlichen Siegermächte (x063/614-615): >>... Auch das Programm der Reeducation, der Umerziehung, war kein Erfolg. Um Erzieher, gar "Umerzieher" zu sein, mußte man vor allem Bildung, Menschenkenntnis und ... Menschenliebe besitzen, und man durfte nicht den Eindruck erwecken, daß ein solches "Umerziehungsprogramm" auch jene moralischen, geistigen und geschichtlichen Werte, die selbst der Nationalsozialismus nicht zerstören konnte, einer blassen "Fortschrittstheorie" wegen nunmehr über Bord zu werfen seien. ...

Die amerikanischen "Wiedererzieher" – viele davon linksradikale ehemalige Deutsche -, (versuchten) das deutsche Erziehungswesen von "klassischen Schlacken" zu reinigen und ganz auf den "Fortschritt" (wie sie ihn sahen) umzustellen. Der Versuch, Geschichte und Geschichtsbewußtsein zurückzudrängen, vielleicht gar auszulöschen, gehörte dazu – etwas, wovon sich das deutsche Erziehungswesen bis heute noch nicht erholt hat.

Es gibt über dieses "Reeducation Programme" detaillierte Anweisungen, die sich damals schon, und erst recht heute, unberührt erwiesen von jeder wirklichen Kenntnis deutscher Jugend und deutscher Erziehung.

Hauptziel schien zu sein, die deutsche Jugend davon zu überzeugen, daß der Nazismus, mit seiner Verleugnung ewiger Menschheitsideale, böse war – als ob irgendein Jugendlicher dies 1945/1946 nicht gewußt hätte und als ob nicht gerade unter der Jugend der innere Widerstand gegen den Nazismus am stärksten gewesen wäre! Die Konzentrationslager waren voll von Jugendlichen, denen "bündische Umtriebe", das heißt ein freiheitliches Bestreben vorgeworfen wurde.

In Deutschland dem Lande der Jugendbewegung und der freien Schulgemeinden (Wickersdorf, Odenwaldschule, Schule am Meer, Salem usw.) mit ihrer jahrzehntelangen demokratischen Selbstverwaltung, sollte "das Schulleben so organisiert werden in allen seinen Erscheinungsformen, daß es "Erfahrung im demokratischen Leben vermittelte"!

Und das Jugendleben: Auch da müsse das demokratische Prinzip eingeführt und die Jugend zu wirklicher Selbstbestimmung und Verantwortung erzogen werden! Vom Hohen Meißner,

von Gustav Wyneken, Walter Flex und all den anderen scheinen die "Wiedererzieher " nie gehört zu haben. ...<<

Ein Zeitzeuge berichtete im Jahre 1947 über einen erfolgreichen deutschen "Schwarzhändler" (x114/2.168): >>Regierungsrat O. war Parteigenosse seit 1938 und durfte deshalb seinen Beruf nicht ausüben.

Er kaufte, um leben zu können, in Stuttgart kleinere Posten Zigaretten ein und fuhr monatlich einmal nach Hamburg, um sie dort wieder zu verkaufen. Damals lagen die Hamburger Preise erheblich über den Stuttgartern.

Herr O. verdiente gut und gewann Anschluß an Schwarzhändlerkreise. Er ist ein Meister in seinem Fach geworden und stapelt jetzt keine Waren mehr, sondern arbeitet nur noch per Telefon. Er führt kurze, getarnte Gespräche. ...

Herr O. ist Großhändler geworden. Er hat alles, was man zu einem friedensmäßigen Leben braucht. Für alle seine Geschäfte liefert er die besten Papiere mit. So ist er allen Kontrollen gewachsen.

Herr O. wurde inzwischen als Mitläufer entnazifiziert, möchte aber nicht mehr in seinen alten Beruf zurück. ...<<

Die polnische Regierung machte im Jahre 1947 Entschädigungsforderungen gegenüber der Reichsbank geltend (x136/134-135): >>... Ausgehend von der Annahme, die 3,2 Millionen getöteter Juden stellten 800.000 Familien von je 4 Personen dar und jede Familie hätte 100 Gramm Feingold in irgendeiner Form besessen, kommen wir zur Überzeugung, daß die Deutschen mindestens 80 Tonnen polnisches Gold gestohlen haben und regulär in der Reichsbank deponiert haben.<<

Als Rechtfertigung dieser Entschädigungsforderungen dienten Aufzeichnungen des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamtes des Jahres 1942 (x136/135): >>... 50 Kilogramm Gold, die aus Zahnkronen und Prothesen stammen, welche bei verstorbenen polnischen Gefangenen gefunden worden sind, werden in der Reichsbank deponiert.<<

Der britische Schriftsteller Victor Gollancz schrieb im Jahre 1947 in seinem Buch "Unser bedrohtes Erbe" über die "geregelten und humanen Umsiedlungen" der Deutschen (x028/123): >>... Sofern das Gewissen der Menschlichkeit jemals wieder empfindlich werden sollte, werden diese Vertreibungen als die unsterbliche Schande aller derer im Gedächtnis bleiben, die sie veranlaßt oder sich damit abgefunden haben. ...

Die Deutschen wurden vertrieben, aber nicht einfach mit einem Mangel an übertriebener Rücksichtnahme, sondern mit dem denkbar höchsten Maß von Brutalität.<<

Die Senatoren Knowland und Morse kritisierten im Jahre 1947 im US-Senat die Verhältnisse in den französischen Kriegsgefangenenlagern (x131/180): >>(Senator Knowland:) ... Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, könnte sich in späteren Jahren eine für uns höchst peinliche Situation ergeben, in der nachgewiesen wird, daß einige von amerikanischen Streitkräften eingebrachte Gefangene nicht sehr viel besser behandelt worden sind als einige andere Gefangene, die im Deutschland der Nazis in Konzentrationslager geworfen worden sind. ...

(Senator Morse verlas danach einen Artikel der US-Kolumnistin Dorothy Thompson:) ... Dieses Land hat mit unserer Zustimmung, mit unserer Komplizenschaft und in Verletzung der Genfer Konvention (Gefangene) als Sklavenarbeiter eingesetzt unter derselben Definition, die in Nürnberg gegen ... Sauckel angewandt worden ist (der dann hingerichtet wurde). ...

Wenige mögen sich jetzt daran erinnern, daß Präsident Roosevelt sich im September 1944 dem deutschen Volk gegenüber ausdrücklich verpflichtet hat, als er sagte: "Die Alliierten treiben keine Sklaverei mit Menschen".

Begreifen es denn nur einige wenige Menschen, daß wir nach unserem Sieg über Deutschland, wenn wir Hitlers Maßstäbe und Hitlers Methoden übernehmen, Hitler zum wahren Sieger machen? ...<<

Der deutsch-amerikanische Pfarrer Dr. Ludwig Adolphus Fritsch berichtete im Jahre 1947 in seinem Buch "THE CRIME OF OUR AGE" – "Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk" (x920/...): >>... Ein Gewissensappell an die amerikanische Führungsschicht

### **Vorwort des Herausgebers**

Die vorliegende Schrift stellt nicht nur ein besonders kennzeichnendes Dokument der deutschen Nachkriegsgeschichte dar, sondern hat auch selbst Geschichte, Nachkriegsgeschichte gemacht, und zwar in den Vereinigten Staaten. Der Verfasser, Dr. Ludwig A. Fritsch, ist amerikanischer Geistlicher deutscher Abstammung, der damals in Chicago wirkte.

Die englische Originalausgabe seiner Schrift wurde in den Jahren 1948 und 1949 in 50.000 Exemplaren verbreitet. Es ging dem Verfasser darum, der auch mit Kriegsende nicht aufhörenden Haßpropaganda die Wahrheit über das, was in Deutschland nach dem Kriege geschah, entgegenzustellen und an das sittliche Verantwortungsbewußtsein der amerikanischen Politiker, vor allem aber der Geistlichkeit zu appellieren. Der Erlös aus den verkauften Exemplaren wurde zu Hilfsaktionen für die Vertriebenen und Notleidenden in der "Heimat", also in Deutschland verwandt. ...

### **Vorwort**

Die Beweggründe, aus denen dieses Buch geschrieben wurde, wird jeder erkennen, der es unvoreingenommen und genau zu lesen sich die Zeit nimmt. Als Historiker sah ich, geschult an den Erlebnissen und Enttäuschungen des Ersten Weltkriegs, deutlich voraus, wohin unsere unprovizierte Einmischung in den europäischen Konflikt, den wir damit zum Zweiten Weltkrieg machten, führen würde. Ich erkannte, daß eine der beiden totalitären Mächte, entweder der Faschismus oder der Bolschewismus, siegen mußte, je nachdem, auf welche Seite wir Amerikaner uns mit unsern unerschöpflichen Hilfsmitteln schlagen würden. Unsere Staatsmänner entschieden sich für die unheilvollen Mächte des Kommunismus und des Atheismus und verhalfen ihnen zum Siege.

Unsere Streitkräfte verwandelten das Bollwerk der Christenheit, ... Deutschland, in einen Schutthaufen. Und jetzt sehen wir uns gezwungen, alle die Pflichten zu übernehmen, die Deutschland ein Jahrtausend hindurch ausgeübt hat, wenn wir uns für die Errettung der kostbarsten Güter der Menschheit, der christlichen Kultur und Zivilisation, verantwortlich fühlen.

Als Theologe bin ich mit dem Alten Testament und mit dem Talmud vertraut und weiß, wozu Menschen fähig sind, die ihre Seelennahrung allein aus diesen Quellen schöpfen.

Seit der inzwischen verstorbene, körperlich und geistig kranke Präsident sich mit Ratgebern umgab, die ihrer geistigen Herkunft entsprechend den Heiland und Friedensfürsten nicht anerkennen, war es mir klar, daß das Kriegsende den Menschen nicht den Frieden, sondern nur das Chaos und unsagbares Elend bringen konnte.

Sie waren nur von einem Gedanken erfüllt, dem der Rache, wie wir es bei Josua 6, 21-25 über die Eroberung von Jericho lesen: "Also gewannen sie die Stadt und töteten alles, was in der Stadt war, mit der Schärfe des Schwertes, Mann und Weib, jung und alt ... Aber die Stadt verbrannten sie mit Feuer und alles, was darinnen war."

Da die Deutschen Amerika niemals etwas zu Leide getan haben, wie es die Engländer und Franzosen taten, sondern im Gegenteil während der ganzen Geschichte Amerikas unsere größten Wohltäter waren, hatten die amerikanischen Christen keinerlei Anlaß, sich ihnen gegenüber grausam und rachsüchtig zu verhalten. Sie hatten nur Anlaß zur Dankbarkeit.

Roosevelts Berater aber hatten Grund zum Haß auf die Nationalsozialisten und nutzten Macht und Stärke Amerikas für ihre persönliche Rache. Nur so ist Roosevelts Forderung der "bedingungslosen Kapitulation", zu verstehen ebenso wie der unmenschliche Morgenthauplan, der eine große Nation zum Hungertode verurteilte, weil in den Hirnen und Herzen unserer führenden Männer keine Spur von Christlichkeit mehr zu finden war. ...

### **Die Alliierten verdammen**

Die "erlauchten" Richter der Alliierten, voran Jackson und Biddle vom Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten, verurteilen in Nürnberg und Tokio Generale und Feldmarschälle zum schimpflichen Tod durch den Strang für begangene Verbrechen wie zum Beispiel den "Todesmarsch von Bataan". Die Opfer dieses Marsches waren kräftige junge, ausgebildete Soldaten während des Krieges.

Wovon aber der Bischof spricht, das ereignete sich im Frieden und betraf nicht ein paar tausend junge Männer sondern etwa 20 Millionen Frauen, Kinder und alte Leute, also schutzlose, hilflose und unschuldige Menschen, da die einst kräftigen deutschen Soldaten, anstatt ihre Eltern, Frauen und Kinder schützen zu können, immer noch nach zwei Jahren "bedingungsloser Kapitulation" Sklavenarbeiter der Siegermächte sind. ...

### **Die Geistlichen müssen informiert werden**

Wenn jemand das Recht hat, sich gegen die Nachkriegsverbrechen der Alliierten zu erheben, so sind es die Christen aller Nationen. Sie, die den alttestamentarischen Rachgeist "Auge um Auge, Zahn um Zahn eines Morgenthau (dessen Großeltern noch in deutscher Erde begraben wurden) überwunden haben, können und müssen im Namen des Heilands der Welt für Wahrheit und Recht, für Menschlichkeit und Barmherzigkeit aufstehen gegen Lug und Trug, Raub und Vergewaltigung, Heuchelei und Grausamkeit.

Wenn unsere Kirche in Amerika nicht imstande war zu verhindern, daß unser zu 86 % gegen unsere Beteiligung am Kriege eingestelltes Volk dennoch in den Krieg hineingezogen wurde, so muß sie wenigstens jetzt erwachen, dem Verbrechen Einhalt gebieten und die Wunden heilen helfen, die wir dem Herzen Europas geschlagen haben. Die Kirche Amerikas darf nicht schweigen, wenn sie Gott mehr gehorchen will als mörderischen und gottlosen Menschen. Um aber ihre Stimme vernehmbar erheben zu können muß die Kirche unterrichtet sein. Die Geistlichkeit muß außer der Bibel auch die Geschichte, Geographie, Völkerkunde, Kulturgeschichte und Kirchengeschichte kennen, um das Wort unseres Herrn richtig anwenden zu können: "Wer unter euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!"

### **Italien und Deutschland, die Schöpfer christlicher Kultur**

Gerade die beiden Nationen, Italien und Deutschland, die den europäischen und damit den christlichen Kulturbegriff für die Menschheit geschaffen haben, wurden durch einen unheiligen Zusammenschluß überlegener Mächte als Aggressornationen verurteilt und an den Rand des Abgrunds gebracht. Wer aber sind in Wahrheit die wirklichen Aggressoren? Wir wollen das im Lichte der geschichtlichen und geographischen Tatsachen prüfen, denn nur aus der Kenntnis der Vergangenheit läßt sich die Gegenwart verstehen.

Werfen wir also einen Blick auf die Landkarte oder den Globus. Dort ist in roter Farbe ein gewaltiges Gebiet zu erkennen, das sich von der Ostsee, der Elbe und dem Schwarzen Meer über zwei Kontinente bis nach Alaska erstreckt und den Namen trägt: **Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR)**.

Ferner in Rosa die wichtigsten Stützpunkte und Flottenbasen auf allen Kontinenten zu einem zweiten gewaltigen Gebiet zusammengefaßt, das **Britische Weltreich**.

Endlich erkennt man in Grün die **Vereinigten Staaten von Amerika**, gebietsmäßig die kleinste von den dreien, an Leistungen und Erfolg aber die bei weitem mächtigste der zur Zeit herrschenden Weltmächte. Der denkende Mensch muß sich also die Frage stellen: **Wie haben diese drei Weltmächte so riesige Landmengen und so ungeheure Bodenschätze in ihrer Hand vereinigen können?** Die geschichtliche Antwort lautet: durch Aggression, Habgier und Machtpolitik.

Die wirklichen Aggressoren sind die heutigen Großmächte.

**Rußland** war im 16. Jahrhundert ein verhältnismäßig kleines Land mit einer zum Teil noch wilden Nomadenbevölkerung. Der grausame Zar Iwan, der Schreckliche, führte nach allen

Seiten hin rücksichtslose Angriffskriege und begründete auf diese Weise das Moskowitische Reich. Peter der Große, der europäische Kultur in sein Land verpflanzen wollte, bereiste Deutschland und Holland und rief Tausende von Deutschen als Lehrer und Lehrmeister seines Volkes in sein Land. Deutsche bauten ihm eine neue Hauptstadt, St. Petersburg (heute Leningrad), und eine Hafenstadt, Kronstadt, die ihren deutschen Namen bis zum heutigen Tage trägt. Unter der Herrschaft Peters wurden Dutzende von Völkern dem russischen Joch unterworfen.

Die gewaltigste Ausdehnung jedoch erfuhr Rußland unter der skrupellosen Zarin Katharina II. Unter ihrer Regierung wurde Polen geteilt, die Baltischen Staaten, die Ukraine, die Krim und das gewaltige Sibirien für immer der Krone aller Russen unterstellt.

Solange es besteht, wurde Rußland mit der Knute regiert, sowohl unter den absolutistischen Zaren wie unter den zynischen Diktatoren der bolschewistischen Ära. Der russische Koloß wurde in Unbildung gehalten, um leichter regiert werden zu können. Bis in unser Jahrhundert hinein gab es dort mehr als 70 % Analphabeten.

Die Ausdehnung des Riesenreiches vollzog sich in einer ununterbrochenen Folge von grausamen Angriffskriegen. Die unterworfenen Völkern wurden in allen Richtungen durcheinandergeworfen und so geschwächt daß sie niemals mehr in der Lage waren, ihre Unabhängigkeit wiederzugewinnen. Das riesige Wald- und Eisland Sibirien wurde zur Strafkolonie gemacht, besiedelt von Millionen Verurteilter und Verbannter, die dort als Zwangsarbeiter ein elendes Dasein fristen.

So entstand der Koloß durch Gewalt und Brutalität. Er stellt heute die größte Bedrohung für die Menschheit dar. Mit Hilfe der Ermordung des Zaren und seiner Familie und über zahllose Leichen gelangte Stalin, den Roosevelt seinen "persönlichen Freund" nannte, zur Macht. Und diese größten und grausamsten Aggressoren bezeichnete die Rooseveltregierung als "friedliebende Demokraten" und unsere "edlen Verbündeten"!

**England** bestand zur Zeit der Königin Elisabeth, vor ungefähr 400 Jahren, lediglich aus dem südlichen Teil der Britischen Inseln und hatte etwa 3 Millionen Einwohner. Durch grausamen Mord und lange Eroberungskriege wurden Irland und Schottland unter die englische Herrschaft gezwungen und so das "**Vereinigte Königreich**" mit etwa 7 Millionen Einwohnern begründet (Zur gleichen Zeit besaß das Heilige Römische Reich Deutscher Nation eine Bevölkerung von 18 Millionen). Nach Konsolidierung des Vereinigten Königreichs zogen die Engländer in allen Himmelsrichtungen auf Eroberungen aus.

Die Geschichte Englands bestand von damals bis in unsere Tage aus einer ununterbrochenen Folge von Angriffskriegen. Es baute die mächtigste Kriegs- und Handelsflotte und war bis zum Zweiten Weltkrieg die bedeutendste Seemacht der Erde, also der wirkliche Militarist. Das "perfide Albion" spielte die europäischen Mächte mit Intrigen unter der erfundenen Devise des "Gleichgewichts der Kräfte" gegeneinander aus. Wurde ihm eine Nation auf dem Festland zu mächtig so machte sich England auf, sie zu vernichten. So geschah es Spanien und den Niederlanden. Die dänische Flotte wurde mitten im Frieden überraschend angegriffen und geraubt, Napoleon Bonaparte in die Knie gezwungen.

Im Ersten und Zweiten Weltkrieg mobilisierte England die ganze Erde gegen Deutschland, seinen größten Rivalen, um es zu vernichten. Winston Churchill erklärte, er sei bereit, sich selbst mit dem "Sohn der Hölle" zu verbünden, um sein Ziel zu erreichen. Die Brutalität, mit der England seine Eroberungskriege führte, kannte keine Grenzen. Ich erinnere an die Konzentrationslager im Burenland, in denen Frauen, alte Leute und Kinder zu Tode gequält wurden, um die tapferen Männer, die für ihre Freiheit kämpften zur Unterwerfung zu zwingen. Jedes Schulkind müßte wissen, wie Tausende von aufständischen Indern vor Kanonen gestellt und in Stücke gerissen, wie Millionen von ihnen dem Hungertode geopfert wurden.

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte England die Hungerblockade gegen Deutschland noch ein

volles Jahr fort und ließ auf diese Weise über eine Million deutsche Kinder, Frauen und alte Leute verhungern. Das sind einige der Mittel, mit deren Hilfe England sein Weltreich begründet hat, in dem es heute ein Sechstel der Erde und mehr als 550 Millionen Untertanen beherrscht. Und dieses Volk besitzt die Anmaßung sich selbst eine "friedliebende Nation" zu nennen. Vor dem Angesicht Gottes frage ich jeden Christenmenschen: Wie kann die Menschheit im Lichte der geschichtlichen Tatsachen diese große Lüge stillschweigend hinnehmen?

**Amerika**, die jüngste und machtvollste unter den Großmächten von heute, war zu der Zeit, als der erste deutsche Kaiser, Karl der Große in Rom zum Beschützer der Christenheit gekrönt wurde, der weißen Rasse noch unbekannt. Als Dr. Martin Luther geboren wurde, hatte Kolumbus die Küsten der Neuen Welt noch nicht gesehen.

**Wie konnte Amerika in so kurzer Zeit so groß, so reich und so mächtig werden?** Wir sind durch unsere Schulbücher gewohnt, unsere Geschichte seit der Zeit der Pilgerväter im Glorienschein zu sehen. In Wirklichkeit ist unsere kurze Nationalgeschichte eine ununterbrochene Kette von blutigen Eroberungsfeldzügen gewesen. Oder kann etwa ein aufrichtig denkender Mensch glauben, die ursprünglichen Einwohner unseres Landes hätten nur auf den weißen Mann gewartet, um ihm ihr schönes Land mit seinen reichen Schätzen zu präsentieren?

Nein! Spanier, Portugiesen, Franzosen, Holländer und Schweden führten die blutigsten Eroberungskriege der ganzen westlichen Hemisphäre, beraubten und zerstörten die einst blühenden Reiche der Azteken, Inkas und Mayas. Der Wahlspruch der Eroberer lautete: "Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer!"

Schließlich kamen die Engländer und raubten den anderen Eroberern den gesamten damals bekannten nordamerikanischen Kontinent. Die einst freien Herren des Landes, die Indianer, wurden auf die grausamste Weise ausgerottet und ihres Landes beraubt. Gegen die weitaus tödlicheren Waffen des weißen Mannes waren die tapferen Indianer mit ihren Pfeilen und Bogen machtlos. Die List und Brutalität mit der der weiße Mann in der Neuen Welt auftrat, spottet jeder Beschreibung. ...

Eine weitere Gewalttat in unserer Geschichte, die in die Kolonialzeit zurückreicht, ist die Sklaverei. Im fernen Afrika wurden die armen Schwarzen wie das Wild gejagt und in Ketten nach Amerika auf den Sklavenmarkt gebracht. Wieviel Qual und menschliches Elend durch eine so grausame Habgier entstand, läßt sich nicht beschreiben. Erst vor wenig mehr als 80 Jahren wurde dieses nationale Verbrechen unterbunden. Noch heute leben Schwarze, die als Kinder von Sklaven zur Welt kamen.

Als dann die englischen Kolonien Nordamerikas (mit deutscher Hilfe) ihre sogenannte "Unabhängigkeit" vom britischen Mutterland erkämpft hatten, führten die Staaten den Eroberungskrieg weiter. Die Indianer wurden weiter dezimiert. ... Die Überlebenden der wirklichen Herren dieses Landes leben heute in den "Reservationen". Sie haben in Fragen der Regierung ihres Vaterlandes nichts zu sagen und werden in Unwissenheit gehalten.

Wir fuhren dann mit unseren Eroberungskriegen gegen Spanien, Mexiko und Mittelamerika fort und nahmen uns, was wir wollten. Weder Deutschland noch Italien oder Japan mischten sich in unsere Angelegenheiten. So wurden wir die mächtigste reichste und "friedliebendste" Nation. Doch verschwiegen wir bewußt, daß wir das alles durch **Angriffskriege, Sklavenhandel und Aushungerungspolitik** erreicht haben. Es gab damals weder Rundfunk noch Filme noch ein modernes Presseberichterstattungswesen, um die Grausamkeiten jener Zeiten der Nachwelt zu erhalten. Natürlich wollen wir jetzt, nachdem wir alles zusammengerafft haben, wonach uns der Sinn stand, in Ruhe gelassen werden, um uns unserer Reichtümer in Frieden zu erfreuen.

### **Deutschland - Schutzmacht der Christenheit**

Das sind die nackten geschichtlichen Tatsachen. So entstanden die drei Großmächte. Stets

ging bei ihnen Macht vor Recht. Sie ignorierten beharrlich das Dasein anderer Nationen auf der Erde, die sehr viel größere Leistungen für die Menschheit vollbracht hatten, als die gegenwärtigen Großmächte zusammengenommen.

**Was taten zum Beispiel die Deutschen in der Zeit, da die drei ihre Eroberungskriege führten? ...**

Das Deutschtum war für mehr als tausend Jahre das Bollwerk gegen die asiatischen Mächte. Deutsches Blut wurde im Laufe der Jahrhunderte in Strömen zur Verteidigung des Westens gegen den Osten vergossen. Nachdem zu Beginn des fünften Jahrhunderts die Hunnen vernichtet waren, stürmten gegen Ende des ersten Jahrtausends die Awaren und Magyaren gegen dieses Bollwerk an. Sie wurden auf deutschem Boden von den Kaisern Karl dem Großen und Otto dem Großen zum Stehen gebracht und besiegt.

Der Ansturm der gewaltigen Mongolenflut unter Dschingis Khan wurde bei Liegnitz in Schlesien gebrochen. Kein anderes Volk der Erde brachte solche Opfer zur Rettung, Erhaltung und Weiterentwicklung der europäischen Kultur und zur Ausbreitung des Christentums. Über dreihundert Jahre lang verteidigten dann Deutschland und Ungarn zusammen mit Polen die Christenheit gegen Asien und gegen die Mohammedaner.

Auf deutschem Boden, im Lande der Reformation wurde auch der dreißigjährige Krieg für die Glaubens- und Gewissensfreiheit der ganzen Menschheit ausgefochten und damit das neue Zeitalter der modernen Zivilisation herbeigeführt. Während Deutschland sich so als Beschützer des Christentums ... nahezu verblutete, nahmen sich die anderen alles, auf das sie ihre Hände legen konnten. Ihre Staatsmänner wurden darum aber nicht als Verbrecher erhängt, sondern als Helden mit hohen Ehren ausgezeichnet.

Als sich dann die Deutschen von ihrem gewaltigen Rettungswerk zu erholen begannen, war die Erde unter den Eroberern aufgeteilt und die Deutschen gezwungen, bei harter Arbeit auf engem, wenig fruchtbarem Raum zu leben und ihren Bevölkerungsüberschuß den jetzigen Großmächten als "Kulturdünger" zu überlassen.

So kommt es, daß jeder dritte Amerikaner deutscher Abstammung ist und daß Millionen Deutsche in Rußland und im Britischen Empire leben. Nicht eine der Großmächte dachte daran, ihnen auf friedlichem Wege von ihrem Überfluß an unbewohnten Gebieten ein Stück abzutreten. Man vergleiche nur die Bevölkerungsdichte pro Quadratmeile dieser Länder: Amerika 43, Rußland 37, Frankreich 179, Italien 405, Deutschland 502, und dann möge das christliche Gewissen urteilen! ...

Eben das ist es, was Lincoln für Amerika tat, indem er die Union zusammenhielt. Man stelle sich nur einen Augenblick vor, zu welchem Maß von Hilflosigkeit und Ohnmacht wir verurteilt waren, wenn jeder der 48 Staaten sich eigenmächtig mit hohen Zollschränken umgäbe. Was Lincoln für uns tat, ist genau dasselbe, was Deutschland in Europa zu schaffen beabsichtigte. Das war sein Vorschlag von 1936. Da die Erde in unserer Zeit kleiner geworden ist, hatten die Deutschen gelernt, nicht mehr in den engen Grenzen einzelner kleiner Länder zu denken, sondern - in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht - in Kontinenten.

Nach ihrer Vorstellung sollte die westliche Hemisphäre unter der Führung der Vereinigten Staaten stehen, das britische Empire bestehen bleiben, Rußland seine Grenzen behalten, ausgenommen eine Kornkammer für Europa, die gelbe Rasse im Fernen Osten unter japanischer Führung sich sammeln und Europa, Wiege der weißen Rasse und Mutter der christlichen Kultur, als Vereinigte Staaten von Europa unter deutscher Führung zur Blüte gelangen.

### **Roosevelt und Hitler**

Als dieser deutsche Plan Präsident Roosevelt vorgelegt wurde, hatte er nur ein spöttisches Lachen dafür. Wie England ohne Erfolg Lincolns großes Werk der Einigung der Staaten mißlingen lassen wollte, so gelang es Roosevelt, den deutschen Plan der Einigung Europas zum Scheitern zu bringen, weil er in einem erstarkten und geeinten Europa unter Führung der lei-

stungsfähigen Deutschen einen gefährlichen Rivalen sah. Ich erinnere daran, daß Roosevelt nicht einmal imstande war, das Arbeitslosenproblem im reichsten Lande der Erde zu lösen.

### **Die Angelsachsen mobilisierten die ganze Welt gegen Deutschland**

Die Deutschen haben niemals daran gedacht, die Welt zu erobern. Kein Geringerer als General G. C. Marshall, unser Chef des Stabes, berichtete dem Präsidenten nach der Vernichtung des Reiches, daß die Deutschen niemals einen Plan zur Eroberung der Welt hatten. Dieselbe Tatsache wurde auch durch die Nürnberger Prozesse erwiesen. Alles Anderslautende waren Lügen und Kriegspropaganda gewissenloser Kommentatoren, um Furcht und Haß gegenüber den Deutschen zu schüren. Mit anderen Worten: durch Einmischung in eine rein europäische Angelegenheit haben Roosevelt und seine Clique mit ihrer Habgier, Böswilligkeit und Großmannssucht den Zweiten Weltkrieg verursacht.

Mischte sich Deutschland in Lincolns Krieg ein? Ja, indem es ihm in seinem großen Kampf mit 250 Millionen Dollar aushalf. Dafür zeigen wir nun unsere Dankbarkeit, indem wir Deutschland zerstören und Millionen deutsche Menschen töten und verhungern lassen. Unter angelsächsischer Führung wurde die ganze Erde mit allen ihren Hilfsquellen aufgeboten, um Deutschland zu zerstören. Es gelang den Alliierten durch ihre ungeheure Überlegenheit an Menschen und Material, Roosevelts Ziel, die "bedingungslose Kapitulation" Deutschlands zu erzwingen.

### **Die Sieger haben kein moralisches Recht**

Die große und für einen Christen entscheidende Frage der Zukunft lautet: Woher nehmen die Siegernationen das Recht, ein ganzes Volk zu verurteilen und in dieser unmenschlichen Weise zu behandeln? Ein moralisches Recht haben sie nicht. Sie können ihr brutales Vorgehen nur mit ihrer rohen Macht begründen, denn die Siegernationen haben hundertmal mehr Kriegsverbrechen begangen als die Deutschen und begehen sie ungestraft noch heute.

### **Die Alliierten waren Jahrhunderte lang die Aggressoren**

Wir wollen einige dieser Verbrechen miteinander vergleichen:

1. Die Deutschen wurden angeklagt, einen Angriffskrieg begonnen zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden ihre Führer gehängt. Jeder Historiker weiß sehr wohl, daß diese Anklage eine Lüge ist. Die Deutschen wollten ihr durchaus rechtliches Ziel der Rettung Europas mit friedlichen Mitteln erreichen.

Im Falle Österreichs und des Sudetenlandes gelang ihnen das auch. Auch mit Polen wäre ein friedliches Übereinkommen möglich gewesen, hätte nicht Halifax, unterstützt von Roosevelt, die Staatsmänner dieses unglücklichen Volkes zum Widerstand angestachelt. Heute, durch Churchill und Roosevelt verraten und verkauft, bereuen die Polen bitter, daß sie damals nicht auf die Deutschen gehört haben. Aber nun ist es zu spät. Polens Unabhängigkeit ist unter der bolschewistischen Diktatur für immer verloren.

Die wirklichen Aggressoren seit Jahrhunderten bis zur Gegenwart sind die Siegernationen. Ein Blick auf die Landkarte und in die Geschichte der letzten vier Jahrhunderte beweist es. Die Deutschen wollten keinen Krieg gegen England und Amerika führen. Sie betrachteten diese beiden Nationen stets als Verwandte und als ihre geistigen Kinder. Ich erinnere: jeder dritte Amerikaner ist deutscher Abstammung und auch jeder zweite Engländer ist deutschen (nämlich angelsächsischen) Blutes.

Es waren aber England und Frankreich, die Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg den Kampf ansagten, nicht umgekehrt. Und die Pearl-Harbor-Untersuchung hat einwandfrei erwiesen, daß Roosevelt über sechs Monate lang ohne Kriegserklärung einen Angriffskrieg gegen Deutschland und Italien führte. Als er erkannte, daß es ihm nicht gelang, mit allen seinen anmaßenden Herausforderungen die Geduld der Deutschen zu strapazieren, suchte er nach der beschworenen Aussage von Staatssekretär Stimson Krieg mit Deutschland über Japan. So gelang es ihm, unsere Nation in den sogenannten "Verteidigungs-Krieg" hineinzulügen.

Nun sind die führenden Männer des nationalsozialistischen Deutschland gehängt worden wegen des Verbrechens, Polen angegriffen zu haben. Aber damals war Stalin Hitlers Verbündeter und griff Polen von Osten her an. Und Roosevelt und seine Clique führten einen Angriffskrieg ohne Kriegserklärung im Atlantischen Ozean. Nur wenn alle Angreifer und ihre Anhänger vor Gericht gestellt und für ihre Verbrechen abgeurteilt worden sind, wird man sagen können, daß Gerechtigkeit geübt wurde. Offensichtlich haben aber unsere Staatsmänner nach zweierlei Maß gehandelt. Könnt ihr, Diener Christi, das schweigend hinnehmen?

### **Die Alliierten haben als erste eine Ausrottungspolitik betrieben**

2. Die Deutschen werden angeklagt, Millionen Juden in Gaskammern getötet zu haben. Wegen dieses furchtbaren Verbrechens wurden ihre führenden Männer und viele Mitschuldige gehängt.

Die Siegnationen aber haben der Welt in weit größerem Ausmaß und ebenfalls ungestraft gezeigt, wie man ein solches Verbrechen begeht.

Allein die Russen haben während der bolschewistischen Revolution 18 Millionen Christen umgebracht.

Die Engländer vernichteten Millionen Menschenleben in Irland, Indien, Südafrika und den anderen ausgedehnten Kolonialgebieten. Und wir Amerikaner haben die Ureinwohner unseres Kontinents bis auf einige wenige unbedeutende Reste ausgetilgt. ... Diejenigen aber, die diese Verbrechen begingen, wurden niemals vor Gericht gestellt und gehängt. Abermals wurde mit zweierlei Maß gemessen.

### **Die Alliierten führten die Konzentrationslager ein**

3. Die Deutschen wurden angeklagt, als ein neues Kriegsmittel die Konzentrationslager eingeführt zu haben. Für dieses Verbrechen wurden ihre Regierung und deren Helfer gehängt. Auch diese Anklage ist eine Lüge. In ihrer zweitausendjährigen ruhmreichen Geschichte haben die Deutschen bisher niemals diese verwerflichen Methoden angewandt. Auch das haben sie erst jetzt von den Siegnationen gelernt.

Das russische Sibirien war ein einziges riesenhaftes Konzentrationslager schon unter den Zaren und ist es weit mehr noch unter den bolschewistischen Diktatoren.

England richtete Konzentrationslager als sein grausamstes Kriegsmittel im Burenkrieg gegen Weiße ein und an zahllosen Plätzen in seinen weltweiten Kolonien gegen die Eingeborenen.

Und was sind bei uns die Indianer-Reservationen, wo die ursprünglichen Herren unseres Landes ohne volles Bürgerrecht und in Unwissenheit gehalten werden? Zusätzlich schuf die Roosevelt-Regierung während des Krieges noch eine besondere Art von Konzentrationslager in Verbindung mit Menschenraub, worauf nach dem Lindberg-Gesetz die Todesstrafe steht.

Auf Befehl Roosevelts wurden nämlich in Mittel- und Südamerika unter Verletzung der Souveränität dieser Staaten Tausende von deutschstämmigen Intellektuellen, Industriellen, Wissenschaftlern und Bankiers, meist Staatsangehörige der genannten Länder, von amerikanischen Fliegern entführt und hier in Fargo, N. D. und anderen Konzentrationslagern jahrelang hinter Stacheldraht gehalten. In vielen Fällen wußten ihre Familien nicht, wohin der Vater, Gatte, Bruder plötzlich verschwunden waren.

Dieses grausame Verbrechen, veranlaßt durch den verstorbenen Präsidenten, verstieß gegen jedes menschliche und internationale Recht. Was würden wir Amerikaner sagen, wenn unsere deutschstämmigen Familien wie die Rockefeller, Westinghaus, Roebing, Kaiser, Fleischmann, Heinze und tausend andere führende Persönlichkeiten in dieser Weise behandelt würden?

### **Die Alliierten betrieben zuerst Sklavenhandel**

4. Die Deutschen wurden beschuldigt, während des Krieges Sklavenarbeiter beschäftigt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden ihre führenden Persönlichkeiten gehängt. In Wahrheit bestand ein Großteil dieser "Sklaven" aus freiwilligen Arbeitern, die gut verdienen woll-

ten und nach Deutschland gingen. Das nämlich war das Ziel der vielen Tausende sogenannter "Quislinge" in allen europäischen Ländern. Der beste Beweis für diese Wahrheit ist die Tatsache, daß Hunderttausende dieser "Sklavenarbeiter" nicht "befreit" werden, sondern lieber im Reich bleiben und mit den Deutschen hungern als "nach Hause" gehen wollten.

Andererseits aber waren und sind gerade die Siegermächte die größten Sklavenhalter. Rußland hat stets seine Millionen Verbannten als Sklaven mißbraucht. Gegenwärtig schätzt man die Sklavenarbeiter der Sowjetunion auf 15 bis 20 Millionen. England und Frankreich beuteten die Eingeborenen ihrer Kolonien Jahrhunderte lang als Sklaven aus. Und hier bei uns in Amerika wurde die Sklaverei offiziell erst vor 80 Jahren abgeschafft, während die Neger in den Südstaaten immer noch als Bürger dritten Grades behandelt werden.

Und in welcher schmachvollen Weise haben wir unsere deutschen Kriegsgefangenen in Verletzung des Völkerrechts als Sklavenarbeiter an England und Frankreich verkauft. Die Deutschen haben solche Verbrechen niemals begangen, wurden aber gehängt. Die Verbrecher der siegreichen Nationen dagegen befinden sich immer noch auf freiem Fuße.

### **Die Alliierten begannen mit dem Massenmorden**

5. Die Deutschen wurden angeklagt, das Dorf Lidice zerstört und seine etwa 200 männlichen Einwohner im Zusammenhang mit der von England angestifteten Ermordung des Reichsprotektors exekutiert zu haben. Die Verantwortlichen wurden gehängt.

Andererseits aber trafen die Siegermächte tausendfach schwerwiegendere Maßnahmen. Die Engländer begannen mit den Bombenwürfen auf die schönen deutschen Städte. Die Bombardierung der historischen Stadt Coventry durch die Deutschen war lediglich eine Vergeltungsaktion für die Zerstörung der Goethe- und Schillerstadt Weimar.

Dresden, die prachtvolle Hauptstadt Sachsens mit ihren unersetzlichen Kunstschatzen, wurde so vollständig von unseren Fliegern zerstört, daß die Zivilbevölkerung dabei über 200.000 Tote zu beklagen hatte. Jede deutsche Großstadt wurde bis zu 85 % zerstört, ob es in ihr Rüstungsindustrie gab oder nicht, nur um die Bevölkerung zu terrorisieren und Schuldige und Unschuldige ohne Unterschied zu töten. (Der Verfasser kannte die Bücher der Engländer Späht, *Bombing Vindicated*, London 1944, Charles Snow, *Science and Government*, Oxford 1961 und David Irving, *Der Untergang Dresdens*, deutsch 1964, noch nicht. Sonst wäre diese Gegenüberstellung noch wesentlich kontrastreicher ausgefallen. D. H.).

Entgegen dem ausgesprochenen Protest unserer Wissenschaftler setzten wir Atombomben zur Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki ein und töteten dabei kaltblütig Zehntausende ziviler Menschen. Es wurde nachgewiesen, daß dieses einzigdastehende Verbrechen unserer Zeit keiner militärischen Notwendigkeit entsprach, da die Japaner sich bereits als geschlagen betrachteten und die Russen um Vermittlung gebeten hatten. Stalin unterschlug dieses Dokument bei der Potsdamer Konferenz. Natürlich möchten wir heute Atombomben völkerrechtlich verboten sehen, nachdem wir sie selber erstmalig angewandt haben. Wir haben alle Ursache, den von uns selbst geschaffenen "Frankenstein" zu fürchten, nachdem wir auch in diesem Verbrechen vorangegangen sind.

### **Die Alliierten ließen und lassen Millionen verhungern**

6. Die Deutschen wurden beschuldigt, sie hätten Hunderttausende hilfloser Menschen verhungern lassen. Für dieses Verbrechen wurden die schuldig befundenen Männer und Frauen gehängt. Auch diese grausame Kriegführungsmethode haben die Siegermächte den Deutschen vorgemacht. England erhielt nach dem Ersten Weltkrieg noch ein volles Jahr die Hungerblockade gegen Deutschland und Österreich aufrecht und verursachte damit den qualvollen Hungertod von über einer Million Kinder, Frauen und alten Leuten.

In den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten verhungerten Tausende, meist ihre eigenen Landsleute bei einem täglichen Verpflegungssatz von 900 bis 1.000 Kalorien, der aus den beschränkten Vorräten eines überbevölkerten und nicht sehr fruchtbaren Landes genommen

wurde.

Die Siegernationen dagegen ließen die gesamte 60-Millionenbevölkerung Deutschlands bei täglich 700 bis 800 Kalorien hungern und frieren, obgleich sie über einen Überschuß an Nahrungsmitteln und Kleidung verfügten. Hitler hatte seine berüchtigten Konzentrationslager in Dachau, Buchenwald, Belsen, Sachsenhausen usw. Die Siegernationen machten aus ganz Mitteleuropa ... ein einziges riesiges Konzentrationslager und ließen willkürlich Schuldige und Unschuldige ohne Unterschied sterben.

### **Die Alliierten überboten die deutschen Ärzte an Verbrechen gegen die Menschlichkeit**

7. Deutsche Ärzte und Wissenschaftler wurden angeklagt, lebendige Menschen als Versuchsobjekte benutzt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurden sie von den Siegermächten vor Gericht gestellt und werden nach den bisherigen Erfahrungen sicherlich gehängt werden.

Zur gleichen Zeit aber nehmen sich die Alliierten das Vorrecht, die Ergebnisse dieser wissenschaftlichen Experimente am lebenden Menschen in Anwendung zu bringen, wie sie ja auch Kenntnisse und Erfindergeist zahlreicher nationalsozialistischer Forscher für ihre eigenen Zwecke ausnützen. Es gibt da ein deutsches Sprichwort: Der Hehler ist nicht besser als der Stehler. ...

Und wie steht es mit den Zehntausenden von menschlichen Versuchsobjekten, die wir in Hiroshima und Nagasaki umbrachten, um die Wirkung der Atombombe zu erproben? Ich habe nichts über die Verurteilung und Hinrichtung jener Verbrecher gelesen, die den Befehl gaben und ausführten, die schutzlose Bevölkerung mit der Atombombe zu vernichten.

Im Juli 1945 fand unter den Atomwissenschaftlern des Metallurgischen Laboratoriums an der Universität Chicago eine Abstimmung statt. Dabei stimmten 85 % aller Wissenschaftler gegen ein solches Gemetzel wie das von Hiroshima und Nagasaki, das sich mehr gegen die Zivilbevölkerung als gegen militärische Ziele richte. Das Abstimmungsergebnis wurde "unmittelbar Kriegsminister Stimson und Präsident Truman zur Kenntnis gebracht. Hiroshima lag damals noch einige Wochen voraus.

Truman und Stimson lehnten aber die von Menschlichkeit diktierten Ratschläge der Männer, die die Bombe fertiggestellt hatten, ab. Sie trieben die Dinge weiter und ließen die Bombe tatsächlich werfen. Wenn das nächste Pearl Harbor vorbereitet wird, soll man ja keinen Fehler machen, weder einen tatsächlichen noch einen vorgeblichen. "Das Beispiel unserer Staatsmänner hat unsere Feinde Unbarmherzigkeit gelehrt. Wir haben von ihnen nichts anderes mehr zu erwarten" Das schrieb Oberst McCormick.

### **Die Alliierten sind auch die erfolgreichsten Plünderer der Geschichte**

8. Die Deutschen wurden beschuldigt, Kunstschatze, Schmuck und auch Vieh sowie Nahrungsmittel geraubt zu haben. Wegen dieses Verbrechens wurde ihre Führung gehängt. In Wahrheit berichteten Museumsdirektoren in den von Deutschland besetzten Ländern, daß ihre Kunstschatze vollständig erhalten seien und nichts fehle. Im Gegenteil, sie wurden von den Deutschen, die Kunst und Wissenschaften hochschätzen, gegen unsere Flieger geschützt, die bedenkenlos und gnadenlos alles zerstörten (man denke nur an die größten und ältesten karitativen Einrichtungen der Erde in Bethel, Barmen, Halle und Kaiserswerth, an die Diakonissen-Mutterhäuser, Hospitäler, Bibliotheken und Tausende von Kirchen und Schulen).

Wie hätten sich Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich, Norwegen und die Tschechoslowakei in so kurzer Zeit erholen können, daß sie nun einen Überfluß an Molkereiprodukten und anderen Lebensmitteln besitzen, wenn die Deutschen sie so grausam ausgeplündert hätten, wie es uns unsere Haßprediger glauben machen möchten? Tatsächlich haben sogar die einst von den Deutschen besetzten Länder öffentlich erklärt, es gäbe keine besser disziplinierten Soldaten auf der Erde als die Deutschen.

Andrerseits aber verheerten die siegreichen Armeen einschließlich unserer eigenen Truppen das "bedingungslos unterworfenen" Reich und führten sich nach unseren eigenen Berichterstat-

tern wie wahre Gangster und Räuber auf. Vom Gemeinen bis hinauf zum hohen Offizier plünderte jedermann, was er in die Finger bekam. Und all das geschah unter Mißachtung des Völkerrechts, nach dem das Privateigentum zu achten ist.

### **Schande für unsere Truppen**

Der Raub der hessischen Kronjuwelen ist nur einer von zahllosen Fällen. Der Verteidiger des weiblichen WAC-Captains Durant wußte, was er sagte, als er in seinem Plädoyer ausführte: Wenn seine Klientin verurteilt würde, dann müßten 90 % unserer Besatzungstruppen bestraft werden, denn sie hätten alle gestohlen. Millionen Tonnen an gestohlenen Gütern wurden als "Souvenirs" mit unseren Transportmitteln durch unsere US-Post- und Zollämter nach Amerika gebracht.

Das silberne Tafelgeschirr des letzten Kaisers, ein Geschenk der deutschen Städte zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum, wiegt allein sieben Tonnen und der Oberst, der dieses herrliche Kunstwerk stahl und als Kriegstrophäe betrachtet, ist im Privatleben Rechtsanwalt! Ich danke Gott, daß er meinen eigenen Sohn mit reinen Händen und gutem Gewissen heimkehren ließ. Als Armeemoffizier hatte er dieselbe Gelegenheit wie alle anderen, zu stehlen und zu plündern.

Aber er sagte mir: "Ich habe das siebente Gebot gehalten, Vater. Wir ließen das arme besiegte Volk in seinem Elend und im Hunger zurück. Ich brachte es nicht über das Herz, auch nur den Wert eines Pennys mitzunehmen." Ich hoffe zuversichtlich, daß mein Sohn nicht der einzige unter unseren zehn Millionen Soldaten war, der keine "Souvenirs" nach Hause sandte oder mitbrachte und etwas von den Geboten unseres Herrn wußte. ...

### **Roosevelts Satanismus**

Roosevelt wußte genau, was er meinte, als er die "bedingungslose Kapitulation" forderte. Nach seiner barbarischen Auslegung schloß dieser Begriff das Recht der Sieger ein, über alles zu verfügen, über Menschen und Material, Eigentum und geistige Güter. Allein die Patente und Herstellungsgeheimnisse, die unsere Truppen gestohlen und hierher gebracht haben, wegen die Milliarden auf, die wir für die Kriegführung ausgaben.

Selbst die Entführung und gewaltsame Verbringung deutscher Wissenschaftler und Experten nach Ost und West wird als Selbstverständlichkeit betrachtet. Im Angesicht Gottes frage ich unsere Nation, frage ich euch, ihr Diener des Evangeliums: Haben uns die Deutschen in unserer ganzen Geschichte jemals solches Unrecht angetan, wie wir ihnen in den beiden Weltkriegen zufügten und noch immer zufügen?

Was haben die Deutschen uns Amerikanern getan, daß wir sie zweimal in einer Generation auf die grausamste und unmenschlichste Art bestrafen, wie sie die Geschichte bisher nicht gekannt hat? Ist das die amerikanische Dankbarkeit für alle die schwere Arbeit und Treue, mit der deutsche Menschen hier unser Land aufbauten und unsere Siege gewannen? ...

*Von Reverend Ludwig A. Fritsch, Chicago*

*"THE CRIME OF OUR AGE" (Original-Titel) – "Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk", Erste Auflage 1947, 8. Auflage in deutsch - Grabert-Verlag-Tübingen, 1994<<*

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.02.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

**Urheberrechte:** Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x001/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x003	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 3.</u> Polnische Gesetze und Verordnungen 1944-1955. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x005	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal</u>

	<u>der Deutschen in Rumänien</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x008	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa II. <u>Das Schicksal der Deutschen in Ungarn</u> . Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1956. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948</u> . Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x011	Statistisches Reichsamt (Hg.): Amtliches Gemeindeverzeichnis für das Großdeutsche Reich aufgrund der Volkszählung 1939. Berlin 1944.
x013	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): <u>Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 3</u> . 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945. Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x016	Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960. Wiesbaden.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge</u> . Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x043	Zentner, Christian u.a.: DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 3</u> . Europäische Weltgeschichte. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4</u> . Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV</u> . Um Volksstaat

	und Völkergemeinschaft. E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit.</u> Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x092	Chronik Verlag (Hg.): <u>Chronik der Deutschen.</u> 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945-1955. 1. Auflage. München 1999.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland.</u> Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x115	Glaser, Hermann u.a. (Hg.): So viel Anfang war nie. Deutsche Städte 1945-1949. Berlin 1989.
x116	Ranke, Winfried u.a.: <u>Kultur, Pajoks und CARE-Pakete.</u> Eine Berliner Chronik 1945-1949. Berlin 1990.
x117	Priamus, Heinz-Jürgen: <u>Die Ruinenkinder.</u> Im Ruhrgebiet 1945/49. Düsseldorf 1985.
x123	Müller-Bringmann, Walter: Das Buch von Friedland. Göttingen 1956.
x124	Jering, Karl: <u>Überleben und Neubeginn.</u> Aus dem Tagebuch eines Deutschen 1945/46. München 1979.
x126	Klonovsky, Michael, und Jan von Flocken: Stalins Lager in Deutschland 1945-1950. 3. Auflage. Berlin 1993.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2.</u> 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: <u>Die Gefangenen.</u> Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod.</u> Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band IV.</u> Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x153	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 13. Bonn 1995.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Tepe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x165	Terkel, Studs: <u>Der Gute Krieg.</u> Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4.</u> Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.

x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4.</u> In unserer Zeit. 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x301	Heumann, Hans (Hg.): Geschichte für Morgen. 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag.</u> Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

### **Internet**

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: <a href="http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58">http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&amp;view=article&amp;id=52&amp;Itemid=58</a> - März 2015
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x920	<a href="https://horst-koch.de/nachkriegsdeutschland-ab-1945/">https://horst-koch.de/nachkriegsdeutschland-ab-1945/</a> - April 2019
x1.037	<a href="https://dg-pflegewissenschaft.de/wp-content/uploads/2017/05/NuernbergKodex.pdf">https://dg-pflegewissenschaft.de/wp-content/uploads/2017/05/NuernbergKodex.pdf</a> - Januar 2022